2.2014

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

Förderung ländlicher Entwicklung ab 2014:
innovativ und praxisfreundlich?

Außerdem:
Bees and Biodiversity
Landwirtschaft im Klimawandel
Grüne Werkstatt Wendland

dvs
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume

Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

Inhalt

Förderung ländlicher Entwicklung ab 2014: innovativ und praxisfreundlich?

Formell hat die neue EU-Förderperiode schon begonnen, praktisch dauert es bis zur nationalen Umsetzung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) noch. Die Bundesländer befinden sich mitten in der heißen Phase der Programmierung, die EU-Kommission wird ihre ländlichen Entwicklungsprogramme spätestens Anfang 2015 genehmigen. Für das Fokusthema ließen sie sich über die Schulter spähen und stellen punktuell geplante Förderansätze vor.

ab Seite 10

Weitere Themen

Europäisch die biologische Vielfalt stärken

In einem transnationalen LEADER-Projekt tauschten sich Lokale Aktionsgruppen aus sieben Ländern zum Thema Bienen und Biodiversität aus. Neben gemeinsamen Aktionen setzten sie lokal Projekte um. Für den Naturpark Dübener Heide hat der Austausch von Ideen und Erfahrungen wertvolle Impulse gesetzt, um eigene Ressourcen besser erschließen zu können.

Seite 32

Brandenburger Landwirte, Forscher und der Klimawandel

Da die Landwirtschaft besonders stark von Standort und Klima abhängt, ist sie auch vom Klimawandel besonders betroffen. Im vom Bundesforschungsministerium geförderten Projekt INKA BB haben Wissenschaftler und Praktiker in enger Zusammenarbeit Anpassungsmaßnahmen für die Brandenburger Landwirtschaft erarbeitet.

Seite 38

Für das Netzwerk

Inside	05	Neues aus der DVS und dem Web
Ausblick	06	Leitfaden und Workshops zur Selbstevaluierung
Rückblick	07	LEADER und Landwirtschaft
	07	Bundesweites LEADER-Treffen
Rätsel	08	Für Querdenker

Im Fokus

Einführung	10	Förderung ländlicher Entwicklung ab 2014
	12	Der europäische Rahmen
	14	Stolpersteine der Programmierung
EIP Agri	16	EIP Agri in Deutschland
	17	Lösungsorientiert und unbeeinflusst arbeiten – Interview
	18	Wissenstransfer und Innovationen im Ländle
	18	EIP Agri in Sachsen
Agrarumwelt und Landschaft	19	Bayern stärkt Umwelt und Natur
	20	Bewährtes, Neues und Modellartiges in Hessen
Regionale Entwicklung	22	Warum fondsübergreifend so schwer fällt – Interview
	24	Sachsen-Anhalt fördert fondsübergreifend
	25	Was LEADER bringt – ein Überblick
	26	Partner in Schleswig-Holstein: Regionen und Land
	28	LEADER in Nordrhein-Westfalen ausbauen – Interview
	29	Beste Voraussetzungen für LEADER – Interview

Aus der Praxis

	30	Bio im XXL-Format
	32	Bees and Biodiversity
	34	Alte Försterei wird Demenz-WG
	36	Der Hierbleiber mit dem Unstrutcamp
	37	Coaching für die Region

Forschung trifft Praxis

	38	INKA BB – Landwirtschaft im Klimawandel

Perspektiven

Politik und Gesellschaft	41	EEG-Novelle und Bioenergiedörfer – Interview
	42	Erfolgsgeschichte Bioenergiedörfer
	44	Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzepte
	46	Dialog zur Novelle des Sächsischen Kulturraumgesetzes
Bildung und Forschung	48	Ökobetriebe am Pachtmarkt stärken
	50	EifelDIALOG zur Zukunft der Landwirtschaft
Partner und Experten	52	Kreativschmiede für Studierende und Unternehmen
Service	54	… angelesen
	55	… angekündigt
	56	Termine

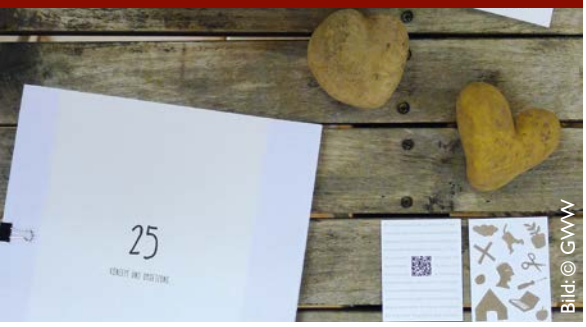


Bild: © GWW

Kreativschmiede für Studierende und Unternehmen

Im niedersächsischen Lüchow-Dannenberg gibt es keine Hochschule. Diesen Nachteil nutzte der Landkreis als Impuls für die „Grüne Werkstatt Wendland“. Das Bildungsprojekt entwickelt die Region als Hochschul-Partner: Junge Fachkräfte sollen in die Region kommen und bleiben – Unternehmen sollen von neuen Ideen profitieren. Seite 52

Liebe Leserinnen und Leser,

welche neuen Möglichkeiten bietet der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER)? Diese Frage wird häufig an die DVS gestellt. Deshalb widmet sich diese Ausgabe von LandInForm neuen Ansätzen und weiter entwickelten Maßnahmen für die Förderperiode 2014 bis 2020. Das Themenspektrum bleibt allerdings überschaubar. Neben neuen Möglichkeiten im Vertragsnaturschutz sticht insbesondere der Multifondsansatz für LEADER in Sachsen-Anhalt (Seite 24) und die Europäische Innovationspartnerschaft „Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft" (EIP Agri) heraus (Seiten 16 bis 18).
Neben dem Multifondsansatz in Sachsen-Anhalt gibt es einige Bundesländer, die auf eine Multifondsstrategie setzen: Thematisch passende LEADER-Projekte werden aus vorgehaltenen Budgets des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) oder des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. In diesem LandInForm wird wieder deutlich, warum dieser Ansatz überfällig ist. In einigen Ländern beschränkt sich die Zusammenarbeit nicht auf diese Fonds. Egal, ob es um den ESF finanzierten Zukunftscoach geht (Seite 37) oder um Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzepte in Abstimmung zweier Ministerien in Sachsen-Anhalt (Seiten 44 bis 45): Breit angelegte Kooperationen sind nötig, um Regionen zu stützen und zu entwickeln. Die Fördertöpfe besser zu bündeln und gut zugänglich zu machen, bleibt dabei eine Aufgabe, an der im Sinne einer reibungsloseren Umsetzung von Entwicklungsimpulsen und Projekten in den Regionen weiter gearbeitet werden muss.
Um kooperative Forschungs- und Entwicklungsansätze, wie die EIP Agri, geht es in der Ende 2013 in LandInForm eingeführten Rubrik „Forschung trifft Praxis". Hier berichten wir über die Zusammenarbeit zwischen Forschungs- und Praxispartnern und hinterfragen, warum solche Partnerschaften gebildet werden, mit welchen Problemen sie bei der Projektumsetzung zu kämpfen haben und wie die Forschungsergebnisse auf die Praxis zurück wirken.
Auch jenseits von LandInForm ist die DVS Akteur in den neuen Arbeitsfeldern. Aktuell sichtbares Zeichen sind die neuen Themenseiten zu den EIP Agri auf www. netzwerk-laendlicher-raum.de. Die DVS wird später zudem die Vernetzung der operationellen EIP-Gruppen übernehmen, die sich in den Bundesländern bilden und Projekte rund um vorgegebene oder selbstentwickelte Themenfelder umsetzen werden.

Viele Anregungen beim Lesen wünscht

Bild: © Kathriba - Fotolia.com

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 11.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
Dr. Juliane Mante, Anja Rath
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P)

Redaktionelle Unterstützung:
Andrea Birrenbach

Redaktionelle Mitarbeit:
Raufeld Medien
Marion Hughes (verantw.), Peter Altmann
Tel. 030 6956650
www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG,
www.graphodata.de

Druck:
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/ Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn
Telefon 0228 6845-3461 und -3081
Fax 0228 68453361
E-Mail: landinform@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Gedruckt auf Recyclingpapier

Neue Mitarbeiterin

Seit Anfang Mai unterstützt Stephanie Müller das Team der DVS. Sie vertritt Isabell Friess, die sich in Elternzeit befindet, in den Aufgabenbereichen Demografischer Wandel, Regionalentwicklung und Diversifizierung der Landwirtschaft. Stephanie Müller studierte an der Universität Potsdam Geoökologie, bevor sie ein Masterstudium in Regionalentwicklung und Naturschutz an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde absolvierte. Praktische Erfahrungen sammelte sie bereits beim BUND Südpfalz und bei der Fördergesellschaft Erneuerbare Energien. Als Referentin für ländliche Strukturentwicklung will sie das Netzwerk weiter aufbauen und begleiten und freut sich über Anregungen der Akteure.

Telefon: 0228 6945-3998
E-Mail: stephanie.mueller@ble.de

Präsentieren Sie Ihr Projekt auf der IGW 2015

Die DVS sucht Partner aus den ländlichen Räumen, die Projekte, ihre Region und die darin Aktiven auf der Internationalen Grünen Woche vom 16. bis 25. Januar 2015 in Berlin vorstellen möchten. Dabei geht es auch darum, Messebesucher aktiv anzusprechen. Geeignet sind beispielsweise Mitmach-Aktionen, Musikbeiträge, handwerkliche Tätigkeiten, Kunsthandwerk, Handarbeiten, Trachtenschauen und Verkostungen. Bei Planung und Umsetzung bietet die DVS ihre Unterstützung an und übernimmt sämtliche Stand- sowie bei Bedarf die Reise- und Hotelkosten. Am Stand stehen rund 20 Quadratmeter zur Verfügung.

Bewerbungen und Fragen senden Sie bitte bis zum 15. August 2014 an: dvs@ble.de

Informationen zu Messestand und Rahmenprogramm der DVS auf der IGW 2014 finden Sie unter
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw

Web

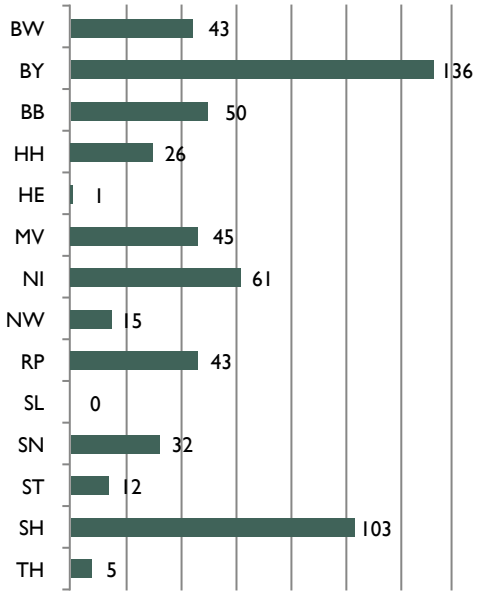
Von Dagmar Nitsch

Zum Ende der aktuellen Förderphase konnten wir noch neue Projektbeschreibungen online stellen. Die Projektdatenbank unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/projekte dokumentiert die kreative und vielseitige Arbeit der Akteure in den vergangenen Jahren. Viele Projekte sind in LEADER- und ILE-Regionen verankert. Einige gehen thematisch über LEADER und teilweise auch über den ELER hinaus.

Vereinfachter Projektfragebogen

Die Projektbeschreibungen der Jahre 2007 bis 2013 werden in der neuen Förderphase weiterhin in der Datenbank zu finden sein. Wir freuen uns, wenn Sie Ihre Ideen und Erfolge dort einbringen. Dazu bieten wir einen Fragebogen, den wir aktuell verschlankt und vereinfacht haben. Sie können ihn auf der Seite der Projektdatenbank als Word-Dokument herunterladen.

Aktuell in der Projektdatenbank:
572 Projekte aus der Förderphase 2007 bis 2013



Ihr Projekt ist noch nicht dabei? Wir freuen uns auf Ihren Input.

Input und Ergebnisse

Neu im Veranstaltungsarchiv finden Sie zwei Dokumentationen: Der Workshop „LEADER und Landwirtschaft – das geht?!“ fand am 3. und 4. April in Göttingen statt. Unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leaderundlandwirtschaft können Sie die Vorträge und Vorstellungen von Best Practices herunterladen. Das bundesweite LEADER-Treffen, das am 8. und 9. Mai in Wetzlar stattfand, erreichen Sie unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen. Dort finden Sie die Inhalte der Module und Mini-Schulungen, die Ergebnisse der Gruppenarbeiten sowie Vorträge. Ein Link bringt Sie zu den Videoclips und zum Leitfaden zum Thema Selbstevaluierung, den die DVS bei der Veranstaltung vorgestellt hat.

Zwitschern Sie mit uns!

Die DVS nutzt die Plattform Twitter: Wir veröffentlichen und verbreiten dort Kurzinformationen beispielsweise zu Wettbewerben, Aufrufen und Veranstaltungshinweisen. Sie können uns „folgen“ unter: www.twitter.com/dvs_land

Anregungen und Kritik:

Stefan Kämper und Dagmar Nitsch
DVS Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3722 und -3004
E-Mail: stefan.kaemper@ble.de und dagmar.nitsch@ble.de

Erkenne dich selbst, um dich weiterzuentwickeln

Gemeinsam mit externen Beratern und LEADER-Regionen hat die DVS einen Leitfaden zur Selbstevaluierung für LEADER-Gruppen erarbeitet. Parallel entstandene Videoclips veranschaulichen den Umgang mit Methoden. Als Ergänzung bietet die DVS nun Workshops zu verschiedenen Schritten der regionalen Selbstbewertung an.

Von Stefan Kämper

Die Europäische Kommission hat für die Förderperiode 2014 bis 2020 wichtige Rahmenbedingungen für LEADER geändert. Eine besondere Herausforderung für die Regionen sind gestiegene Anforderungen: Sie sollen anspruchsvolle und konkrete Ziele im Regionalen Entwicklungskonzept verankern.

Wozu sich selbst beurteilen?

Regionale Ziele und deren Indikatoren unterscheiden sich häufig von denen, die für die Bewertung der Programme wichtig sind. Es geht nicht nur um inhaltliche, strategische Ziele, sondern auch um solche, die die Struktur der Aktionsgruppe und die Arbeit des Regionalmanagements betreffen. In jedem Fall sind sie regionsspezifisch. Für die Lokale Aktionsgruppe (LAG) und ihr Management ist es wichtig, die eigene Richtung zu kennen und klare Ziele zu entwickeln, denn die LAG wird daran gemessen, ob und wie sie ihre Ziele erreicht. Mitunter ist es auch nötig, den Kurs zu korrigieren. Dazu müssen die eigenen Prozesse in den Blick genommen werden. Mit dem Leitfaden will die DVS Aktionsgruppen und ihren Managements dabei helfen, die richtigen Stellschrauben zu finden.
Die Bewertungsergebnisse können Gruppen auch nutzen, um eigene Erfolge in der Region zu kommunizieren. Überhaupt ist es ein wichtiger Teil der Selbstevaluierung, ins Gespräch zu kommen – sei es im Regionalmanagement-Team, in der Aktionsgruppe und mit der Bevölkerung in der Region. Dann kann es gelingen, gemeinsam aus den Ergebnissen zu lernen und die Richtung des Prozesses zu steuern.

Methodenreiche Arbeitshilfe und Making-of

Der DVS-Leitfaden geht auf Grundlagen der Selbstevaluierung ein sowie auf Fragen nach Zielen, Indikatoren und notwendigen Daten. Vor allem aber bietet er viele Methoden, die Aktionsgruppen selbst anwenden können: von einfachen Tools zur Selbsteinschätzung über Fragebögen und Monitoring-Instrumente bis zu Bilanzveranstaltungen. Dabei ist die Publikation modular aufgebaut, sodass jede Region die zu ihren Ansprüchen und Ressourcen passenden Elemente auswählen kann – Selbstbewertung ist kein Selbstzweck. Die Methoden des Leitfadens sind praxiserprobt: Akteure aus neun LEADER-Regionen haben einige von ihnen nochmals selbst getestet und ihre Erfahrungen in den Leitfaden einfließen lassen.
Dass sich die neun Regionen bei der Arbeit filmisch über die Schulter schauen ließen, ist ein zusätzlicher Gewinn. Die entstandenen kurzen Videoclips zeigen den Umgang mit Bewertungen: in Gruppen und auf Veranstaltungen in den Regionen. Sie eignen sich als Einstieg, um sich auszutauschen und eingehender mit dem Thema zu beschäftigen.

Netzwerkprodukt

Die DVS dankt den Aktiven aus den beteiligten Regionen: Durch ihre Tests ist der Leitfaden praxisnah geworden. Ein Dank gilt auch den Ländern und Netzwerken, die die DVS mit Hinweisen unterstützt haben.

Bild: © DVS

Workshop-Reihe: Teil 1 – Ziele für das Regionale Entwicklungskonzept formulieren

Anhand praktischer Beispiele arbeiten Teilnehmer an der Formulierung von Zielen und Indikatoren für das Regionale Entwicklungskonzept. In Ansbach und Hannover fanden bereits Workshops statt. Wegen der hohen Nachfrage findet Teil 1 am 16. und 17. Oktober 2014 ein drittes Mal statt.

Mehr Infos unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ziele

Der zweite und dritte Teil der Workshop-Reihe sind für Ende 2014 und Anfang 2015 geplant. Es wird um die Formulierung eines Selbstevaluierungskonzeptes gehen und darum, die Methoden des Leitfadens für die Praxis zu üben.

Mehr Informationen:
Stefan Kämper
DVS Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3722
E-Mail: stefan.kaemper@ble.de
Videos und Leitfaden zum Download auf
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/selbstevaluierung

LEADER und Landwirtschaft: Es ist nicht so einfach!

Auf dem DVS-Workshop am 3. und 4. April 2014 stellten sich landwirtschaftliche Vertreter und LEADER-Akteure die Fragen, wie die Einbindung von Landwirten in die Regionalentwicklung funktioniert und wie sie funktionieren kann.

Von Anke Wehmeyer

Zur Einführung dienten zwei Vorträge: Manfred Geißendörfer von der Forschungsgruppe ART stellte Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe im Kontext der regionalen Entwicklung vor. Wie Landwirte in LEADER eingebunden werden können und wollen, hinterfragte Ralph Gockel von der Landwirtschaftkammer Rheinland-Pfalz. Es war schnell klar: Die Möglichkeiten sind vielfältig, die Hemmnisse und Herausforderungen nicht zu unterschätzen. Die Landwirtschaft ist geprägt von direkter Wertschöpfung und oftmals wenig erfreut über langwierige Prozesse, die in der Regionalentwicklung Alltag sind. Kommunikation ist nötig, beispielsweise durch die Regionalmanagements.

Gute Kommunikationsbeispiele

Zum einen geht es darum, Landwirten zu veranschaulichen, dass Regionalentwicklung alle Akteure im ländlichen Raum angeht. Zum anderen muss das Verständnis für die Landwirte in der Region unterstützt werden. Dass ein gegenseitiges Verständnis wachsen kann, zeigte eine Kommunikationskampagne aus der Eifel.

Am Bodensee arbeiten bereits beide Akteursgruppen seit langer Zeit Hand in Hand. Das Erfolgsrezept: Alle Akteure identifizieren sich mit ihrer Region, Zusammenarbeit hat Tradition, die Betriebe haben eine kleinteilige Struktur, Tourismus gehört zum Alltag, und unterstützt durch eine Moderation stimmen sich alle Entscheidungsebenen ab.

Strukturelle Unterschiede

Bei den Diskussionen wurde zudem deutlich: In den meisten neuen Bundesländern funktioniert die Einbindung der Landwirtschaft in die Regionalentwicklung. Für viele Agrargenossenschaften ist es selbstverständlich, den gesamten ländlichen Raum im Blick zu haben. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Hutelandschaft Rodachaue. Hier wird LEADER nicht als konkurrierendes Förderinstrument der EU angesehen, sondern als sinnvolle Ergänzung und Mehrwert für die Region.

Die Dokumentation der Veranstaltung online:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leaderundlandwirtschaft

Auf die Plätze, fertig, los!: Unterstützung der Regionen in den Startlöchern

Beim vierten bundesweiten LEADER-Treffen, das Anfang Mai 2014 in Wetzlar stattfand, bewegte die Teilnehmer vor allem, wie die neuen Anforderungen der ELER-Verordnung und der Länderprogramme am besten zu bewältigen sind und wie sie im Regionalen Entwicklungskonzept (REK) der Lokalen Aktionsgruppen verankert werden können.

Von Anke Wehmeyer und Stephanie Müller

Die Veranstaltung bot rund 170 Teilnehmern eine Mischung aus Input im Plenum und Gruppenarbeit. Vor allem Akteure aus den Regionalmanagements waren gekommen – langjährig erfahrene und seit Kurzem aktive. Das größte Interesse galt am ersten Tag der Frage, welche Rolle LEADER bei den großen Themen der ländlichen Entwicklung spielen kann. Daneben behandelten fünf weitere Module ein breites Themenspektrum beginnend von der Rolle des Regionalmanagements bis hin zu Social Media. In einer Podiumsdiskussion waren Vor- und Nachteile einer externen Vergabe des REK Thema.

Am zweiten Tag brachten die Teilnehmer fünf eigene Fragestellungen ein. Kleingruppen diskutierten über die externe Vergabe des REK, die Gestaltung des Aktionsplans, die Unterstützung kleiner Initiativen sowie die bürgernahe Formulierung von Entwicklungszielen. Eine weitere Gruppe ging der Frage nach, wie SMART-Ziele benannt werden können und formulierte spontan eine Stellungnahme zu deren Vorgaben durch die Programmverantwortlichen. Dem Entwurf stimmte das Plenum ohne Gegenstimmen und mit wenigen Enthaltungen zu und beauftragte die BAGLAG damit, die Inhalte zu verbreiten.
Es wurde deutlich: Der Bedarf an Informationen und Unterstützung ist nach wie vor groß – und der Austausch mit anderen ist hilfreich.

Bild: © DVS

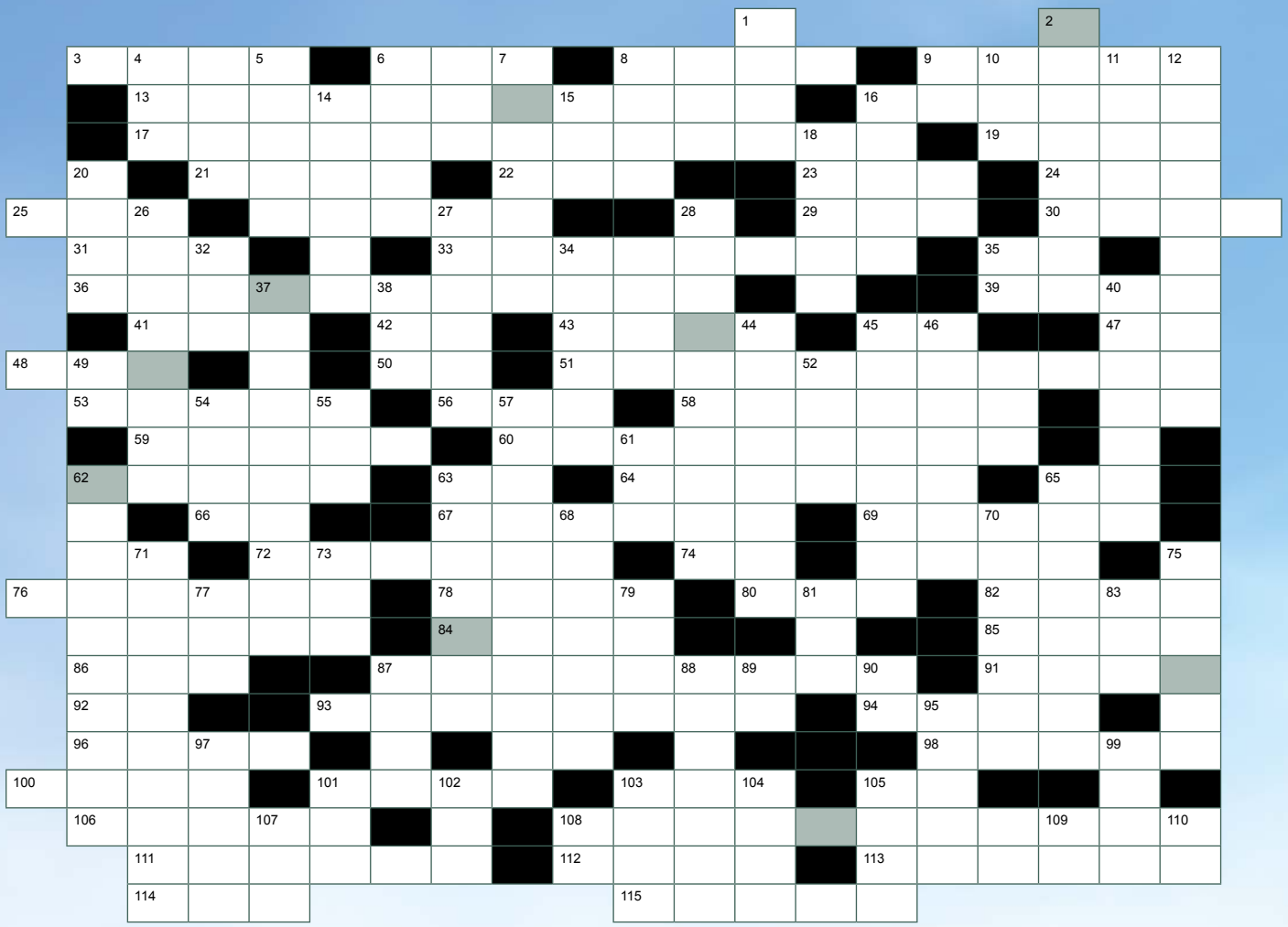
Mehr Informationen:
Anke Wehmeyer
Telefon: 0228 6845-3841
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader-treffen

DVS-Sommerrätsel

Ländliche Entwicklung quer gedacht

Passend zu unserem Fokusthema haben wir Begriffe rund um das Thema „Förderung ländlicher Entwicklung“ für Sie zu einem Rätsel kombiniert. Doch Achtung: Beim Rätseln gilt es vernetzt zu denken. Und: Viele Begriffe haben mit dem Thema zu tun, andere aber auch überhaupt nicht. Welche das sind und wo sie hingehören, finden Sie am besten selbst heraus. Zu Gewinnen gibt es bei uns das Erfolgserlebnis und einen sommerlichen Rätselspaß.

Viel Erfolg wünscht das DVS-Team



Die farbig hinterlegten Buchstaben ergeben richtig kombiniert ein Lösungswort:

	Ö			E				R			D	

Waagerecht

3 Diese GD ist für den ELER, aber nicht REGIO
6 Sie regelt kurz die Finanzen in der EU
8 Zu Ostern isst man's
9 Alles ____ , da wird ja die Milch sauer
13 Steht an, 4 senkrecht neu zu ordnen
16 Das soll der Staat für's Dasein vortun, manchmal recht schwer angesichts so vieler dergleichen
17 Den Entwurf für ihre Vereinbarung, schrieb das BMWi in der Tat
19 Menthol fällt einem ein, es sollen aber mathematisch-naturwissenschaftliche Berufe sein
21 Kräftig, stürmisch oder auch leicht tut es der Wind
22 Wer Feed-Back geben will, sollte so beginnen: „___ finde,…“
23 Selten macht es sich so
24 Kurz: hier geht sie auf, dort nimmt sie ihren Lauf, und woanders will sie untergehen, den letzten wollen wir nicht sehen
25 Partnerschaften, in der EU neu kreiert und abgekürzt noch dazu
29 Sprichwörtlich DER deutsche Baum, aber auf Englisch

Bild: © Dudarev Mikhail/shutterstock.com

30 So kurz vor Ziel, seufzt der Brite: „How ____“
31 So knapp kann das Nationale Rahmenprogramm sein
33 Ohne solches, geht vieles nicht
35 Passt vor -tur, -tion und und
36 Wenn 1 + 1 mehr ist als zwei
39 Von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen ab 2014, aber kurz und Englisch bitte
41 Hier gemeinsam und strategisch, umgibt er sonst Künstlerisches (Abk.)
42 Außer Dienst oder ehedem in kurzer Form
43 Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken in englischer Analyse
45 Vier solche hatte der ELER bisher, einer davon in kurzer Form ist hier gesucht
47 Sie hat Rat und Parlament, aber keine Hauptstadt
48 Kleiner Referent, der 26 senkrecht koordiniert
50 Klingt wie Teller, ist aber chemisch und kurz
51 Das tut man hoffend und erwartungsvoll
53 Nicht dahinter
56 Regional beschreibt es Ziele, Akteure und Projekte
58 Bürokratisch stellt man, romantisch macht man ihn
59 Sein Versagen ist Politikerverdruss, Waren gibt es auch auf ihm, zuweilen im Überfluss
60 Ihrer gibt es viele auf Konferenzen
62 Ameise und Biene sagt man die Eigenschaft nach, mit Eifer bei der Sache sein, trifft's auch
63 Kleine Landesanstalt
64 Be__ , einem Chemikernamen nach
65 Poetischer Augenblick
66 Und so weiter auf Latein doch nur der erste Teil
67 Fiktiv, aber vielleicht ließe sich mit ihm die Musik der Schwäbischen ganz neu vermarkten?
69 Lecker und edel ist's vielleicht auch im Thüringer Entwicklungsprogramm
72 Ihn gilt es zu finden, zu sensibilisieren und zu mobilisieren
74 Wissenschaftliche Frage, ob diese Höhe vom Klimawandel auch abgewandelt wird
76 Um damit voranzukommen, sollten zwei gleichermaßen strampeln
78 Niobe war Tantalos Tochter und Namensgeberin für dieses Element
80 Flüssig ist er, Flüssiges gibt es in Großbritannien auch in ihm
82 So blau wünscht man sich den Sommerhimmel
84 Fragt man sich irritiert: „Hab' ich das nicht schon mal erlebt?“, hat man ein solches vue
85 Verwirrte WISO-Partner
86 66 waagerecht in ganzer, üblicher Länge
87 __ darf nicht sterben
91 Machen Sie es selbst ist es -made, mit -kant ein Landstrich
92 Das römische Jahr 51
93 Ihr Wandel betrifft Infra- und Agrar- gleichermaßen
94 Passt zu Kinder und Kirchen
96 Grey kommt er parfümiert daher
98 Nachhaltigkeit soll sein, damit sie noch Ressourcen haben
100 Test vor jedem Programm und trotzdem ex-
101 Gemütlich, ländlich, wohlig – einfach ____, oder?
103 Hat ein eigenes Gebirge, will man's haben, muss man graben
105 Diese Karte hat „elektronisch zahlen“ im Namen
106 Neudeutsch dafür, die richtige Zeit abzuschätzen?
108 Ländlich ist die, um die es uns geht
111 Oft unverstanden ist jener, der sie hat, doch zeigt sie auch, was Zukunft bringen könnte
112 Beim Trilog beraten so viele EU-Instanzen über die entgültige GAP
113 Schwer zu beschreiben, doch jeder ist mit ihr verbunden
114 Und gleich noch einmal 107 senkrecht
115 Mundart doch beraubt um einen Eselslaut

Senkrecht

1 Läden dieser Tante sind heute 23 waagerecht
2 Vermarktung kann so sein, ein Entwicklunskonzept aber auch
4 Kurz und deutsch: Gemeinsames Konzept der EU-Agrarminister
5 Ist sprichwörtlich menschlich
6 Eine reiche wünscht sich mancher Landwirt
7 Ihn schreibt man zu Halbzeit und Fortschritt
8 Ein solches im Haushalt, macht es den Kommunen schwer
9 Diese Finanzierung muss man selber beschaffen, hoffentlich ohne gleich so zu gehen
10 Dem Gesetz sagt man einen langen nach, wer so ist, der ist auch oft so dran
11 Auf den richtigen Schwung kommt es bei ihr an: Potenzial für meditative Manager-Auszeit auf der Wiese?
12 Globales Problem, bei dem Bäume schwinden
14 Die Eule spricht für ihre antike Weisheit
15 Will mit Stewartship und Council für nachhaltigen Waldbau sorgen
16 Daseinsvorsorge ist eine seiner Aufgaben
18 So ist mancher Wunsch, mit 8 waagerecht wünschen sich Eltern so ihre Kinder
20 Fies oder schneller Weg zu virtuellen Informationen
26 Sein Name ist dieses
27 Irreführend: nicht Englisch, sondern Französisch ist der Wortursprung dieses Bottom-up-Ansatzes
28 Vielzitiertes Wunderheilmittel: mit Ideengeist gewagt, kann es zu Transformationen führen
32 Kurz steht sie für die Stelle am Ort oder für die Kosten einer Art
34 Es abzusichern, steht in den ELER-Entwürfen
35 Hat man ihn nicht, sind manchmal Wartesemester fällig
37 Sechs davon soll der neue ELER setzen, die Einzahl ist gefragt
38 Gibt es als europäischen und kommunalen, guter davon ist allemal teuer
40 Großer Hof ohne Inhalt?
44 Schnelles für ländliche Räume, aber verkehrt herum
45 Blühend ist er eine AUM
46 Sitzt in Italien und produziert unter anderem die Vespa
49 Ein Kunde wird so kurz in seiner Nummer
52 Hirten haben ihn und auch der Dirigent, Politiker umgeben sich damit
54 Hier stellt man Blumen rein
55 Regionale Kommunalgesellschaft?
57 Was lief gut und was lief schief und warum?
61 Land zwischen Rhein und Pfalz
62 AEEEGGMNNT – mit etwas davon, können sie den Buchstabensalat schnell entwirren
63 Föderalismus sei Dank, haben sie vieles in der Hand
65 Erfolg spinnenhaften Treibens?
68 Ist Praxis und hat stets einen Träger
70 Nicht Buhlerei und Liebschaft, nein Verbindung ist gemeint
71 Kann man ergreifen, kann selbst aktiv sein
73 Kleines kleines und mittleres Unternehmen
75 War in Niedersachsen Programm, Tipp: sollte jeder Reifen zeigen
77 Hinter dem Punkt tut es den Dateityp kund
79 Ein Stadtteil Wilhelmshavens, der klingt wie Band
81 Man kann daraus eine Tugend machen, aber manchmal ist sie einfach nur groß
83 United Soccer Leagues nennt sich auch so
87 Der Esel kann so sein und auch der Bock
88 Ihn enger zu schnallen, kann eine Folge von 81 senkrecht sein
89 Nicht sie, nicht es, sondern:__
90 Verbindet Stadt mit Stadt aber nicht im Express
95 Mit Wall ist sie der Knick einer norddeutschen Landschaft
97 Königliche Pattsituation
99 Sie ist klein und wie Fritzchen für manchen Witz zu haben
101 Kann lehrreich sein oder auch einfarbig
102 Chemisch geladen, passt auch hinter Innovat und Intuit
103 Europäisch ist's, vernetzen tut's und kurz soll es hier sein
104 Ein solches -gespräch führt man zu zweit, im -licht sieht man nicht weit
105 So ist ein unverfälschtes Original
107 Sozial steht an zweiter Stelle dieses Fonds (Abk.)
108 Klitzekleiner Editor
109 Passt vor land, feld und welt
110 Gütersloh heißt am Auto so

Konstruktive Kritik:

Hat Ihnen unser Rätsel gefallen?
Oder fanden Sie in Rätsel in LandInForm unpassend?

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung
E-Mail: landinform@ble.de

Förderung ländlicher Entwicklung ab 2014: innovativ und praxisfreundlich?

Formell hat die neue EU-Förderperiode schon begonnen, praktisch dauert es bis zur nationalen Umsetzung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) noch. Die Bundesländer befinden sich mitten in der heißen Phase der Programmierung, die EU-Kommission wird ihre ländlichen Entwicklungsprogramme spätestens Anfang 2015 genehmigen. Für das Fokusthema ließen sie sich über die Schulter spähen und stellen punktuell geplante Förderansätze vor.

Von Juliane Mante

Bund der Deutschen Landjugend

Bund der Deutschen Landjugend:

Die künftigen Generationen müssen in die Planungsprozesse noch stärker eingebunden werden. Dabei muss besonders auf die veränderten strukturellen Bedingungen geachtet werden, die der Demografische Wandel mit sich bringt.

DBV Deutscher Bauernverband

Deutscher Bauernverband:

Das breite ELER-Förderspektrum ist gut für die Subsidiarität und Regionalität. ELER-Programmentwürfe der Länder aber deuten darauf hin, dass die gute gemeinte Subsidiarität in einem Meer von politischen Ideologien zu versinken droht. Schade.

NABU

Naturschutzbund Deutschland:

Der neue ELER ist aus Umweltsicht leider eine Fortschreibung des Status quo. Angesichts des Greenings der 1. Säule wäre eine Flankierung durch anspruchsvolle, finanziell gut ausgestattete Förderprogramme wünschenswert gewesen.

Seitens der EU ist vieles gut gedacht. Um die Mittel für die ländliche Entwicklung deckungsgleich mit den Zielen der Strategie Europa 2020 einzusetzen, setzt sie auf ein Mehr an Strategie. Dafür sichert eine allgemeine Verordnung das Zusammenspiel der fünf europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) ab. Außerdem sieht die ELER-Verordnung nun statt der vier Achsen sechs Prioritäten für den ländlichen Raum vor (siehe Seiten 12 und 13). Durch die Europäische Innovationspartnerschaft „Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft“ (EIP Agri) soll die Landwirtschaft im Zusammenspiel von Praktikern und Wissenschaftlern innovativer und ressourcenschonender werden. Und der im ELER etablierte Bottom-up-Ansatz LEADER steht unter der Bezeichnung „Community-Led Local Development“ (CLLD) nun auch dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung und kann sogar fondsübergreifend umgesetzt werden. Insgesamt erhält Deutschland in der EU-Haushaltsperiode 2014 bis 2020 rund 8,3 Milliarden Euro ELER-Mittel, die durch nationale Mittel von Bund, Ländern und Kommunen kofinanziert werden.
Finanzplanung und Programmgenehmigung sind für die betroffenen Akteure jedoch ärgerlich verzögert. So steht die Finanzplanung jetzt zwar endlich fest, die rechtlichen Voraussetzungen hierfür gelten aber erst ab 2015. Die Bundesländer reichen dieses Jahr deshalb sozusagen ein virtuelles Programm ein, das nur die originären ELER-Mittel enthält, die zusätzlichen Mittel der 1. Säule aber schon mitdenkt. Ein ausufernder Verwaltungsaufwand und ein nicht ausgereiftes EDV-System sind weitere Herausforderungen, mit denen die Länder während der Programmierung kämpfen (siehe Seiten 14 und 15). Für die Akteure in der ländlichen Entwicklung bedeuten die Verzögerungen: Sie müssen bis etwa Anfang 2015 mit ihren Planungen warten, bis die EU-Kommission die letzten Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum genehmigt hat.
Bei diesen Schwierigkeiten wundert es auf den ersten Blick nicht, wenn einige innovative Ansätze der neuen Förderperiode hinten angestellt werden, etwa CLLD. Dass kaum ein Bundesland CLLD umsetzt, erst recht nicht fondsübergreifend, hat aber andere Gründe. Welche das sind, erläutern unsere Interviewpartner auf den Seiten 22 und 23.

Die Vorbereitungen zur Umsetzung der EIP Agri hingegen laufen in den Bundesländern auf Hochtouren, das zeigen wir beispielhaft auf den Seiten 16 bis 18. Auch an anderen Programmierschrauben fehlt nur noch die letzte Feinjustierung. Beispiele dafür sind zwei Agrarumwelt- und Landschaftspflegeprogramme (siehe Seiten 19 bis 21) und LEADER: Was der Ansatz bringen kann und leisten soll, thematisieren wir auf den Seiten 25 bis 29.

Bild: © Cornelia Büchse / unsplash.com

Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen

Der LEADER-Ansatz wurde gestärkt und verspricht deutlich größere Gestaltungsspielräume. Die Konzentration der ELER-Verordnung auf landwirtschaftliche Aspekte wird den Bedürfnissen der ländlichen Räume dagegen nicht gerecht.

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt:

Mit der Agrarpolitik muss mehr für die Bildung getan, die Gesundheit der Beschäftigten gefördert und durch gute, faire Arbeit die Altersarmut bekämpft werden. Die sozialen Probleme sind konsequenter anzupacken.

BLG Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften

Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften:

Die Fördermöglichkeiten entsprechen den Erwartungen. Die verzögerte Programmgenehmigung ist für Dienstleister unbefriedigend. Die Sperrung des EFRE gegen die Förderung der ländlichen Infrastruktur, wie Wegebau und Breitband, ist ärgerlich.

Wirtschaftliche, ökologische und soziale Perspektiven für den ländlichen Raum

Die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums ist heute integraler Bestandteil der gemeinsamen Agrarpolitik, sie adressiert die verschiedenen ökonomischen, sozialen und ökologischen Funktionen der Landwirtschaft sowie die Erfordernisse der ländlichen Entwicklung. Ihre diesbezüglichen Zielsetzungen sind deckungsgleich mit den Orientierungen der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Von Martin Scheele

Im ländlichen Raum gibt es erhebliche Entwicklungspotenziale, aber auch Herausforderungen: Die Entwicklung und Konsolidierung ökonomisch stabiler Arbeitsplätze, die Sicherung der Betriebsnachfolge, die Verbesserung der Einkommenssituation sowie die Bereitstellung von lokalen Infrastrukturen und grundlegenden Dienstleistungen erfordern nach wie vor erhebliche Anstrengungen. Dies gilt auch für die Bereitstellung öffentlicher Güter in Bezug auf Natur und Landschaft, den Schutz der Umwelt sowie das nachhaltige Ressourcenmanagement. Diese Anliegen müssen im Wettbewerb mit anderen ökonomischen Zielsetzungen mit gezielten Maßnahmen angegangen werden.

Ländliche Entwicklungspolitik als Beitrag zu Europa 2020

Die ländliche Entwicklungspolitik wurde für den Programmplanungszeitraum 2014 bis 2020 hin zu einer stärkeren strategischen Orientierung der ländlichen Entwicklungsprogramme sowie einer verbesserten Koordinierung der verschiedenen Förderfonds weiterentwickelt. Für die kommende Programmperiode sollen alle fünf europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) – der Kohäsionsfonds, der Regionalfonds, der Sozialfonds, der Europäische Landwirtschaftsfonds

Bild: © Nelos / Fotolia

für die Entwicklung des ländlichen Raums sowie der Meeres- und Fischereifonds – einen abgestimmten Beitrag zur Strategie Europa 2020 leisten. Gegenwärtig handeln die Mitgliedstaaten und die Kommission Partnerschaftsvereinbarungen aus, in der die wesentlichen Schwerpunkte und Zielgrößen für alle fünf ESI-Fonds vereinbart werden. Das Zusammenspiel zwischen den ESI-Fonds wurde durch eine allgemeine Verordnung abgesichert. Diese enthält unter anderem Regeln zur Komplementarität der in den verschieden Fonds ergriffenen Maßnahmen sowie Vorbedingungen, die eine effiziente Nutzung der EU-Mittel sicherstellen sollen. Ein weiterer gemeinsamer Mechanismus aller ESI-Fonds ist der Leistungsrahmen, innerhalb dessen eine Zuweisung zusätzlicher finanzieller Mittel nach Maßgabe erreichter Zwischenziele erfolgt.

Strategische Orientierungen

Für die Programmierung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) auf der nationalen und regionalen Ebene hat die Union sechs übergreifende Prioritäten festgelegt:

- Förderung von Wissenstransfer und Innovationen in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten
- Verbesserung der Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft in allen Regionen sowie Förderung innovativer landwirtschaftlicher Techniken und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung
- Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette einschließlich der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, des Tierschutzes und des Risikomanagements in der Landwirtschaft
- Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme
- Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Ernährungs-und Forstsektors beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft
- Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten

Grundprinzipien der Programmgestaltung

Die konkrete Ausgestaltung der ländlichen Entwicklungsprogramme im Hinblick auf diese Prioritäten erfolgt wie bisher auf Grundlage einer Analyse der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken sowie der Feststellung des Handlungsbedarfs auf der nationalen oder regionalen Ebene. Die Kohärenz und Effektivität der Maßnahmen eines jeden Programmes sind Gegenstand einer Ex-ante-Evaluierung. Eine Neuerung in der Programmgestaltung besteht darin, dass die Mitgliedstaaten innerhalb der ländlichen Entwicklungsprogramme thematische Teilprogramme definieren können, um besonderen Bedürfnissen in den Regionen Rechnung zu tragen. Beispielsweise könnten spezifische Teilprogramme Berggebiete oder kleine landwirtschaftliche Betriebe fördern, falls deren agrarstrukturellen Notwendigkeiten nicht in einem Gesamtprogramm ausreichend sichtbar werden können.
Eng mit der Programmierung ist die Erfolgskontrolle verbunden. Im Dialog mit den Mitgliedsstaaten hat die Kommission das Gemeinsame Monitoring- und Evaluierungssystem überarbeitet und an den neuen Rechtsrahmen angepasst. Häufig wird in diesem Zusammenhang der hohe Verwaltungsaufwand kritisiert. Auf der anderen Seite fordern Politik und Rechnungshof immer wieder, den Beitrag der verausgabten Mittel zur Erreichung der gemeinsamen Ziele besser darzustellen. Um Fehler bei der Programmumsetzung zu vermeiden, sind die Verwaltungsbehörden und Zahlstellen verpflichtet, eine Ex-ante-Bewertung der Überprüfbarkeit und Kontrollierbarkeit der konkreten Maßnahmen vorzunehmen. Diese Bewertung muss auch im Verlauf der Programmumsetzung erfolgen, um Maßnahmen gegebenenfalls anzupassen zu können.

Neuerungen und Bewährtes

Für die neue Programmperiode wurden die Maßnahmen der ländlichen Entwicklung überarbeitet, neu gruppiert und ergänzt. Da Maßnahmen Beiträge zu verschiedenen Prioritäten leisten können, wurde auf die Unterteilung der 18 Maßnahmen in Achsen verzichtet, was zu einer größeren Flexibilität in der Programmumsetzung führt. Dies wird der Tatsache gerecht, dass zum Beispiel Investitionen die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe fördern, aber auch umweltschonende Produktionsverfahren ermöglichen können. Bei der Formulierung der Maßnahmen wurde auf Kontinuität und die Beibehaltung des Bewährten geachtet. Dies gilt für investive oder kapazitätsverbessernde Maßnahmen ebenso wie für umwelt- und klimabezogene Maßnahmen. Auch die Förderung der landwirtschaftlichen und lokalen Infrastruktur wurde praktisch unverändert beibehalten. Neu sind die Maßnahmen zur Stärkung des Risikomanagements in der Landwirtschaft: Diese unterstützen Ernte-, Tier-, und Pflanzenversicherung, Fonds auf Gegenseitigkeit für Tierseuchen, Pflanzenkrankheiten und Umweltvorfälle sowie das Einkommensstabilisierungsinstrument. Der Fonds deckt nur einen Teil der Kosten der Landwirte für die Risikovorsorge ab, um deren Eigeninitiative zu stärken.

Innovationen und Bottom-up-Ansatz gestärkt

Ein Neuerung ergibt sich schließlich hinsichtlich der Förderung innovativer Ansätze: Die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Agrarsektors ist eng an seine Innovationsfähigkeit gebunden. Neue Produkte und Vermarktungsformen, Qualitätssicherung und verbesserte Arbeitsverfahren erfordern die Zusammenarbeit zwischen Landwirten aber auch zwischen Landwirten, Forschern und anderen Akteuren. Im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) „Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft“ können Operationelle Gruppen gefördert werden, die innovative Projekte entwickeln oder durchführen wollen. Die Europäische Innovationspartnerschaft will eine Brücke zwischen der Forschung zu und der Anwendung von innovativen Ansätzen in der Praxis schaffen.
Der LEADER-Ansatz als integrierte territoriale Entwicklung wurde als Instrument auf der sub-regionalen Ebene weiterentwickelt. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit LEADER im ELER steht dieser Ansatz nun allen ESI-Fonds unter der Bezeichnung „CLLD“ – Community-Led Local Development – zur Verfügung.

Was zählt, ist die Umsetzung

Es wird sich zeigen, wie sich neue Maßnahmen wie das Risikomanagement oder die Innovationsförderung in den bewährten Rahmen des ELER einfügen werden. Bei knappen Mitteln werden die ländlichen Entwicklungsprogramme stärker als bisher Schwerpunkte setzen und sich Maßnahmen über ihren Beitrag zur Erreichung der Programmziele rechtfertigen müssen. Die Erreichung dieser Ziele ist aber im Wesentlichen abhängig von der Qualität der ausgewählten und geförderten Projekte sowie ihrer praktischen Umsetzung.

Mehr Informationen:

Dr. Martin Scheele
Europäische Kommission
Generaldirektion Landwirtschaft
Telefon: +32 2 2963970
E-Mail: martin.scheele@ec.europa.eu

Programmierung: zwischen Formalismus und innovativen Förderansätzen

Betrachtet man die Planungs- und Entscheidungsprozesse von der EU-Ebene bis in die Bundesländer für die Förderperiode 2014 bis 2020, ist man ernüchtert: Neue strategische Anforderungen mit teilweise fragwürdigen Effekten auf die Förderung führen zu enormen zeitlichen Verzögerungen. Durch den entstehenden Zeitdruck erreicht die Kultur von Worthülsen und Abarbeiten ein neues Niveau. Ist das noch Good-Governance im Sinne von Effizienz, Finanztransparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit? Eine kleine Polemik.

Von Barbara Fährmann und Regina Grajewski

Seit Oktober 2012 sind die Verordnungsentwürfe für die neue Förderperiode bekannt. Was Mitte 2014 immer noch fehlt, sind nicht nur die Programme selbst, sondern auch immer noch notwendige Rechtsgrundlagen. Der in vielen Bundesländern früh begonnene Planungsprozess mit durchaus ambitionierten Vorstellungen und einer systematischen Einbindung der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner gestaltet sich sehr zäh. Neben den Unsicherheiten aufgrund vieler ungeklärter Rechts- und Finanzfragen haben auch wechselnde politische Konstellationen nach Landtagswahlen den Prozess immer wieder auf Anfang gesetzt.
Ein Paradebeispiel ist die Finanzplanung als eine zentrale Voraussetzung für die Programmierung. Erst konnten sich EU-Finanzminister, EU-Parlament und Kommission nicht einigen. Dann stockte der Prozess in Deutschland, sowohl bezüglich der Verteilung des Geldes zwischen den Bundesländern als auch von der 1. in die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Nun steht die Mittelübertragung von 4,5 Prozent in die 2. Säule zwar fest; die rechtlichen Voraussetzungen hierfür sind aber erst ab 2015 gegeben. Das heißt, die Länder müssen 2014 ein quasi „virtuelles" Programm einreichen, das die zusätzlichen Mittel der 1. Säule schon mitdenkt. Der Finanzplan selbst enthält aber nur die originären ELER-Mittel.

Verwirrendes Rechtsgefüge konterkariert Partnerschaftscodex

Die EU setzt gerade in der Verbandsbeteiligung neue Maßstäbe und gute Impulse. Der in verschiedene Verordnungen und nachgeordnete Rechtsakte zersplitterte Rechtsrahmen ist – wie die Finanzplanung – von den Partnern aber kaum nachvollziehbar. Die ESI-Verordnung wird ihrem Anspruch, die Bestimmungen aller EU-Fonds zu harmonisieren, kaum gerecht. Oftmals enthalten die ESI-Rechtsakte materielle Regelungen für EFRE und ESF; für ELER und den Fischereifonds verweisen sie jedoch auf deren fondsspezifische Rechtsakte. Hinzu kommt, dass der ELER in der Umsetzung auch die Verwaltungs- und Kontrollvorgaben der Horizontalen Verordnung sowie der Direktzahlungsverordnung (Greening und Cross Compliance) beachten muss, die häufig andere Wege beschreiten als die Strukturfonds. Besonders misslich dabei: Dieses Jahr wird das Antragsverfahren für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen gestartet, obwohl die Basis, auf die sie aufsatteln sollen – Greening und Cross-Compliance-Standards – noch nicht feststeht.

ELER-Strategie: viel Fassade, wenig Substanz

Um den strategischen Ansatz der Programme zu stärken, sieht die ELER-Verordnung zukünftig statt der vier Achsen sechs EU-Prioritäten für den ländlichen Raum vor. Diese Struktur ist wesentlich geeigneter, stellt die Bundesländer allerdings vor Herausforderungen. Denn die Zuständigkeiten der Ministerien bei der Programmerstellung richten sich bisher nicht nach den Prioritäten, sondern nach Maßnahmen beziehungsweise Förderrichtlinien. Mit prioritätsbezogenen Projektgruppen versucht man teilweise, dieses Defizit zu beheben. Das gelingt nicht immer und allzu oft ergibt die Summe aller „Maßnahmenteilchen" nicht ein Mehr an Strategie.
Die Stärken des ELER finden sich kaum in den übergeordneten Strategien wieder, sein Beitrag zu den thematischen Zielen der ESI-Verordnung und der EU-2020-Strategie dürfte daher eher gering sein. Dankenswerterweise hat die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der EU die Prioritäten für den ländlichen Raum über feste Links den thematischen Zielen der ESI-Verordnung zugeordnet, die wiederum mit der EU-2020-Strategie fest verknüpft sind. Den Programmbehörden der Länder bleibt diese Aufgabe also erspart. So wurde der Einfachheit halber auch die Klimaschutzwirkung gleich mit verordnet: Je nach zugeordneter Priorität trägt eine Maßnahme pauschal mit 40 Prozent oder 100 Prozent der eingesetzten Fördermittel positiv zum Klimaschutz bei. Noch Fragen? Fachlich schon: Es ist nur schwer vorstellbar, dass alle Maßnahmen, die der Priorität „Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme" zugeordnet sind, zu 100 Prozent zum Klimaschutz beitragen werden.

Leistungsreserve versus innovative Ansätze

Viele Ideen zur besseren strategischen Profilierung des ELER sind in der Umsetzung mit Nebenwirkungen und Risiken verbunden, die auch ursprüngliche Ziele betreffen. Dazu gehört beispielsweise die Reserve von rund sechs Prozent der EU-Mittel, die leistungsbezogen 2019 ausgeschüttet werden soll. Der EU geht es aber nicht um Leistung im Sinne effektvoller oder besonders strategierelevanter Förderung. Sie definiert Leistung darüber, dass eingeplantes Geld rechtzeitig ausgegeben wird. Tatsächlich besitzen einige Mitgliedstaaten keine ausreichend leistungsstarken Verwaltungsstrukturen und nehmen EU-Mittel daher nur geringfügig in Anspruch. Wäre der gezielte Kapazitätsaufbau nicht der bessere Weg gewesen, diesem Problem zu begegnen? Der Druck, eingeplante Mittel in jedem Falle auszugeben, wird den Weg für „Evergreen-Maßnahmen" ebnen: Maßnahmen mit hoher Nachfrage und einfacher Dreisatzabwicklung wie Ausgleichszulage, Investitionsförderungen und technische Infrastruktur. Die innovativen Ansätze der Förderperiode 2014 bis 2020, wie die Europäischen Innovationspartnerschaften sowie stärker auf Ziele ausgerichtete LEADER-Strategien werden hingegen ausgebremst. Sie benötigen nämlich Vorlauf und sind tendenziell mit Planungsunsicherheiten verbunden. Teilweise muss für diese Maßnahmen der Bedarf erst ausgelotet und es müssen neue Gruppen von Zuwendungsempfängern erschlossen werden.

Bild: © Nomad_Soul / Fotolia

Das EDV-System treibt Blüten

Zur Vereinfachung und Verbesserung der Planungsprozesse stellt die EU viele Tools zur Verfügung: Leitfäden, Maßnahmen-Fiches und das EDV-System SFC2014. In das EDV-System sind alle Elemente des Programmplanungsdokuments in einer im Umfang begrenzten Form einzugeben. Damit soll insgesamt der Workflow zwischen Verwaltungsbehörde und EU-Kommission verbessert werden. Viele der Eingabefelder und Tabellen sind verlinkt und generieren automatisch Gesamtübersichten. Die bislang sehr umfangreichen Programme sollen damit auf das Wesentliche reduziert werden. Dem widersprechen allerdings die ausufernden inhaltlichen Anforderungen der EU-Kommission, wie staatliche Interventionen zu begründen sind. Durch die isolierten Eingabefelder und Zeichenbegrenzungen entstehen in sich nicht schlüssig nachvollziehbare Programmpuzzleteile. Mit diesen die Partner zu beteiligen, wird vermutlich auf Unverständnis stoßen, so dass die Länder gezwungen sind, zusätzliche zielgruppengerechte Dokumente zur Verfügung zu stellen. Das klingt alles wenig nach Arbeitserleichterung.

Besonders schwerwiegend ist der bindende Charakter des EDV-Systems, ohne dass es ausgereift wäre. Derzeit hält es den Programmierungsprozess mehr auf, als dass es ihn beschleunigt. Für Mitte März 2014 war die Freigabe des SFC vorgesehen, um Programme übermitteln zu können. Im April 2014 hatten immer noch einige Bundesländer keinen Zugang zum System. Andere berichten von zahlreichen Systemabstürzen.

Was den Ländern bleibt

In erster Linie muss es in den Ländern darum gehen, trotz der Umstände handlungsfähig zu bleiben. Es gilt, die guten Ideen und Förderziele nicht aus den Augen zu verlieren und das EU-Geld für das Richtige bedarfsorientiert und wirksam einzusetzen. Dazu gehört auch, „Strukturfetischismus“ vorzubeugen und Leitfäden und Hilfsmittel zwar zur Kenntnis zu nehmen, aber nicht sklavisch abzuarbeiten und über die Inhalte zu stellen. Insgesamt sollte es im EU-Kontext darum gehen, zurück zur Klarheit in Wort und Tat zu finden. Auf den „ELER-Etiketten“ sollten nur die Dinge stehen, die auch drin sein können. Schon im Sinne des Verbraucherschutzes – ein weiteres Feld, auf dem Europa theoretisch sehr anspruchsvoll ist …

Mehr Informationen:

Barbara Fährmann und Regina Grajewski
Thünen-Institut für Ländliche Räume
Telefon: 0531 596-5247 und -5599
E-Mail: barbara.faehrmann@ti.bund.de und
regina.grajewski@ti.bund.de
www.ti.bund.de

EIP Agri geht in Deutschland an den Start

Bild: © motorlka / Fotolia

Die Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit" soll mit sogenannten Operationellen Gruppen (OGs) frischen Wind ins land- und forstwirtschaftliche Innovationsgeschehen bringen und den Austausch zwischen Praxis und Forschung fördern. Die OGs sollen künftig die Keimzellen von Innovationen sein, die die Landwirtschaft nachhaltiger und produktiver machen.

Von Bettina Rocha

Der Gedanke der EU-Kommission ist einfach: Künftig soll „mehr" mit „weniger" produziert werden. Das heißt, die Landwirtschaft soll zum einen produktiver werden, zum anderen aber weniger Ressourcen verbrauchen und damit nachhaltiger arbeiten. Die ressourcenschonende Produktionsweise soll durch Innovationen erreicht werden: Produktinnovationen, wie zum Beispiel neue energieeffiziente Maßnahmen im Stall, oder Prozessinnovationen, die vorhandene technologische oder organisatorische Abläufe in einen neuen Kontext bringen. Ein Beispiel hierfür ist das GPS, das einst vom Militär entwickelt wurde, dann mit Precision Farming in der Landwirtschaft zum Einsatz kam und heute in fast jedem Pkw als Navigationshilfe zu finden ist.

Die Rolle der Operationellen Gruppen

Eine Operationelle Gruppe soll sich aus Landwirten zusammensetzen sowie weiteren, für ein konkretes Projekt benötigten Partnern, wie Beratern, Unternehmen des Agribusiness, Forschungseinrichtungen, Verbänden und Verwaltungen. Nach dem Bottom-up-Ansatz soll die Gruppe ein konkretes praktisches Problem aufgreifen und an seiner Lösung arbeiten. Durch die heterogene Zusammensetzung der Gruppe soll zum einen der Austausch zwischen Praktikern und Forschern befördert werden. Zum anderen können die Ergebnisse damit schneller als bisher in die Praxis umgesetzt werden beziehungsweise die Forscher unmittelbar von einem Bedarf erfahren. Die Förderung einer OG ist gemäß ELER-VO Nr.1305/2013 möglich für die Einrichtung und Tätigkeit der Gruppe einschließlich eines sogenannten Innovationsdienstleisters, für Investitionskosten von Projekten im Rahmen von EIP Agri und für Begleit- und Machbarkeitsstudien.

Die Musik spielt in den Bundesländern

Die Bundesländer sind für die Umsetzung der EIP Agri in Deutschland zuständig. Als Instrument dienen die zwölf Programme zur ländlichen Entwicklung der einzelnen Bundesländer (EPLRs), die den jeweiligen Rahmen für die Arbeit der OGs konkretisieren. Entsprechend dem föderalen System gibt es teilweise unterschiedliche Ansätze und Vorgehensweisen. So stellen die Länder zum Beispiel unterschiedliche Anforderungen an die Mindestanzahl, fachliche Ausrichtung und Herkunft der Mitglieder der OGs. Auch die Verfahren zur Auswahl der OGs unterscheiden sich. Mehrere Länder geben fachliche Leitthemen vor, einige Länder planen zudem einen EIP-Beirat, der die Förderwürdigkeit der Projektideen beurteilt und eine Empfehlung zur Förderung der OGs ausspricht.

Wie geht es weiter?

In allen Bundesländern sind erste Aktivitäten angelaufen. Der endgültige Start der EIP Agri in Deutschland erfolgt jedoch überwiegend nach der Einreichung und Genehmigung der EPLRs durch die EU-Kommission. Erst danach werden erste OGs ausgewählt und können mit der Arbeit beginnen. Einige Bundesländer, wie Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, haben bereits zu Interessenbekundungen und Wettbewerben für potenzielle OGs aufgerufen, andere wollen dies 2014 noch tun. Einige Bundesländer verzichten auf diesen Schritt und werden den Startschuss für die Arbeit der OGs erst mit dem Antragsverfahren auf Grundlage des zur Zeit noch ausstehenden EPLR geben. Ein wesentlicher Ansatz der EIP Agri ist die europäische Vernetzung. Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) ist als nationale Vernetzungsstelle fortan für die thematische Vernetzung und den Informationsfluss rund um die EIP Agri zuständig. Im Fokus ihrer Arbeit stehen die OGs. In Abstimmung mit Bund und Ländern baut die DVS zurzeit eine Datenbank auf, die alle OGs und ihre Projekte erfassen soll.

Mehr Informationen:
Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3882
E-Mail: bettina.rocha@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de
→ Themen → EIP-Innovationspartnerschaft

Bild: Bauernverband Schleswig-Holstein e.V.

Klaus-Peter Lucht, Bauernverband Schleswig-Holstein

„Ein Mehrwert entsteht, wenn wir lösungsorientiert arbeiten und uns möglichst wenig von der Politik beeinflussen lassen."

Klaus-Peter Lucht (53) ist seit 2013 Vizepräsident des Bauernverbands Schleswig-Holstein und Bürgermeister von Mörel, einer dörflich geprägten Gemeinde mit 250 Einwohnern auf dem Mittelrücken Schleswig-Holsteins. Er betreibt einen Milchviehbetrieb mit 70 Kühen auf 85 Hektar, davon 30 Hektar unter Vertragsnaturschutz. Daneben bewirtschaftet der Betrieb ein Heuhotel und mehrere Ferienwohnungen.
www.bauernverbandsh.de

Herr Lucht, die Umsetzung der Europäischen Innovationspartnerschaft Agri nimmt in einigen Bundesländern bereits konkrete Formen an. Wird diese EIP den beabsichtigten Innovationsschub in der Landwirtschaft bewirken?

Interessant ist die Definition einer Innovation im Artikel 35 der ELER-Verordnung. Wer wirklich etwas Neues will, der kann am Anfang nicht wissen, was am Ende herauskommt. Deshalb soll der Weg, nicht das Ergebnis gefördert werden. Dieser Ansatz ist richtig, er lässt vor allem der Wissenschaft ausreichend Spielraum für eine ergebnisoffene Forschung. Verbunden mit der Erdung über die Operationellen Gruppen und den engen Kontakt mit der Praxis erhoffe ich mir einen hohen Alltagsnutzen der EIP. Allerdings beobachte ich kritisch, dass die Politik das Instrument nutzt, um eigene Ziele voranzutreiben, etwa bezüglich der Flächennutzung, Tierhaltung oder erneuerbaren Energien. Wie weit sich die Ziele von Politik und Praxis letztlich in Übereinstimmung bringen lassen, steht auf einem anderen Blatt.

Eignet sich das derzeitige Konstrukt der Operationellen Gruppen, die Ziele der EIP zu erreichen?

Das Konstrukt ist neu, ich bin gespannt, ob es funktioniert. Die technischen Voraussetzungen sind durch die ELER-Vorgaben aber gegeben, um sich und das Instrument auszuprobieren. Am Ende wird es von den Teilnehmern der Operationellen Gruppe abhängen, von deren Engagement und der fachlichen Eignung sowie dem tatsächlichen Willen zur Zusammenarbeit. Ein Mehrwert entsteht, wenn wir auf fachlicher Ebene lösungsorientiert arbeiten und uns möglichst wenig von außen, und damit meine ich vor allem von der Politik, beeinflussen lassen.

Welche Themen sind innerhalb der EIP für die Landwirtschaft besonders innovationsbedürftig?

Die Anforderungen an die Landwirtschaft steigen durch weltweite Nachfrage, den Einfluss des Klimawandels auf die Produktion, aber auch durch die gesellschaftlichen Wünsche sowie Kontroll- und Dokumentationspflichten für die Betriebe. Wir gehen in eine Periode der nachhaltigen Intensivierung der Landwirtschaft. Diese scheinbaren Gegenpole – Nachhaltigkeit und Intensivierung – miteinander zu verbinden, erfordert innovative Lösungen in vielen Bereichen. Wir können es uns aus Verantwortung gegenüber den heute Hungernden, aber auch gegenüber den kommenden Generationen nicht leisten, uns einseitig in einen der beiden Gegenpole zu verrennen. Ich persönlich sehe insbesondere in der Tiergesundheit eine große Chance, die Themen – Welternährung, Nachhaltigkeit, Tierschutz, Klimaschutz und Gesellschaft – zusammenzubringen.

Inwiefern beabsichtigt der Landesbauernverband Schleswig-Holstein, sich im Rahmen von EIP zu engagieren?

Wir haben in Schleswig-Holstein eine Tradition der Kompetenzzentren, etwa für Milch und erneuerbare Energien. Und wir haben in unserem übersichtlichen Bundesland schon lange einen direkten Draht zwischen Wissenschaft und Praxis im Agrarbereich. Deshalb haben wir gerade als Bauernverband das Thema EIP früh als Chance begriffen. Inzwischen soll es acht Partnerschaften geben: Ökolandbau, Grünland, Milch, Rindergesundheit, Biomasse, Genetische Ressourcen, Eiweißpflanzen und Ackerbau. An fast allen ist der Bauernverband beteiligt und bringt sich inhaltlich ein.

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Gespräch führte Juliane Mante.

Wissenstransfer und Innovationen im Ländle

Baden-Württemberg greift im Rahmen des Maßnahmen- und Entwicklungsplans 2014 bis 2020 die Chancen auf, die sich aus der Innovationsförderung der EU für die Landwirtschaft ergeben. „Förderung der Vernetzung, Innovationen im Land voranbringen", so lautet das Motto für die Europäische Innovationspartnerschaft des Bundeslandes.

Von Katja Beutel und Wolfgang Arnoldt

Die Operationellen Gruppen (OGs) müssen ihren Sitz in Baden-Württemberg haben, rechtsfähig sein und mindestens zwei Akteure umfassen. Potenzielle Akteure sind zum Beispiel innovationsbereite Landwirte aus dem Ländle, Vertreter der acht landwirtschaftlichen Landesanstalten, des Kompetenzzentrums Obstbau Bodensee, der Hochschulen Hohenheim und Nürtingen-Geislingen sowie Vertreter der Beratungseinrichtungen des Landes. Akteure können jedoch auch aus anderen Bundesländern oder Mitgliedstaaten kommen.

Zweistufiges Verfahren

Ein geplantes innovatives Projekt – etwa die Entwicklung von tiergerechten Haltungsverfahren – muss Bezug zu baden-württembergischen Anliegen nehmen und in einem Plan dargestellt werden. Gefördert werden Kosten der laufenden Zusammenarbeit, Direktkosten der Projekte und Kosten eines Innovationsdienstleisters.
Das Auswahl- und Genehmigungsverfahren wird zweistufig sein. Um es transparent zu halten, wählt im ersten Schritt das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die OG und ihre Projekte aus. Im zweiten Schritt ist eine noch festzulegende Bewilligungsstelle für die weitere Verfahrensabwicklung vorgesehen. Begleitend wird ein EIP-Desk am Ministerium eingerichtet. Dieser ist Anlaufstelle für alle Fragen potenzieller Interessenten. Er wird außerdem die Aufrufe vorbereiten, die Akteure vernetzen und Schnittstelle zur nationalen und europäischen Vernetzungsstelle sein. 2015 sollen die ersten OGs mit ihren Projekten starten.

Mehr Informationen:
Katja Beutel und Wolfgang Arnoldt
Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg
Telefon: 0711 1262434
E-Mail: katja.beutel@mlr.bwl.de und
wolfgang.arnoldt@mlr.bwl.de

Europäische Innovationspartnerschaft in Sachsen

Auch im Freistaat Sachsen können Operationelle Gruppen über die Europäische Innovationspartnerschaft (EIP) Agri gefördert werden, wenn sie dort ansässig sind, mindestens zwei unabhängige Akteure umfassen, einen Aktionsplan vorlegen und innovative Projekte umsetzen.

Von Michael Kaßner und Thomas Kannegießer

Zudem müssen die Operationellen Gruppen (OGs) regelmäßig über ihre Arbeit berichten und ihre Ergebnisse über die Vernetzungsstelle des Landes veröffentlichen. Förderfähig sind die Sach- und Personalkosten bei der Zusammenarbeit in der OG und der Umsetzung von innovativen Pilotprojekten, die sich thematisch an den EU-Prioritäten für den ländlichen Raum, den europäischen Zielen der EIP und den Vorgaben des sächsischen Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum 2014 bis 2020 orientieren. Grundlage der Förderung ist der Artikel 35 der ELER-Verordnung. Die Pilotprojekte können daneben auch über die Artikel 14 und 17 sowie andere Fonds gefördert werden. Allerdings müssen dann entsprechend weitere Förderanträge gestellt und zusätzlich die Konditionen der Fachförderung eingehalten werden.

Antragssteller gut betreut

Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) fungiert zum einen als Vernetzungsstelle. Es wird wesentliche Informationen bereitstellen, potenzielle Interessenten unterstützen und die Verbindung zur nationalen Vernetzungsstelle sein. Zum anderen ist das LfULG auch Bewilligungsstelle. Beide Funktionen sind jedoch organisatorisch und personell getrennt. Die OGs können vor der Antragstellung ihre Projektskizze bei der Vernetzungsstelle einreichen. Diese prüft die Skizzen und informiert die OGs über die Förderchancen.

Am 15. Mai 2014 wurden die potenziellen Akteure in Sachsen auf einer Veranstaltung über die Fördermöglichkeiten informiert. Anschließend wird zur Bildung der OGs aufgerufen. Dabei sollen sich Partner finden, die eigene innovative Ideen entwickeln. Die Vernetzungsstelle wird dabei beratend zur Seite stehen. Voraussichtlich im November 2014 können die Akteure auf einem Workshop des LfULG ihre Projektideen vorstellen und weitere Partner gewinnen.

Mehr Informationen:
Andreas Weiske
Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
Telefon: 0351 26122410
E-Mail: andreas.weiske@smul.sachsen.de
www.landwirtschaft.sachsen.de/landwirtschaft/32446.htm

Bild: © romurundi / Fotolia

Bayern stärkt Umwelt und Natur

Bayern setzt seine Agrarumweltmaßnahmen über sein Kulturlandschaftsprogramm und sein Vertragsnaturschutzprogramm um. In der neuen Förderperiode wird der Freistaat Altbewährtes fortsetzen, Auflagen und Prämien attraktiver gestalten und neue Schwerpunkte im Klima-, Boden- und Wasserschutz, in der Biodiversität sowie für den Erhalt der Kulturlandschaft setzen.

Von Ludwig Wanner und Wolfram Güthler

Im Rahmen des Bayerischen Kulturlandschaftsprogrammes (KULAP) wird insbesondere die Umwandlung von Ackerland in Grünland auf Mooren attraktiver: Die Prämienhöhe steigt um 200 Euro auf 570 Euro pro Hektar, außerdem wird die Beweidung mit Rindern möglich. Die Breite von Gewässer- und Erosionsschutzstreifen wird flexibler und der Verzicht auf Intensivfrüchte in wasserwirtschaftlich sensiblen Gebieten honoriert. Die klassische Winterbegrünung wird um eine Förderung für Wildsaaten erweitert, um dem Wild in der vegetationsarmen Zeit Schutz- und Äsungsflächen zu bieten. Neu ist auch die Förderung für sogenannte Heumilchbetriebe, die auf jegliche Form von Silageeinsatz verzichten. Auch die Auflagen der Sommerweidehaltung von Rindern wurden flexibilisiert und attraktiver ausgestaltet. Die Fördersätze für den Ökolandbau werden deutlich angehoben: bei Dauerkulturen um mehr als das Doppelte, bei Acker- und Grünland um knapp 20 Prozent. Zudem sind die Förderungen für Ökolandbau und Steillagen im Weinbau nun kombinierbar.

Schutz der Biodiversität ausgebaut

Im KULAP gibt es eine neue ergebnisorientierte Maßnahme zum Erhalt von artenreichen Grünlandbeständen. Der Erfolg soll anhand von mindestens vier Zeigerarten festgestellt werden. Auf Ackerland wird die Maßnahme „Vielfältige Fruchtfolge mit Eiweißpflanzen“ auch mit Blick auf die Eiweißstrategie ausgebaut: Künftig müssen mindestens zehn Prozent Leguminosen angebaut werden. Großkörnige und alte Leguminosenarten werden besonders honoriert. Neu ist auch die Förderung von nun nicht mehr nur mehrjährigen, sondern auch jährlich wechselnden Blühflächen. Um eine noch stärkere Biotopvernetzung zu erreichen, werden zudem zusätzlich zur Pflege auch die dauerhafte Neuanlage von Struktur- und Landschaftselementen prämiert sowie spezielle Maßnahmen an Waldrändern angeboten.

Vertragsnaturschutzprogramm weiterentwickelt

Das Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) ist das Erfolgsmodell des kooperativen Naturschutzes in Bayern. Es setzt das europäische Netz Natura 2000 und die Bayerische Biodiversitätsstrategie um. Etwa 18 000 Landwirte beteiligen sich derzeit am Programm und bewirtschaften 67 000 Hektar ökologisch – besonders wertvolle Äcker, Wiesen, Weiden und Teiche naturschonend. Dabei legen Naturschutzverwaltung und Landwirt gemeinsam über ein Baukastensystem maßgeschneidert die für die jeweilige Fläche erforderlichen Maßnahmen fest. So können beispielsweise ein bestimmter Schnittzeitpunkt, der Verzicht auf Düngung und der Einsatz eines Messerbalkenmähwerkes kombiniert werden.
Das neue Programm wurde zusammen mit Landwirten, Schäfern, Teichwirten und Naturschutzexperten entwickelt. Neben teilweise flexibilisierten Auflagen und neu berechneten Prämien wurden auch hier neue Maßnahmen eingeführt – etwa zur Ziegenbeweidung oder zum Schutz von FFH-Schmetterlingsarten. Zuschläge für besonders nasse und besonders steile Flächen schaffen Anreize, um gerade diese ökologisch höchst wertvollen Areale weiterhin in Bewirtschaftung zu halten. Innerhalb der Vertragsnaturschutz-Gebietskulisse gibt es schließlich eine neue ergebnisorientierte Maßnahme für artenreiche Wiesen, bei der mindestens sechs bestimmte Pflanzenarten nachgewiesen werden müssen. Diese Maßnahme zielt insbesondere auf die Sicherung des FFH-Lebensraumtyps „Flachland-Mähwiese“ ab.

Mehr Informationen:

Ludwig Wanner
Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Telefon: 089 21822249
E-Mail: ludwig.wanner@stmelf.bayern.de

Wolfram Güthler
Bayerisches Staatsministerium für Umwelt
und Verbraucherschutz
Telefon: 089 92143317
E-Mail: wolfram.güthler@stmuv.bayern.de

Bild: © Joachim Diesner

Bewährtes, Neues und Modellartiges für hessische Agrarlandschaften

Hessen hat für die Förderperiode 2014 bis 2020 eine neue Agrarumwelt-Richtlinie entwickelt: HALM – das Hessische Programm für Agrarumwelt- und Landschaftspflege-Maßnahmen. Hierbei werden neue Akzente gesetzt, aber auch bewährte Maßnahmen fortgeführt und weiterentwickelt. Der folgende Beitrag wirft einen Blick auf geplante Änderungen und Neuerungen.

Von Sigrid Spielmann

Die „Wetterauer Hutungen" sind das erste LIFE+-Projekt in Hessen. Mit Hilfe der europäischen Fördergelder setzen sich seit 2010 das Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der Wetteraukreis, die Städte Nidda und Hungen sowie zahlreiche Unterstützer vor Ort dafür ein, die traditionelle Schafbeweidung der artenreichen Magerrasen in der Region zu erhalten. Nach dem Auslaufen der LIFE+-Förderung Ende 2014 könnte ein neuer Baustein im zukünftigen Landschaftspflegeprogramm eine Alternative sein: Das Modul „Konzepte" fördert Netzwerkbildung für Natur und Umwelt.

Neu: Konzepte für Kooperationen

Mit dem Modul „Konzepte" soll die Wirksamkeit der Agrarumweltmaßnahmen verbessert werden – durch die Zusammenarbeit von Betriebsinhabern mit anderen relevanten Akteuren. Regionale Kooperationen zwischen Landbewirtschaftern und anderen Interessenvertretern bilden den Kern der Maßnahme. Relevante Akteure können Landschaftspflegeverbände, Umweltverbände oder Wasserschutzgebietskooperationen sein. Geplant ist zum einen, die Erstellung von Konzepten zur Zusammenarbeit einmalig mit bis zu 50 000 Euro zu bezuschussen. Dabei soll die Zielsetzung des Konzepts mit bereits vorhandenen Ideen abgestimmt werden. So wurden im Rahmen des derzeitigen Agrarumwelt-Programms HIAP (Hessisches Integriertes Agrarumwelt-Programm) auf Kreisebene Regionale Agrarumweltkonzepte (RAKs) entwickelt, die bei der Konzeptgestaltung als Grundlage dienen können.

Zum anderen soll die Umsetzung und Begleitung von Kooperationskonzepten mit jährlich bis zu 50 000 Euro gefördert werden. Damit könnte die Realisierung neu erarbeiteter Konzepte unterstützt werden. Denkbar ist aber auch, die Umsetzung von bereits vorhandenen Konzepten, die den Anforderungen der Richtlinie genügen, zu bezuschussen. Interesse an diesem Ansatz wurde bereits bekundet. Die Mittelausstattung im neuen Förderbaustein „Konzepte" ist zunächst auf einige Pilotprojekte ausgelegt.

Kennartennachweis mit Konzept

Nach den positiven Erfahrungen anderer Bundesländer nimmt Hessen die Maßnahme „Kennartennachweis" in sein Agrarumweltprogramm auf. Bezuschusst wird dabei die extensive Bewirtschaftung bestimmter Dauergrünlandflächen zum Erhalt pflanzengenetisch wertvoller Vegetation. Im Fokus dieses Förderinstruments steht Dauergrünland, das eine relativ stabile Artenausstattung aufweist: Im Gegensatz zu anderen Fördermodulen ist der Bewirtschafter weitgehend von Nutzungsauflagen befreit – entscheidend ist, dass er die vereinbarten Kennarten nachweisen kann. Für die geeignete Standortwahl der potenziellen Förderflächen und den fachkundigen Kennartennachweis ist eine hinreichende naturschutzfachliche Beratung unumgänglich. Deshalb wird die Kennarten-Maßnahme in der nächsten Förderperiode in Hessen zunächst nur in Verbindung mit dem Fördermodul „Konzepte" angewandt.

Vielfalt bei Streuobst und Ackerwildkräutern erhalten

Neu aufgenommen wird in HALM die Förderung zum Erhalt von bestehenden, extensiv genutzten Streuobstbeständen. Ein Qualifizierungsnachweis des Bewirtschafters ist Förderbedingung und soll die Pflege nach naturschutzfachlichen Zielen sicherstellen. Die Prämienhöhe ist so bemessen, dass die Pflege genutzter Obstbaumbestände unterstützt wird, die Bewirtschafter aber einen Eigenanteil leisten müssen: Es sollen vor allem die Bestände gefördert werden, die tatsächlich genutzt werden und dauerhaft bestehen.

Zum besonderen Schutz der europaweit rückläufigen Biodiversität von Ackerwildkräutern wird eine Maßnahme als Pendant zum ehemaligen Schonstreifen eingeführt. In einer festgelegten Maßnahmenkulisse, in der ein Potenzial an Wildpflanzensamen im Boden zu erwarten ist, können Landwirte „Ackerwildkrautflächen“ mit 800 Euro pro Hektar bezuschussen lassen: Dafür ist eine Hauptkultur einzusäen und bis zur Ernte nicht zu bearbeiten.

Ökologischer Landbau im Fokus

Mit rund elf Prozent der landwirtschaftlichen Fläche zählt Hessen heute schon zu den führenden Bundesländern bei der ökologischen Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland. Dies wird politisch als Ansporn gesehen, den Ökolandbau zu erweitern und dauerhaft zu sichern. Er wird in der Förderperiode 2014 bis 2020 mit einer höheren Fördersumme ausgestattet.

Außerdem wurde ein Ökoaktionsplan mit zehn Maßnahmen entwickelt. Einige Fördermaßnahmen sind aus früheren Entwicklungsplänen für den ländlichen Raum bekannt, werden aber neu ausgerichtet: Bei der Investitionsförderung wird beispielsweise eine besonders artgerechte Tierhaltung zur Fördervoraussetzung. Eine wichtige Rolle werden zudem Bildung und Beratung spielen. Die Versuchsstandorte werden weiterentwickelt, Tierwohlinitiativen und Wissenstransfer unterstützt.

Um Anreize dafür zu bieten, ökologischen Landbau auf kommunaler und regionaler Ebene weiter zu entwickeln, sieht der Ökoaktionsplan einen Wettbewerb vor. Insbesondere Aktive der Regionalentwicklung, Landwirtschaft, aus dem Verbraucherschutz und politische Verantwortliche sollen angesprochen und Modellregionen initiiert werden. Bewerben können sich Regionen, Gemeindeverbünde und Landkreise mit Ideen und Projekten zur Weiterentwicklung der ökologischen Erzeugung und Lebensmittelwirtschaft. Prämierte Regionen erhalten vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einen Personalkostenzuschuss für zwei Jahre.

Verbesserte Lenkung durch gezielte Maßnahmenkulissen

Viele Förderansätze koppelt HALM wie sein Vorgänger an Gebietskulissen: So werden beispielsweise die Gebiete, in denen Streuobstbestände oder Ackerwildkrautflächen förderfähig sind, vorher festgelegt. Ein neues Punkteschema zur Bewertung der Maßnahmenkulissen soll dazu beitragen, dass Fördermittel effizienter an die naturschutzfachlichen Ziele geknüpft werden. Die Fachabteilungen stimmten sich zu geeigneten Maßnahmenkulissen für die einzelnen Maßnahmen ab. Beispielsweise sollen Gewässer- und Erosionsschutzstreifen nur in gewässernahen und geneigten Gebieten gefördert werden. Umgekehrt kann auch der Ausschluss bestimmter Flächen sinnvoll sein, um die zielgerichtete Wirkung von Maßnahmen zu steuern: So wird die Maßnahme „Mehrjährige Blühstreifen“, also die Aussaat von Blühmischungen zur Förderung von Insekten und anderer Tiere, in der Kulisse „Ackerwildkräuter“ nicht gefördert, weil Konkurrenzdruck von Förderinstrumenten nicht den Zielen des Ackerwildkrautschutzes in den dafür sensiblen Gebieten entspricht.

In den Maßnahmenkulissen sind überdies die Gebiete berücksichtigt, die von den Ämtern auf regionaler Ebene im Rahmen der RAKs erarbeitet wurden, beispielsweise ökologische Vernetzungselemente.

Förderprogramm in den Startlöchern

Die Finanzierung erfolgt über verschiedene Wege. Grundsätzlich wurde das Programm so gestaltet, dass finanzstarke und großflächige Maßnahmen durch EU-Mittel kofinanziert werden. Da der Verwaltungsaufwand bei kleineren Maßnahmen relativ zum Förderumfang steigt, werden diese vorwiegend durch Bund und Land finanziert. Für sehr differenzierte Maßnahmen wie den Arten- und Biotopschutz im Offenland sieht Hessen wie bisher die reine Landesfinanzierung vor.
Die Programmierung ist inhaltlich weitgehend abgeschlossen. Es müssen lediglich letzte Anpassungen vorgenommen werden, die auf Ergänzungen auf Bundes- und EU-Ebene zurück zu führen sind. Mitte Juli 2014 soll die HALM-Richtlinie in Kraft treten. Als Frist für die Antragstellung ist der 1. Oktober dieses Jahres geplant, so dass die Maßnahmen rechtzeitig 2015 umgesetzt und 2016 ausgezahlt werden können.

Bild: © Katja Preusche

Bild: © EU

Mehr Informationen:
Sigrid Spielmann
Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Telefon: 0611 815-1762
E-Mail: sigrid.spielmann@umwelt.hessen.de
www.umwelt.hessen.de

Petra Raue, Barbara Fährmann und Gitta Schnaut vom Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig (v. l. n. r.)

Barbara Fährmann, Gitta Schnaut und Petra Raue sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Thünen-Institut für Ländliche Räume in Braunschweig. Sie sind an den Evaluierungen der ländlichen Entwicklungsprogramme von sieben Bundesländern beteiligt und haben sich in diesem Zusammenhang auch mit der fondsübergreifenden Umsetzung des Bottom-up-Ansatzes CLLD – Community-Led Local Development – beschäftigt.

In der neuen Förderperiode setzt nur Sachsen-Anhalt einen fondsübergreifenden Ansatz für ELER*, EFRE und ESF um. Warum tun sich die Bundesländer so schwer damit?

Barbara Fährmann: Eine große organisatorische Herausforderung war zum Beispiel, dass es in EFRE und ELER unabhängig von CLLD zahlreiche Neuerungen gibt, die bei der Programmierung berücksichtigt werden müssen. Allein damit sind die Verwaltungen schon stark ausgelastet. Für größere fondsübergreifende Koordinationsleistungen und anschließend erforderliche verwaltungsorganisatorische Neuerungen waren die Kapazitäten während der Programmaufstellung einfach zu knapp. Hinzu kamen die teilweise starken Mittelkürzungen für die Förderperiode ab 2014 – beim EFRE sogar mehr als beim ELER. Dadurch war ein Weiter-so in der eigenen Förderung kaum möglich, eine Auseinandersetzung mit fondsübergreifenden Bottom-up-Ansätzen ein absoluter Nebenschauplatz.

Ist eine Einigung der Ressorts auch so schwierig, weil die LEADER-Methode den Verwaltungsbehörden des ESF und EFRE fremd ist?

Gitta Schnaut: Das stimmt, die Verwaltungen der Strukturfonds ESF und EFRE sind im Vergleich zu denen des ELER nicht so erfahren mit dem Bottom-up-Ansatz. Gerade beim EFRE überwiegen doch Top-down-Ansätze mit insgesamt geringerer Bereitschaft, Entscheidungskompetenzen an die Regionen abzugeben, vor allem nicht an zivilgesellschaftliche Akteure. Gedanklich haben die Verantwortlichen den CLLD-Ansatz mit LEADER, also dem ELER, gleichgesetzt. Sie haben CLLD nicht als neues Förderinstrument für die Umsetzung des eigenen Programms gesehen, für das man in einem zweiten Schritt überlegen könnte, wie sich dieses fondsübergreifend ausgestalten ließe. Die Diskussionen wurden eher so geführt, als müssten sich die Strukturfonds überlegen, ob sie dem ELER etwas abgeben wollen und einen Hang zur Besitzstandswahrung kann man ja generell in der Förderpolitik beobachten. Gleichzeitig sehen vor allem EFRE-Vertreter LEADER im Rahmen von ELER häufig als Spielwiese sehr kleinteiliger Förderansätze und halten den eigenen großräumigeren Ansatz für gewichtiger.

Hätte vielleicht die EU-Kommission den Strukturfonds-Verwaltungen den CLLD-Ansatz schmackhafter machen müssen?

Petra Raue: CLLD wurde – sei es als Monofonds- oder Multifondsansatz – nicht von allen Direktionen der EU-Kommission mit gleicher Vehemenz und Überzeugung vertreten. Speziell die Generaldirektion Regio schien wenig über CLLD und LEADER zu wissen und wenig daran interessiert zu sein. Dieses geringe Interesse setzt sich über das Bundeswirtschaftsministerium auch in die Wirtschaftsressorts der Länder fort. Es gab keinen Druck, das Ressortdenken zu überwinden. Dazu ist immer auch ein klares Bekenntnis der Leitung – zum Beispiel des Ministers – erforderlich.

Um das Themenspektrum der über LEADER geförderten Projekte zu erweitern, regen einige Bundesländer für die neue Förderperiode inhaltliche Schwerpunkte an, an denen sich die Lokalen Aktionsgruppen orientieren sollen. Ist der Multifondsansatz nicht ein viel geeigneterer Weg dazu?

Petra Raue: Die Länder machen diese Vorgaben vermutlich nicht, um die über LEADER umgesetzten Themen zu erweitern, sondern um eine Kohärenz zwischen Landesstrategien und regionaler Politik herzustellen. Gleichzeitig sollen die Regionalen Entwicklungsstrategien auf weniger Ziele fokussiert werden. Um die Regionalen Entwicklungskonzepte (REKs) thematisch zu erweitern, ist ein fondsübergreifender CLLD-Ansatz nicht unbedingt notwendig. Thematisch setzt LEADER ja keine Grenzen und die vorgelagerte Stärken-Schwächen-Analyse (SWOT) und Regionale Entwicklungsstrategie sollten sowieso übergreifend sein. Aber der Anreiz, umfängliche Konzepte zu erstellen, wäre wahrscheinlich noch höher, wenn für die Umsetzung ein Budget aus allen Fonds zur Verfügung stehen würde.
Die Fördervorhaben wurden bisher eher durch andere Umstände thematisch eingeschränkt: zum einen durch die starke Orientierung an

* ELER: Europäischer Fonds für die Entwicklung ländlicher Räume
EFRE: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ESF: Europäischer Sozialfonds

Bild: © Thünen-Institut für Ländliche Räume

„Für fondsübergreifende Ansätze müssen die Ressorts aufeinander zugehen und gemeinsame Strukturen schaffen“

den Förderbedingungen der Mainstream-Maßnahmen, wie Maßnahmen für den Tourismus, Dienstleistungseinrichtungen oder die Dorfentwicklung. Zum anderen durch das für eine übergreifende Strategie zu geringe Budget, denn mit den drei Millionen Euro ELER-Mitteln pro LEADER-Region – das entspricht im Schnitt rund 400 000 Euro pro Jahr – kann man nicht alle Probleme der ländlichen Räume lösen. Für die neue Förderperiode hoffen die LEADER-Akteure vor allem, dass die Förderspielräume wieder größer werden, die Projekte also freier auf Basis der REK von den Regionen ausgewählt werden können und weniger an programmierte Maßnahmen gebunden sind.

Selbst Sachsen-Anhalt geht nicht so weit, die potenziell mögliche, fondsübergreifende Verwaltung zu realisieren, sondern belässt es bei der Abstimmung der Ressorts sowie gemeinsamen Ansprechpartnern. Welche Hemmnisse stehen einer tatsächlichen fondsübergreifenden Fördermittelabwicklung im Weg?

Barbara Fährmann: Das grundsätzliche Problem ist die Aufrechterhaltung fondspezifischer Regeln, etwa bezüglich Abwicklung, Monitoring, Kofinanzierungssätzen und der Berechnungsgrundlagen für die Fondsbeteiligungen. Für die Verwaltung der Mittel ist langjähriges Erfahrungswissen vonnöten. Das baut man nicht mal eben für andere Fonds mit auf. Die Umsetzungsstrukturen für die einzelnen Fonds sind über die Förderperioden gewachsen und haben sehr wenige Schnittstellen. Eine fondsübergreifende Verwaltung für LEADER/CLLD würde bedeuten, dass man – neben den fondsspezifischen Strukturen – eine zusätzliche fondsübergreifende Struktur aufbauen müsste, die das entsprechende Fachwissen von ELER und Strukturfonds vorhält. Zudem braucht es funktionierende Schnittstellen zwischen den Abwicklungs- und Monitoringsystemen der einzelnen Fonds. Wer den Aufbau der Monitoringsysteme für den ELER in der Förderperiode 2007 bis 2013 miterlebt hat, kann sich vorstellen, was für eine Herausforderung dies wäre.
Eine fondsübergreifende Verwaltung braucht auch einheitliche Regeln. Für Multifonds-CLLD hätte eine Lösungsmöglichkeit sein können, dass der federführende Fonds für das gesamte Budget die Umsetzungsregeln bestimmt. Das ist aber nicht vorgesehen. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung des fondsübergreifenden Ein-Tür-Prinzips in Sachsen-Anhalt schon mal sehr wertvoll und könnte auch anderen Bundesländern als Vorbild dienen.

Bild: © weerapat1003 / Fotolia

Sind von der Idee eines fondsübergreifenden CLLD-Ansatzes trotzdem Impulse ausgegangen?

Gitta Schnaut: Unseres Erachtens ja, ein Prozess ist allein dadurch in Gang gekommen, dass sich die Ressorts zu CLLD positionieren mussten. Das hat durchaus zu ersten Annäherungen geführt. Und in einigen Ländern wurde auch ernsthaft über den Multifondsansatz im CLLD nachgedacht. Das hat zum Teil ja auch zu gemeinsamen Vereinbarungen und Ansätzen geführt, die man als Multifonds-Light-Lösungen bezeichnen könnte. Zum Beispiel werden in Hessen fünf Prozent der EFRE-Mittel erstmals für die Lokalen Aktionsgruppen reserviert. Außerdem soll es fondsübergreifende Informationsveranstaltungen geben, um gerade auch die Regionalmanagements besser als bisher über die Fördermöglichkeiten und Rahmenbedingungen der verschiedenen Fonds zu informieren. Die Erfahrungen mit diesen Multifonds-Light-Lösungen werden sicher in die weiteren Entwicklungen der nächsten Förderperiode einfließen und eventuell tiefer greifende Ansätze ermöglichen.

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Gespräch führte Juliane Mante.

Sachsen-Anhalt fördert fondsübergreifend

Das Land Sachsen-Anhalt verfolgt einen fondsübergreifenden Ansatz, um mögliche Synergien der EU-Fonds zu erschließen und die Effekte für das Land zu optimieren. Lokale Aktionsgruppen können künftig Projekte aus den EU-Fonds ELER, ESF und EFRE fördern lassen. In der Abwicklung soll ihnen ein fondsübergreifender Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Von Gábor Spuller

Bild: © vege / Fotolia

Projekte, die mit dem Bottom-up-Ansatz LEADER oder fondsübergreifend mit CLLD umgesetzt werden, können künftig im Rahmen des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum sowie der Operationellen Programme des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Regionalfonds (EFRE) umgesetzt werden. Dabei wird es für jedes Gebiet nur eine Lokale Aktionsgruppe geben, die in ihrer integrierten Strategie für die lokale Entwicklung entscheidet, mithilfe welcher EU-Fonds sie ihre Schwerpunktthemen verwirklichen will. Das Land plant ein festgelegtes Budget für jeden der Fonds ein: rund 73 Millionen Euro für LEADER-Projekte aus dem Europäischen Fonds zur Entwicklung ländlicher Räume (ELER), sechs Millionen Euro für CLLD-Projekte aus dem ESF und 14 Millionen Euro für CLLD-Projekte aus dem EFRE. Dazu kommen noch weitere Mittel für das Management der Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) und Kooperationen aus dem ELER.

Intensiver Austausch der Verwaltungsbehörden

Am 30 Juni 2014 werden die CLLD/LEADER-Akteure aufgerufen, ihre lokalen Entwicklungskonzepte in einem öffentlichen Wettbewerb einzureichen. Auf dieser Grundlage werden die Lokalen Aktionsgruppen dann zugelassen. Die Auswahlkriterien für den Wettbewerb haben die Verwaltungsbehörden des EFRE, ESF und ELER gemeinsam entwickelt. Dabei wurden alle relevanten Ressorts der Landesregierung und das bestehende LEADER-Netzwerk beteiligt. Ziel ist es weiterhin, mit Blick auf die spätere Umsetzungsphase möglichst gemeinsame Regeln und Abwicklungsgrundlagen einzuführen, um bereits im Vorfeld Doppelstrukturen zu vermeiden und die Verwaltung für die Akteure zu vereinfachen. Dass sich die Verwaltungsbehörden für alle drei Fonds im Ministerium der Finanzen befinden, erleichtert die hierfür nötige intensive Abstimmung.

Für die zukünftigen LAGs und potenziellen Fördermittelempfänger bedeutet der fondsübergreifende Ansatz konkret: Sie können einen einzigen Förderantrag für Projekte stellen, die aus verschiedenen Fonds gefördert werden sollen. Dabei müssen sie die jeweiligen fondsspezifischen Regeln einhalten. Ein feststehender Ansprechpartner soll die Anträge unabhängig von der angestrebten Förderquelle annehmen, hausintern an die richtigen Stellen leiten und bei Unsicherheiten beratend zur Seite stehen.

Voraussichtliche Themenschwerpunkte

Schon im Vorfeld des Wettbewerbs haben die potenziellen LEADER- und CLLD-Regionen Interessensbekundungen abgegeben, daraus lassen sich die zukünftigen Schwerpunkte der CLLD- und LEADER-Projekte erkennen. ELER-Projekte werden durch Vorhaben der integrierten ländlichen Entwicklung geprägt sein, wie Dorferneuerung und -entwicklung, Basisdienstleistungen, dem Ausbau ländlicher Infrastruktur sowie der Erschließung landwirtschaftlicher und touristischer Entwicklungspotenziale. Auch viele gebietsübergreifende und transnationale Kooperationen sind angedacht. EFRE-geförderte Projekte werden sich voraussichtlich auf Investitionen in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) fokussieren, insbesondere in den strukturschwachen städtischen Gebieten und im Umland außerhalb der Kernstädte. Zudem wird die Verflechtung entwicklungsstarker Räume mit dem Umland ein Thema sein. Förderbedarf aus dem Fonds ESF sehen die potenziellen LAGs unter anderem in der Unterstützung von Kleinst- und Kleinunternehmern bei der Unternehmensgründung oder -erweiterung, beim Aufbau von Kooperationen und dem Erwerb unternehmerischen Know-hows.

Die Abstimmungen Sachsen-Anhalts mit der Europäischen Kommission hinsichtlich der fondsübergreifenden Konzeptionierung von LEADER und CLLD verliefen bisher positiv. Das lässt erwarten, dass die EU dem Land im Zuge der noch ausstehenden formalen Genehmigung der EU-Fonds-Programme diesen Ansatz abschließend bestätigen wird.

Mehr Informationen:

Dr. Gábor Spuller
Verwaltungsbehörde
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes
Ministerium der Finanzen Sachsen-Anhalt
Telefon: 0391 5672054
E-Mail: gabor.spuller@sachsen-anhalt.de

Was LEADER bringt – ein Überblick

Die LEADER-Methode hat sich bewährt. Deshalb will die Europäische Kommission den Ansatz weiter voranbringen. Die zuständigen Ländervertreter sehen das ähnlich und arbeiten derzeit an ihren Programmen. Eins steht für die nächste Förderperiode bereits fest: Die LEADER-Landschaft in Deutschland bleibt vielfältig.

Von Anke Wehmeyer

Die Unterschiede fangen beim Prozedere zur Bewerbung als zukünftige LEADER-Region an: Bereits im Mai 2014 mussten die Lokalen Aktionsgruppen in Brandenburg ihre Regionalen Entwicklungskonzepte (REKs) einreichen, in Nordrhein-Westfalen wird der Aufruf nach der Sommerpause kommen. Ende 2014 sollen die Wettbewerbssieger in fünf Bundesländern feststehen, Anfang 2015 in sieben weiteren und im zweiten Quartal 2015 letztlich in allen Bundesländern. Um ihre Konzepte zu erarbeiten, haben die Regionen zwischen vier und neun Monate Zeit.

Die Zeitplanung für LEADER in den Ländern

Programmeinreichung

Nov 13	Dez 13		Apr 14	Mai 14	Jun 14	Jul 14	Aug 14	Sep 14
				SN, NI, RP, ST	BW, SH, BB, SL	HE, BY, TH		NW
					MV/RP im Sommer			

Wettbewerbsaufruf

Nov 13	Dez 13		Apr 14	Mai 14	Jun 14	Jul 14	Aug 14	Sep 14
BB	SH, HE		SN	NI, BY	BW, SL	ST, MW	RP, TH (Sommer)	NW

Auswahl

4. Quartal 2014	1. Quartal 2015	2. Quartal 2015
BW, SH, HE, BB	SN, NI, NW, TH, SL, BY, ST, RP	MV

Hohe Anforderungen an REKs

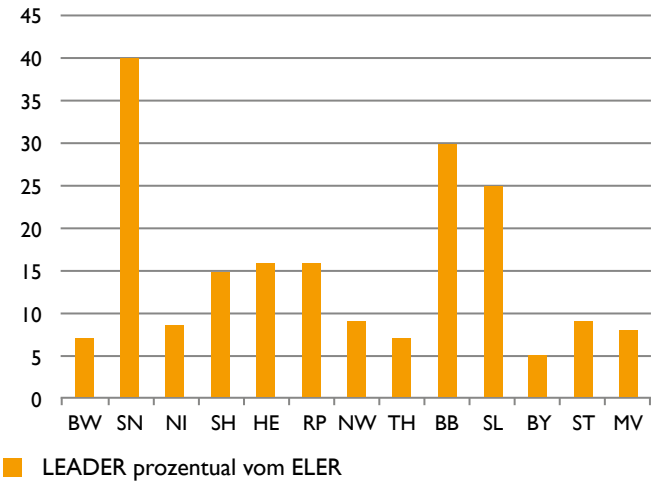
Die Regionalen Entwicklungskonzepte werden bezüglich der Auswahl und Umsetzung der Projekte in Zukunft überall den Charakter einer Richtlinie erhalten. Eine eigene LEADER-Richtlinie der Bundesländer wird größtenteils nur noch Verfahrensabläufe beschreiben. Damit die potenziellen Regionen diese Anforderungen auch erfüllen können, werden sie in vielen Bundesländern von Experten unterstützt. Selbstverständlich ist das für Länder, die eine eigene LEADER-Vernetzungsstelle haben. Aber auch andere Länder – etwa Baden-Württemberg – haben sich auf die Fahnen geschrieben, den Akteuren unter die Arme zu greifen. Sie bieten Schulungsreihen zur Vorbereitung auf die Erstellung der Regionalen Entwicklungskonzepte und zu weiteren Themen der LEADER-Arbeit an.

Mehr Regionen, mehr Geld

Die Anzahl der Lokalen Aktionsgruppen (LAGs) wird sich in den meisten Bundesländern erhöhen. Nur in denen, die bereits in dieser Förderperiode einen nahezu flächendeckenden Ansatz hatten, ändert sich wenig. Den größten Zuwachs planen Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Hier soll die Anzahl der zukünftigen Regionen von acht auf 18 und von zwölf auf bis zu 24 steigen. Insgesamt werden bundesweit ungefähr 300 LEADER-Regionen erwartet, aktuell sind es 244.

Die Höhe der Mittel aus dem Europäischen Fonds zur Entwicklung ländlicher Räume (ELER), die die Bundesländer für LEADER zur Verfügung stellen, hat eine große Spannbreite – von fünf Prozent in Bayern bis 40 Prozent in Sachsen. Allerdings muss hervorgehoben werden, dass Länder mit einer hohen Mittelausstattung häufig auch Mainstreammaßnahmen über LEADER umsetzen wollen, zum Beispiel die Dorferneuerung, die Bodenneuordnung oder den Hochwasserschutz. Die Höhe der Fördersätze unterscheidet sich ebenfalls: Während der Süden bis maximal 60 Prozent fördert, können sich LAGs in anderen Ländern auf eine Förderung von bis zu 90 Prozent freuen. Viele Bundesländer planen zudem Landesmittel für LEADER ein, um den Regionen für die gesamte Förderphase ausreichend Mittel zur Verfügung stellen zu können.

Mittelausstattung LEADER



ILE, GAK und CLLD

Erstmals in Baden-Württemberg, erneut in Bayern und Niedersachsen wird es neben LEADER-Regionen auch Regionen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) geben, die über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) gefördert werden. Andere Länder nutzen die GAK-Mittel zur Kofinanzierung, für das Regionalmanagement oder die REK-Erstellung. Besonders freuen können sich die zukünftigen LAGs in Sachsen-Anhalt: Als einziges deutsches Bundesland wird es den Multifonds-Ansatz in LEADER anbieten. Das heißt, dass neben dem ELER noch zwei weitere Fonds den LEADER-Topf füllen werden: der Europäische Sozialfonds (ESF) mit sechs Millionen Euro und der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) mit 14 Millionen Euro (siehe dazu Seite 24).

Mehr Informationen:
Anke Wehmeyer
DVS Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3841
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionen

Regionen und Land – Hand in Hand

Bild: © jd-photodesign - Fotolia.com

In Schleswig-Holstein haben sich Vertreter des Landes, Wirtschafts- und Sozialpartner, Regionalmanager und andere Akteure aus den Lokalen Aktionsgruppen gemeinsam auf den Weg gemacht und für die neue Förderperiode vier LEADER-Schwerpunkte erarbeitet.

Von Inez Kleber und Torsten Sommer

Bereits seit 2008 setzt Schleswig-Holstein den LEADER-Ansatz flächendeckend in 21 Lokalen Aktionsgruppen (LAGs), den sogenannten AktivRegionen, um. In der kommenden Förderperiode wird das so bleiben. LEADER ist in Schleswig-Holstein seit Jahren etabliert und bildet ein wirkungsvolles Instrument der ländlichen Entwicklungspolitik. In seinem Zukunftsprogramm Ländlicher Raum (ZPLR) hat das Land die Beteiligung von Wirtschafts- und Sozialpartnern formell verankert und pflegt eine intensive Kultur des Miteinanders: Drei bis vier Mal pro Jahr treffen sich LEADER-Akteure im landesweiten LAG AktivRegion-Beirat, ebenso oft bei landesweiten Netzwerk- und Regionalmanagertreffen.

Gemeinsame inhaltliche Ausgestaltung

Unter dem Motto „Regionen und Land ziehen an einem Strang“ hat sich Anfang 2013 eine Arbeitsgruppe zu LEADER gebildet. Es galt, die Anforderungen der Europäischen Kommission in eine strategische inhaltliche Neuausrichtung von LEADER ab 2014 zu übertragen und gleichzeitig die Herausforderungen ländlicher Räume und landespolitische Schwerpunktsetzungen zu berücksichtigen. Die landespolitischen Impulse zielten dabei zum einen auf eine stärkere Profilierung der LAG AktivRegionen ab. Der zuständige Minister Dr. Robert Habeck wünscht sich, dass der Einsatz der geplanten 63 Millionen Euro ELER-Mittel für LEADER in ganz Schleswig-Holstein Spuren hinterlässt: Das Bild LEADER 2020/2023 soll nicht nur aus einem bunten Mosaik von vielfältigen Einzelmaßnahmen bestehen, sondern auch klare Farben und Linien haben. Zum anderen sollen Kooperationen über Regionsgrenzen gestärkt werden. Wünschenswert wäre es, wenn sich nicht nur einige wenige, sondern möglichst alle AktivRegionen auf einige gemeinsame Zukunftsprojekte konzentrieren würden.
Der Staatssekretär Dr. Ulf Kämpfer hat den Entwicklungsprozess begleitet und dabei Gespräche und Diskussion im Beirat und der Arbeitsgruppe geführt. In der Arbeitsgruppe trafen sich regelmäßig zwei Vorsitzende aus AktivRegionen, drei Regionalmanager – inklusive eines Regionalmanagers mit EFRE-Kompetenz – sowie jeweils ein Vertreter aus dem Netzwerk der AktivRegionen, des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) und des zuständigen Fachreferates des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR). Die Arbeitsgruppe hat aus den sechs EU-Prioritäten der ELER-Verordnung vier Schwerpunkte für LEADER in Schleswig-Holstein herausgearbeitet: Verpflichtend ist zukünftig die Umsetzung des Schwerpunktes „Klimawandel & Energie“. Optional ist die Umsetzung der Schwerpunkte „Nachhaltige Daseinsvorsorge“, „Wachstum & Innovation“ sowie „Bildung“.
Die Konzentration auf vier Schwerpunkte führte anfänglich zu intensiven Diskussionen – beispielweise, ob damit der Grundgedanke von LEADER, die Entwicklungsrichtung an dem Bedarf der Region auszurichten, umsetzbar ist. Und welche Vorteile und Risiken den Regionen eine stärkere Profilierung bringe. Nach einem offenen und intensiven Dialog fiel der Beschluss des landesweiten Beirats schließlich einstimmig für die vorgeschlagene Neuausrichtung von LEADER aus.

Regionen bestimmen Ziele

Innerhalb der vier Schwerpunkte sollen die Regionen wenige – maximal zehn – regionsspezifische Kernthemen definieren, mit deren Hilfe

sie wirkungsvoll agieren und messbare Ziele verfolgen können. Die Regionen legen die Ziele – und damit die Förderschwerpunkte für die nächsten Jahre – selbst fest. Hier soll das Prinzip der Zielkonformität zum Tragen kommen: LEADER-Projekte sollen den Zielen der ELER-Verordnung dienen, sie müssen aber nicht den ELER-Maßnahmen entsprechen. Für Olaf Prüß, einer der vier Sprecher der schleswig-holsteinischen LAG AktivRegionen, war der Ansatz der Landesregierung zu mehr Profilierung und Fokussierung ein anregender Impuls. „Die vier Schwerpunkte bilden nun hilfreiche Leitplanken auf dem Weg zur Profilierung", sagt er. „Unter diesen thematischen Dächern ergeben sich dank der Zielkonformität große und ausreichende Spielräume für die regionale Ausgestaltung gemäß dem LEADER-Ansatz."

Von Regionalmanagern für Regionalmanager

Die AktivRegionen Schleswig-Holsteins vernetzen sich über eine eigene Plattform. Ein Internetportal bündelt Informationen zu Ansprechpartnern in den Regionalmanagements und Vorsitzenden der LAGs. Landesweite Treffen, bei denen Akteure sich regelmäßig und bedarfsorientiert austauschen können, sind ein Schwerpunkt der Netzwerkarbeit. Sie bieten hauptamtlichen Regionalmanagern die Möglichkeit, gemeinsam an Lösungen für Probleme zu arbeiten, offene Fragen mit den Vertretern der Bewilligungsstellen und des zuständigen Ministeriums zu erörtern oder die Weichen für eine landesweit koordinierte Vorgehensweise in Angelegenheiten abzustimmen, die alle 21 Regionen betreffen.

Im Zuge der Neuausrichtung von LEADER haben sich Akteure aus dem Netzwerk zu thematischen Arbeitsgruppen zusammengefunden. Ziel war es, sich intensiv mit den vier zukünftigen inhaltlichen Schwerpunkten auseinanderzusetzen und mögliche Kernthemen für die Arbeit in den Regionen zu entwickeln – eine Initiative, die vom Ministerium begrüßt wurde.
Koordiniert wurde die Arbeit durch die Geschäftsstelle des Regionen-Netzwerkes, das bei der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. angesiedelt ist und vom Land und den Regionen gemeinsam finanziert wird. Pro Arbeitsgruppe fanden drei bis vier Sitzungen statt. Die Ergebnisse fassten die Regionalmanager in einem 130-seitigen Werkstattbericht zusammen: Er enthält grundsätzliche Informationen wie Begriffsdefinitionen, Literatur, Links und Ansprechpartner, aber auch Anregungen wie Best Practices und Entwürfe zu möglichen Kernthemen der Regionen. Diese thematische Handreichung steht allen Lokalen Aktionsgruppen und LEADER-Akteuren zur Verfügung.

Anforderungen an Lokale Aktionsgruppen

Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung als AktivRegion ist eine Integrierte Entwicklungsstrategie (IES). Das Land stellt allen Regionen für die Erarbeitung Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) zur Verfügung. Bis Ende September 2014 haben die lokalen Akteure nun Zeit. Ein Leitfaden bietet Hilfe bei der Erstellung der Strategie und bei der Bewerbung als AktivRegion in der ELER-Förderperiode 2014 bis 2020. Erarbeitet hat ihn das Beratungsunternehmen entera/Dr. Pollermann im Auftrag des MELUR. Die Inhalte wurden – analog der Schwerpunktbildung für das Entwicklungsprogramm – ebenfalls intensiv mit LAG-Vorsitzenden und Regionalmanagern diskutiert. Der Leitfaden beschreibt die Aufgaben einer IES, bietet Evaluierungsergebnisse und beschreibt Anforderungen sowie Mindest- und Qualitätskriterien einer IES.

AktivRegionen ab 2015

Der flächendeckende Ansatz wird ab 2015 weiter fortgeführt. Es ist vorgesehen, jeder Lokalen Aktionsgruppe drei Millionen Euro Fördermittel aus dem ELER zur Verfügung zu stellen. Das MELUR bietet den AktivRegionen und Kommunalen Gebietskörperschaften zudem an, die erforderliche öffentliche Kofinanzierung von privaten Projekten gemeinschaftlich durch kommunale Gelder und Landesmittel bereitzustellen.

Regionalmanager und Mitarbeiter der Verwaltung diskutieren gemeinsam Vor- und Nachteile strategischer Schwerpunktsetzungen.

Bei Netzwerktreffen ist der Wert des informellen Austausches in den Pausen nicht zu unterschätzen.

Leitfaden zur Erstellung einer Integrierten Entwicklungsstrategie zur Bewerbung als AktivRegion in der ELER Förderperiode 2014–2020 in Schleswig-Holstein.
http://kurzlink.de/leitfaden_ies_sh

Mehr Informationen:

Inez Kleber
Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein
Telefon: 0431 988-5154
E-Mail: inez.kleber@melur.landsh.de
www.aktivregion.schleswig-holstein.de

Torsten Sommer
Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.
Telefon: 04347 704-803
E-Mail: torsten.sommer@alr-sh.de
www.aktivregion-sh.de

Bild: © privat

Dr. Martin Michalzik leitet das Referat für ländliche Räume im nordrhein-westfälischen Ministerium.

„Einen politischen Schwerpunkt auf die ländliche Entwicklung legen und LEADER ausbauen“

Aktuell gibt es in Nordrhein-Westfalen zwölf LEADER-Regionen. Für die nächste Förderperiode will das Land den Förderansatz erweitern: Die Zahl der Regionen und die Zuschüsse sollen deutlich erhöht werden. Einige Ideen und Ansätze des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) sorgen für Diskussionen mit der Europäischen Kommission. LandInForm sprach mit Dr. Martin Michalzik, Leiter des Referates für ländliche Räume im MKULNV, über den Stand der Programmierung.

Herr Michalzik, Sie wollen den LEADER-Ansatz ausbauen. Warum?

Wir sind von den Ergebnissen der laufenden Förderperiode überzeugt und im ländlichen Raum gibt es großes Interesse an LEADER. Der Ansatz unterstützt kleine und mittlere ländliche Kommunen wirksam dabei, drängende Zukunftsaufgaben miteinander zu bewältigen. Für Nordrhein-Westfalen konnten wir zudem einen höheren Anteil an den deutschen EU-Fördermitteln erwirken. Damit wollen wir folgerichtig – neben der stärkeren Breitbandförderung und der Dorfentwicklung – auf den LEADER-Ansatz setzen. Mit rund 70 Millionen Euro sollen 20 bis 25 Regionen gefördert werden.

Die EU-Kommission gibt eine pauschale Mindestausstattung vor. Werden Sie sich daran halten?

Wir halten eine Förderung in drei Größengruppen für zielführender. Im Durchschnitt sollen die Regionen über drei Millionen Euro verfügen können, größere sollen mehr, kleinere weniger bekommen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass es insbesondere kleinen Regionen mitunter schwerfällt, die kommunale Kofinanzierung oder genügend privates Kapital bereitzustellen. Das EU-Arbeitspapier, das den Betrag von drei Millionen Euro nennt, wird von der Kommission ausdrücklich als „Orientierungshilfe“ bezeichnet. Ich freue mich, dass wir eine Annäherung erzielen konnten.

Gibt es weitere Neuerungen bei der Förderung?

Wir wollen den Fördersatz auf 65 Prozent erhöhen und eine neue Kofinanzierung einführen: 20 Prozent der Fördergelder werden aus Landesmitteln stammen. Projekte hängen so nicht mehr zwangsläufig von einer kommunalen Kofinanzierung ab – sicher eine Erleichterung für klamme Gemeinden.

Welche Themen soll LEADER in Nordrhein-Westfalen bearbeiten?

Die Entwicklungsstrategien sollen möglichst maximal sieben regionsspezifische Schwerpunkte setzen. Am Querschnittthema demografischer Wandel wird kaum eine Region vorbeikommen. Wir gehen davon aus, dass zudem Themenfelder der Daseinsvorsorge bearbeitet werden. Ein besonderer Fokus liegt für die Landesregierung darauf, neue soziale Netzwerke zu schaffen: Vorbeugende, frühe Hilfen sollen Armut oder Ausgrenzung von Kindern, Jugendlichen und Familien entgegenwirken. Wir erwarten, dass jede Region Ideen dazu einbringt.

Ist die Prävention eine Pflichtaufgabe?

Die Landesregierung wollte fünf Prozent des LEADER-Geldes dafür einsetzen. Das stieß bei der Kommission auf Vorbehalte, die ich schwer nachvollziehen kann. Warum sollen Länder keine klaren Erwartungen formulieren, so wie es die EU mit ihren Prioritäten tut? Eine echte Partnerschaft zwischen EU, Bund und Ländern sollte konzeptionell keine Einbahnstraße sein. Wir haben uns in Brüssel darauf verständigt, keine Mittelbindung vorzusehen. Aber wir werden die Erwartung formulieren, dass die Regionen überzeugende Konzeptbausteine zu dem Thema erarbeiten und dabei die Träger der freien Wohlfahrtshilfe einbinden.

Wo finden Bewerberregionen Hilfe?

Neue Regionen bezuschussen wir bei der Erstellung ihrer Regionalen Entwicklungskonzepte (REKs) mit bis zu 20 000 Euro. Das Zentrum für ländliche Entwicklung begleitet, wie bisher, bestehende und interessierte Regionen mit Veranstaltungen und die Bezirksregierungen laden Kommunen zu regionalen Veranstaltungen ein.

Wie sieht Ihr Zeitplan aus?

Geplant ist, den offiziellen Förderwettbewerb Ende des Sommers zu starten, so dass die REKs Anfang 2015 für die Prüfung und Auswahl vorliegen. Aufgrund der Kommunalwahlen im Mai 2014 haben wir interessierten Kommunen empfohlen, frühzeitig vor der politischen Neuaufstellung Grundsatzbeschlüsse zur Regionsgründung zu fassen, Geld in den Haushalt zu stellen und erste Schritte, wie eine REK-Ausschreibung, einzuleiten.

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Gespräch führte Anja Rath.

„Wir haben die besten Voraussetzungen dafür, in den nächsten Jahren erfolgreich unsere Arbeit zu machen.“

Die LEADER-Regionen in Nordrhein-Westfalen haben sich vor einiger Zeit als Regionalforum zusammengeschlossen. Dort tauschen sich die Regelmanagements aus und stehen im regelmäßigen Kontakt zum zuständigen Ministerium. Alexander Sobotta ist Regionalmanager in der Eifel. Als einer von drei Sprechern des Regionalforums ist er Vertreter für den Bereich LEADER im Begleitausschuss und hat im Rahmen des Beteiligungsverfahrens in einer Fachgruppe an der Entwicklung des Programms für die nächste Förderperiode mitgearbeitet.

Bild: © privat

Alexander Sobotta ist Regionalmanager in der LEADER-Region Eifel.

Herr Sobotta, wird sich die Eifel wieder als LEADER-Region bewerben?

Definitiv ja!

Soll sich an Ihrer Aufstellung etwas ändern?

Unsere Region ist naturräumlich definiert und wird ihre Größe beibehalten. Sie entspricht ungefähr dem Naturpark Nordeifel, mit dem wir weiter und verstärkt zusammenarbeiten werden. Als Ergebnis unserer Evaluierungsprozesse wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene ausbauen. Wir rechnen zudem mit einem deutlichen Anstieg des Interesses privater Akteure am LEADER-Prozess, da in Nordrhein-Westfalen erstmalig eine private Kofinanzierung von Projekten möglich sein soll. Darüber freuen wir uns und erhoffen uns viel. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an das Regionalmanagement und die LAG.

Das Regionale Entwicklungskonzept (REK), mit dem Sie sich bewerben, soll als Richtlinie für die Projektauswahl und -umsetzung dienen. Wie gehen Sie damit um?

Schon jetzt müssen sich die Regionen an ihren Konzepten messen lassen. Wir überprüfen im Eigeninteresse regelmäßig den Umsetzungsstand und die Zielerreichung. Es kann hilfreich sein, frühzeitig mit dem REK Verfahren festzulegen. Gleichzeitig muss eine Dynamik gewährleistet sein, um auf sich ändernde Rahmenbedingungen und Strukturen reagieren zu können. Und ganz wichtig ist: Eine Region lernt laufend. Diesem Lernprozess müssen die Region und die Programmverantwortlichen Rechnung tragen. Ich wünsche mir, dass die einmal formulierte Projektliste nicht für die Ewigkeit festgeschrieben sein muss.

Wer wird an Ihrem REK mitarbeiten?

Bei unserer Erstbewerbung im Jahr 2007 haben wir uns intensiv beraten lassen. Inzwischen gibt es in der Eifel erfolgreiche Arbeits- und Kreativprozesse, die vom Regionalmanagement koordiniert werden. Dieses wird deshalb wesentliche Teile der REK-Fortschreibung übernehmen. Teilbereiche werden wir an externe Berater vergeben, um einen Blick von außen zu bekommen.

Die EU und das Land legen thematische Ziele für die nächste Förderperiode fest. Wie reagieren Sie darauf?

Für uns ist wichtig, was auf der Programmebene in Nordrhein-Westfalen passiert. Wir sehen keine wesentlichen thematischen Einschränkungen oder bedarfsfremde Ziele. Mehrfach genannt wurden Daseinsvorsorge, Mobilität und Klimaschutz. Das sind Themen, die für den ländlichen Raum passen. Einzig an den Bereich der Vorsorge für Kinder und Jugendliche will das Land einen Teil der Mittel binden. Das widerspricht dem Grundsatz, dass die Strategie auf dem tatsächlichen Handlungsbedarf und den Potenzialen der Region aufbauen soll. Das Ziel, wenn auch ein gutes, ist eine politische Vorgabe, die im breiten Spektrum der Möglichkeiten beliebig ist. Wir müssen abwarten, ob der Begriff breit genug angelegt ist. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die Verbesserung von bürgerschaftlichem Engagement oder die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund sind grundsätzlich bei LEADER gut aufgehoben.

Welche Erwartungen haben Sie noch an das Ministerium?

Der LEADER-Ansatz hat sich in Nordrhein-Westfalen enorm weiterentwickelt. Es gibt die Idee, eine Regionalagentur für ländliche Räume beim Ministerium einzurichten – für uns ein Ausdruck der zunehmenden Wahrnehmung der ländlichen Räume. Wir erhoffen uns, dass diese Lobbyarbeit weiter unterstützt wird, denn es bleibt wichtig, die verschiedenen Ebenen für die LEADER-Methode zu sensibilisieren. Für die Regionen wünschen wir uns eine Stelle, die Informationen bündelt und die Vernetzung des ländlichen Raums koordiniert. Zum Beispiel gilt es, den Einsatz von EFRE-Mitteln zu stärken, bestehende Angebote aus den unterschiedlichen Sektoren zusammen zu fassen und in Ergänzung zu den Veranstaltungen des Zentrums für ländliche Entwicklung Weiterbildungsangebote für Regionalakteure zu bieten.

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.

Bio im XXL-Format

1 000 Hektar Anbaufläche, anspruchsvolle Gemüsekulturen und große Lebensmittelketten als Abnehmer – kann man unter diesen Bedingungen nachhaltig und ökologisch wirtschaften? Man kann. Das beweist die Bio-GbR von Rainer Carstens und Paul-Heinrich Dörscher.

Von Jürgen Beckhoff

In der Region Dithmarschen in Schleswig-Holstein wirkt alles etwas größer und weiter als in anderen Landstrichen: der Horizont mit unzähligen Windrädern und die Äcker mit ihren schweren, fruchtbaren Marschböden. Auch die Firma Westhof von Rainer Carstens, der seinen landwirtschaftlichen Betrieb gemeinsam mit seinem Nachbarn Paul-Heinrich Dörscher als GbR betreibt, ist alles andere als ein überschaubarer Bauernhof. Vor den großen Lagerhallen warten riesige LKWs darauf, dass die umherwuselnden Gabelstapler endlich die letzten Paletten Frischgemüse aufladen. In der Halle nebenan wandern frisch gewaschene Bio-Möhren über endlose Bänder, werden vollautomatisch gewogen und in Ein-Kilogramm-Tüten abgepackt. Pro Sekunde fallen zwei neue Beutel aufs Band, 20 Stunden am Tag.

Mit Vollgas den Betrieb verändert

So hektisch es in den Verarbeitungshallen zugeht, so viel Ruhe strahlt Betriebsleiter Rainer Carstens aus. Im Gespräch wirkt er auch heute noch ein wenig überrascht, in welchem Tempo sich der Westhof entwickelt hat. „Hier war früher quasi nichts, als ich den Betrieb 1978 von meinen Eltern übernommen habe." Statt auf Getreide und Zuckerrüben, wie es in der Region üblich war, setzte er mit der Umstellung auf Bio im Jahr 1989 als einer der Ersten auf Erdbeeren zum Selberpflücken. Später folgten verschiedene Gemüsekulturen wie Kartoffeln, Möhren, Blumenkohl und Brokkoli, die er anfangs noch über einen Hofladen verkaufte.
Obwohl der Hofladen in den finanziell schwierigen Jahren der Umstellung das wichtigste Standbein des Betriebes war, wurde diese Form der Vermarktung irgendwann zu klein. Denn nach und nach fragten verschiedene Naturkostläden und Supermarktfilialen der Umgebung größere Mengen an. „Ich bin da einfach so reingeschlittert, auch deshalb, weil es so viel Spaß gemacht hat." In dieser Zeit war Carstens Mädchen für alles: Er kümmerte sich um die Erzeugung, die Verarbeitung und fuhr die Ware auch noch selbst zum Händler. „Rückblickend frage ich mich manchmal, wie ich das damals alles geschafft habe."

Erzeugergemeinschaft gründet sich

Seine Anstrengungen waren nicht umsonst. Die hohe Qualität des Westhof-Gemüses und die verlässliche Lieferung sprachen sich schnell herum, sodass die Zahl der Abnehmer stetig wuchs. „Man kennt sich einfach in der Handelsszene. Irgendwann stieg die Zahl der Kunden von allein." Für Carstens hieß das: Er brauchte mehr Ware. So wuchs die Fläche des Betriebs immer weiter, von 60 Hektar nach der Übernahme von den Eltern auf knapp 1 000 Hektar heute. Einen großen Schub brachten die Flächen seines heutigen GbR-Partners Paul-Heinrich Dörscher, der 2002 dazustieß.
2005 wurde der Hofladen geschlossen, weil er sich nicht mehr lohnte. Da die Gemüseproduktion irgendwann nicht mehr Schritt hielt mit der steigenden Nachfrage, gründete Carstens mit anderen Landwirten eine Erzeugergemeinschaft. Heute beliefern 20 zertifizierte Bio-Betriebe aus der Umgebung den Westhof mit Gemüse. Die Betriebsleiter haben erkannt, dass Bio-Gemüse trotz gewisser Schwankungen langfristig ein lukrativer Markt ist, und haben deshalb bereitwillig umgestellt. „So sind wir hier in der Region einer der größten Bio-Anbauspots in Deutschland geworden", sagt Carstens.

Ziel: geschlossene Kreisläufe

Rainer Carstens muss sich jedoch regelmäßig kritische Fragen gefallen lassen, ob denn eine so große Fläche überhaupt nachhaltig zu bewirtschaften sei. Carstens sieht hier überhaupt keinen Zusammenhang. „Meine Erfahrung ist: Es kommt nicht darauf an, ob ein Betrieb klein oder groß ist, sondern ob er gut oder schlecht arbeitet." Aber wie lässt sich bei so vielen humuszehrenden Gemüsekulturen und solch großen Anbauflächen ein nachhaltiger Ackerbau realisieren? Zentrales Element der Fruchtfolge ist zum Beispiel der zweijährige Anbau von Kleegras, das auf 260 Hektar wächst. „Das ist unsere Düngerfabrik", sagt Carstens und meint damit die elementare Stickstoffquelle. „Den Aufwuchs erhält ein benachbarter Rinderhalter als Futter. Im Gegenzug bekommen wir den Mist der Tiere als Dünger und humusfördernde Komponente."

Bild: © Jürgen Beckhoff

Um den Humusgehalt der guten Böden nicht übermäßig zu belasten, wurde der Kartoffelanbau im Jahr 2010 zugunsten der Möhren eingestellt. Bis heute sind Bio-Möhren die umsatzstärkste und damit wichtigste Kultur für den Betrieb.
Um dem hohen Stickstoffbedarf der nachfolgenden Kulturen Blumenkohl, Getreide und Möhren nachzukommen, wird zusätzlich noch mit Grünschnittkompost und Vinasse gedüngt, ein Reststoff aus der Zuckerrübenverarbeitung. Zurzeit entsteht auf dem Westhof eine Biogasanlage. Damit wollen die GbR-Partner in Zukunft den Kleegrasaufwuchs und nicht verkaufsfähiges Gemüse aus der Verarbeitung sinnvoll verwerten. „Mit dem Substrat aus der Biogasanlage möchten wir die Grunddüngung aus eigener Kraft schaffen", erklärt Carstens. „Damit hätten wir einen geschlossenen Kreislauf."

Ökologisch und sozial ein Gewinn für die Region

Die großen Anbauflächen für Möhren (180 Hektar), Blumenkohl und Brokkoli (160 Hektar) werden durch Blühstreifen aufgelockert. Im Abstand von 21 Metern angelegt, dienen die drei Meter breiten Streifen als Bienenweide und Rückzugsraum für viele andere Insekten und Kleintiere. In Zukunft soll dieser Ansatz noch konsequenter umgesetzt werden. Denn Carstens möchte das Kleegras in der Fruchtfolge durch Blühmischungen ersetzen, die auch von größeren Wildtieren genutzt werden können. Auch an dem Schnittzeitpunkt und der Intensität möchte er etwas ändern, um den Nachwuchs größerer Wildtiere nicht zu gefährden. Außerdem soll die Biodiversität auf den Äckern insgesamt erhöht werden.
Die Entwicklung des Westhofs war aber auch aus anderen Gründen ein Segen für die strukturschwache Region. Denn durch die Verarbeitung und Vermarktung im großen Maßstab entstanden 120 Arbeitsplätze. Hinzu kommen nochmals 120 Stellen für Saisonarbeitskräfte, die vor allem bei der arbeitsintensiven Unkrautbekämpfung und in der Erntezeit mit anpacken. Gute Unterkünfte und ein Mindestlohn von 8,50 Euro für die saisonalen Mitarbeiter waren für die beiden Betriebsleiter von Anfang an selbstverständlich.

Bild: © Jürgen Beckhoff

Ehrgeiziges Energiekonzept

Große Ziele verfolgen die Betriebsleiter auch bei der Energieversorgung. „Wir möchten unseren Betrieb bis 2015 komplett mit Energie aus regenerativen Quellen versorgen, zumindest bilanzmäßig", sagt Rainer Carstens. Ein Ziel, das durchaus realistisch erscheint. Denn fast alle Lager- und Verarbeitungshallen auf dem Westhof sind bereits mit Solardächern ausgestattet. Ein großes Blockheizkraftwerk mit 1,4 Megawatt Leistung liefert Strom und Wärme für die Kühlhäuser und die Gemüseverarbeitung. Auch die Biogasanlage mit 500 Kilowatt Leistung wird ein weiterer wichtiger Pfeiler im Energiekonzept des Westhofs sein. Die Abwärme soll unter anderem das neu errichtete Gewächshaus heizen, in dem unter vier Hektar Glasfläche Bio-Tomaten gedeihen.
Carstens' Ambitionen in Sachen Nachhaltigkeit und ökologischer Landwirtschaft sind hoch. „Unser Ansatz war noch nie, nur nach den Verbandsrichtlinien zu arbeiten. Wir wollen den Ökolandbau insgesamt nach vorne bringen, auch indem wir unser Tun immer wieder kritisch hinterfragen und nach neuen Lösungen suchen. Damit sehen wir uns auch ein wenig als Vorreiter." Ein Anspruch, dem der Betrieb offensichtlich gerecht wird. Denn eine unabhängige Fachjury hat der Dörscher & Carstens Bio GbR für ihre Leistungen im Ökolandbau den ersten Preis beim Förderpreis Ökologischer Landbau 2014 auf der diesjährigen Grünen Woche in Berlin verliehen.

Bild: © Jürgen Beckhoff

Rainer Carstens mit seinen zwei Töchtern und seinem Sohn, die aktiv im Betrieb mitarbeiten.

Mehr Informationen:
Dörscher & Carstens Bio GbR
Telefon: 04839 95350
E-Mail: info@westhof-bio.de
www.westhof-bio.de

Bees and Biodiversity – europäisch die biologische Vielfalt stärken

© ekolandbau.de/BLE/Foto: © Thomas Stephan

Bees Biodiversity

In einem transnationalen LEADER-Projekt tauschten sich Lokale Aktionsgruppen aus sieben Ländern zum Thema Bienen und Biodiversität aus. Neben gemeinsamen Aktionen setzten sie lokal Projekte um. Für den Naturpark Dübener Heide hat der Austausch von Ideen und Erfahrungen wertvolle Impulse gesetzt, um eigene Ressourcen besser erschließen zu können.

Von Axel Mitzka

Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist eine der größten aktuellen Herausforderungen, sowohl global als auch für ländliche Räume in Europa. Zunehmender Nutzungsdruck, hoch entwickelte Produktionsmethoden und der Einsatz einer Vielzahl von Pflanzenschutzmitteln in Landwirtschaft und Gartenbau, aber auch auf kommunalen und privaten Flächen, gefährden zunehmend Bienenvölker und andere Bestäuber.

Eigene Erfahrungen mit Partnern teilen

Die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Pays Voironnais in der französischen Region Grenoble startete im Sommer 2011 einen Aufruf für ein transnationales LEADER-Projekt: Sie wollte Erfahrungen austauschen und Strategien entwickeln, um Bienen und Insekten wieder mehr Raum zu geben. Auch die Öffentlichkeit sollte für diesen Prozess verstärkt sensibilisiert werden. In der LAG Pays Voironnais galt es zu diesem Zeitpunkt, Probleme beim Einsatz von Insektiziden in Walnussplantagen zu lösen und es wurden bereits lokale Projekte mit Imkern initiiert und umgesetzt. Die gewonnenen Erkenntnisse wollte die LAG mit Partnern teilen – und gemeinsam nach neuen Ideen suchen.

Zur selben Zeit intensivierte auch die LAG Naturpark Dübener Heide im Rahmen der Initiative zur Förderung von regionalen Produkten „Bestes aus der Dübener Heide“ den Kontakt zu Imkern: Im Zusammenhang mit einer besseren Vermarktung von Bienenprodukten wollte sie eine intensive Diskussion über die Zukunft der Imkerei in der Region anstoßen. Der Verlust von Bienenvölkern war in der Dübener Heide bisher nicht dramatisch ausgeprägt. Deutlich wurden aber Sorgen wegen der abnehmenden Zahl der Imker und deren hohem Alter. Auch der Mangel an ganzjährigen Blühflächen sowie eine eingeschränkte öffentliche Wahrnehmung der Problematik kamen zum Ausdruck. Mit dem Wunsch, etwas zu lernen und gemeinsam etwas zu tun, nutzte die deutsche LAG die Chance und meldete sich auf die Anfrage aus Voiron.

Bienenschutz – ein europäisches Handlungsfeld

Im Herbst 2011 fand ein erstes Treffen in Frankreich statt. Ein europaweites Interesse wurde allein schon durch die Teilnahme von fünf weiteren LAGs bestätigt. Auf der Grundlage vielfältiger eigener Erfahrungen waren sich die LAGs schnell einig, das gemeinsame Projekt „Bees and Biodiversity“ zu starten. In den Jahren 2012 und 2013 wollten sie den Rückgang der bestäubenden Insekten und Bienen in den beteiligten Regionen stoppen. Außerdem wollten sie gemeinsame Strategien zur Verbesserung der Nahrungsgrundlagen der Bienen finden. Die Projektpartner definierten gemeinsame Projektschwerpunkte: Lösungen für eine bienenfreundliche Landbewirtschaftungsplanung suchen, die Imkerei fördern und das öffentliche Bewusstsein für die Probleme, Zusammenhänge und Potenziale von Bienenhaltung und biologischer

Vielfalt sensibilisieren. Als gemeinsame Aktionen entstanden die Internetplattform www.bee-leader.eu und ein Flyer. Zudem kamen die Partner zu vier gemeinsamen Treffen in Frankreich, Deutschland und der Slowakei zusammen.

Vielfältiger Know-how-Transfer und Impulse

Die lokalen Aktionen umspannten ein weites Feld. So begann die walisische LAG Merthyr Tydfill überhaupt erst damit, Imker auszubilden und Bienen zu kaufen – es gab in der Region keine Bienenhaltung mehr. Die LAG Zlata Cesta aus der Slowakei entwickelte neue Imkereiprodukte und untersuchte Mittel zur Bekämpfung von Bienenkrankheiten. Die LAG Pays Voironnais in Frankreich startete eine intensive öffentliche Kampagne zur Vermeidung von Pflanzenschutzmitteln auf kommunalen Grünflächen, in privaten Gärten und Parks. Beim Treffen aller Partner in Voiron stellten dortige Imker die patentierten, sicheren Bienenbeuten – eine künstliche Behausung für das Bienenvolk – BEE-PASS vor, die an mehreren öffentlichen Plätzen wie Parks, Schulen und Verwaltungen aufgestellt waren. Die mitgereisten Imker aus der deutschen LAG nutzten die Chance zu Gesprächen und Verhandlungen. Als Ergebnis wurde die Innovation für die Dübener Heide erschlossen: Im Rahmen eines Workshops machte der BEE-PASS-Erfinder Gerard Passemard deutsche Tischler und Imker mit dem System vertraut. Mittlerweile stehen sechs derartige Bienenbeuten in den Heidedörfern zwischen Bitterfeld und Wittenberg.
Impulse kamen auch von der belgischen LAG Pays des Tiges et Chavées, die erfolgreich Blühflächen auf kommunalem Boden anlegte. Es entstand die Idee, in der Dübener Heide ein Netzwerk kommunaler und privater Blühflächen aufzubauen. Biologische Vielfalt sollte nicht nur fernab der Dörfer in Schutzgebieten als Thema gelebt werden, sondern im unmittelbaren Wohnumfeld. In acht Dörfern und Kleinstädten entstanden Blühflächen, bei deren Anlage Schulen, Kindergärten, Städte, Gemeinden, Imker, Landwirte und engagierte Bürger mitwirkten. Ein Online-Wettbewerb erzeugte zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit. Das Konzept wurde im Rahmen des transnationalen Projektes über LEADER finanziert, die Anlage der Blühflächen und die Bienenhäuser BEE-PASS über eine Förderung des Landes Sachsen-Anhalt.

Regionale Begeisterung für Bienen

„Bienenvölker in der Öffentlichkeit aufzustellen, junge Menschen für die Imkerei zu begeistern und das auch durch Ängste eher geheimnisumwobene Leben der Bienen zu entmystifizieren, war schon immer mein Ziel“, sagt Imker Heiko Kappke. Mit dem BEE-PASS-System kann er seinen lang gehegten Wunsch umsetzen und nutzt mittlerweile zwei der sicheren Bienenbeuten an öffentlichen Standorten in der Dübener Heide. „Das fördert den gesellschaftlichen Diskurs zur Imkerei und deren Zukunft, bringt mir jede Menge Nachfragen ein und mehr verkauften Honig.“ Anfängliche Sorgen, die Bienen würden mit diesem System nicht zurechtkommen, haben sich nicht bestätigt. „Ich ernte so viel Honig, wie bei allen meinen Bienenvölkern“, sagt er und nimmt den höheren Aufwand der Betreuung gern in Kauf.
Im Naturpark Dübener Heide hat Bees and Biodiversity eine erfolgsversprechende Entwicklung in Gang gesetzt. Bestehende Netzwerke konnten genutzt und neue entwickelt werden. Aus der Betreuung einer Blühfläche am Rand der Kurstadt Bad Schmiedeberg wurde eine Partnerschaft: Das Kinderhaus Sonnenblume ist der erste Patenkindergarten des Naturparks. Die Blühflächeninitiative schwappte über in den sächsischen Teil des Naturparkes. Aktuell entstehen Blühflächen in Dörfern zwischen Bad Düben und Torgau. Mit Unterstützung des Landes Sachsen-Anhalt wurde ein Folgeprojekt gestartet: Unter dem Titel „Biotät…ist – Kinder erklären biologische Vielfalt“ setzt die Region die Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen fort. Die Kinder erklären ihre Erlebnisse mit der biologischen Vielfalt ihrer Heimat in Videoclips, einem Kochbuch und einem Malheft. Die Nachfrage nach Blühflächensaatgut, auch für die private Nutzung im Hausgarten, ist groß. Mittelständische Unternehmen der Region, wie die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, überlegen, Grünflächen in ihren Betriebsstätten aufzuwerten und Imker zu engagieren.

Man spürt den Geist von LEADER

Ein persönliches Fazit ist: Trotz der vielen konkreten Ergebnisse stehen wir immer noch am Anfang der Zusammenarbeit und beginnen gerade damit, ihre Dynamik zu begreifen. Transnationale LEADER-Projekte sind mehr als Reisen zu europäischen Nachbarn. Die Sicht auf die eigene Strategie wird klarer, die Partner stellen andere Fragen als die eigene Aktionsgruppe und bewerten anders als gewohnt. Das kann jeder deutschen LAG nur guttun, gerade mit Blick in die Zukunft.

Heide-Knirpse legen eine Blühfläche an: Die öffentlichkeitswirksame Aktion schafft sowohl Aufmerksamkeit als auch Nahrungsgrundlagen für Bienen.

Bild: © Axel Mitzka

Ein BEE-PASS für die Dübener Heide: Bienenschutz braucht Anteilnahme und Verständnis für das Leben und die Gefährdung der Honigbiene.

Bild: © Axel Mitzka

Mehr Informationen:
Axel Mitzka
LAG Naturpark Dübener Heide/Büro Sachsen-Anhalt
Telefon: 034243 50881
E-Mail: info@naturpark-duebener-heide.de
www.bluehende-heide.de
www.bee-leader.eu

Im Hauptgebäude der Alten Försterei befindet sich heute eine der beiden Demenz-Wohngemeinschaften.

Bild: Benno Stephan

Alte Försterei wird Demenz-WG

Demenzerkrankungen erhalten in einer alternden Gesellschaft ein immer größeres Gewicht. Schon jetzt stellen die Mängel an medizinischer Versorgung, Heimplätzen und Pflegepersonal besonders dünn besiedelte ländliche Räume vor große Herausforderungen. Diese Versorgungslücke bedienen zwei ELER-geförderte Demenz-Wohngemeinschaften im Landkreis Oder-Spree in Brandenburg.

Von Christine Kalb

Für Brandenburg geht das Deutsche Zentrum für Altersfragen von knapp 44 000 Demenzkranken aus. Diese Zahl wird – wie in allen anderen Bundesländern auch – in den nächsten Jahrzehnten vermutlich kontinuierlich ansteigen, weil die Zahl der Höchstbetagten überproportional steigt. Zudem kommt es infolge der demografischen Veränderungen zu weitaus mehr Neuerkrankungen als zu Sterbefällen unter den bereits Erkrankten. Diese Entwicklung geht einher mit dem Rückgang familiärer Unterstützungsnetze sowie einem steigenden Bedarf an alten- und behindertengerechter Infrastruktur.

Integriertes Mehrgenerationen-Projekt

Es wird immer wichtiger, entsprechende Infrastrukturen für die Versorgung Demenzkranker zu schaffen, die immer häufiger auch von privater Seite in Angriff genommen wird. So gründeten auch Dorit und Benno Stephan mit ihren beiden Söhnen Bob und Bastian das Mehrgenerationen-Projekt Alte Försterei Kolpin. Seit 2008 stand das acht Hektar große Gelände des ehemaligen Schulungszentrums der Justizakademie – der früheren Kolpiner Oberförsterei – mit seinen zahlreichen Gebäuden leer, eine Nachnutzung war nicht in Sicht. Engagement, Durchhaltevermögen, viele Ideen der Familie Stephan und die Fördermittel aus dem ELER sorgten dafür, dass hier heute fünf bedarfsgerechte Wohnungen für Senioren und junge Familien, zwei Demenz-Wohngemeinschaften, Kultur- beziehungsweise Sporträume, ein Wohnhaus für zwei betreute Jugendwohngruppen mit bis zu zwölf Bewohnern sowie ein Ferienhaus stehen. Die Häuser sind gut zugänglich und teilweise von jahrhundertealtem Baumbestand umgeben.

Demenz-Wohngemeinschaften als Mittelpunkt

Den Mittelpunkt und integralen Bestandteil bilden die zwei Demenz-Wohngemeinschaften, von denen 2010 die erste und Ende 2012 die zweite bezugsfertig war. Für den hierfür notwendigen Um- und Ausbau des ehemaligen Kinos der Alten Försterei standen 28 727 Euro ELER-Fördermittel zur Verfügung. Die förderfähigen Gesamtkosten dafür beliefen sich auf 86 318 Euro, 9 575 Euro Förderung steuerte das Land Brandenburg bei. Inzwischen sind alle baulichen und organisatorischen Hürden genommen. Beide Wohngemeinschaften für jeweils acht Personen verfügen über große, helle Zimmer zwischen 14 und 28 Quadratmetern mit Wohnküche, Wohnzimmer und behindertengerechten Bädern. Die Zimmer kosten je nach Größe ab 450 Euro Miete – zuzüglich der Kosten für den Pflegedienst. Die Nachfrage aus der Umgebung war von Anfang an groß und die Zimmer sind überwiegend ausgebucht. Neben den bereits vorhandenen 23 Arbeitsplätzen kamen mit der zweiten Demenz-WG durch die ambulante Pflege acht weitere Vollzeitarbeitsplätze hinzu.

Viel Raum für Pflege und Kreativität

Beide Wohngemeinschaften werden von den Angehörigen selbst verwaltet und bieten jeweils Platz für bis zu acht demenziell erkrankte Menschen im Anfangsstadium, die einen Tagesablauf in ländlicher Umgebung fortführen möchten. Jeweils acht Pflegekräfte betreuen die Bewohner. Die ambulante Pflege ermöglicht eine 24-Stunden-Betreuung. Durch das gemeinsame Betreuungskonzept ist die Wohngemeinschaft preislich zwar nicht attraktiver als die Pflege zu Hause. Sie hat aber den

Vorteil, dass die Menschen gegebenenfalls intensiver und zugewandter betreut werden können, was gerade bei Demenzkranken sehr wichtig ist. In einer kleinen Gruppe kann gezielt auf die individuellen Wünsche und Bedürfnisse der Bewohner eingegangen werden. Diese können auf den Freiflächen des Hofes eigene Beete anlegen oder auch Kleintiere halten. Weitere interessante Betätigungsmöglichkeiten bieten die Werkstatt und die eigene Küche. Die Angehörigen können die Tagesgestaltung sowie die Art und Weise des Zusammenlebens wesentlich beeinflussen.

Vom Vermieter zum Pflegeprofi

Seine eigene Rolle sah Benno Stephan zunächst nur als Vermieter der Räume. Die Angehörigen selbst sollten das Zusammenleben gemeinsam gestalten, sich in regelmäßigen Treffen austauschen, gegenseitig unterstützen und nicht zuletzt den Pflegedienst auswählen und einstellen. So weit die Theorie. Dass diese sich nicht immer in die Praxis umsetzen lässt – diese Erfahrung machte auch Benno Stephan. Im Alltag mussten er und seine Mitarbeiter sich inhaltlich durch Learning by Doing in die Pflegematerie einarbeiten, weil sie immer öfter von den Angehörigen um Rat gefragt wurden. So wurden er und sein Team inzwischen zu Experten in Sachen Pflegekasse und Pflegegesetz. Angehörige kommen häufig sehr kurzfristig in die Situation, einen geeigneten Pflegeplatz finden zu müssen, das Pflegegesetz und die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern sich häufig. Da klaffen Anspruch und Wirklichkeit schnell einmal auseinander. Die Selbstverwaltung wird kompliziert, allgemeine Unzufriedenheit kann sich ausbreiten. Und obwohl „nur" Vermieter, hat sich Benno Stephan schließlich auch Rat bei der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V. (DAlzG) geholt, um den Angehörigen Hilfestellung leisten zu können.

Ehrenamt bietet Unterstützung und Beratung

Seit Herbst 2013 haben Angehörige vor Ort an Vorträgen der DAlzG sowie an moderierten Gesprächsrunden teilgenommen, um offene Fragen zu klären. Eine weitere Initiative mündete in der Gründung des Vereins Gemeinsam Leben und Wohnen e.V. i. G. (GLW), der den Angehörigen nunmehr ehrenamtlich und beratend zur Seite steht. Der Verein gewährleistet eine größere Kontinuität, denn sobald ein Bewohner verstarb, war zuvor in der Regel auch die Kompetenz des jeweiligen Angehörigen nicht mehr vorhanden. Der Verein fungiert zudem als Schnittstelle zwischen den Angehörigen und dem Pflegedienst. Der Vorsitzende Rainer Killisch hatte selbst seine Schwiegermutter in einer Demenz-WG in Kolpin untergebracht und gibt nun – obwohl seine Schwiegermutter bereits verstorben ist – seine gesammelten Erfahrungen mit viel Engagement weiter. Hinzu kommt, dass er als ehemaliger Geschäftsführer des Vereins Jugendhilfe und Sozialarbeit (JuSeV) diesen als Kooperationspartner für den Verein GLW gewinnen konnte. Der JuSeV stellt seitdem eine 30-Prozent-Stelle zur Verfügung, die sich um die Organisation und Steuerung von Freiwilligendiensten, Praktikanten und Ehrenamtlern kümmert. So kann sich der GLW mit aller Energie der praktischen Arbeit und der Qualitätsentwicklung widmen.

Bild: © Benno Stephan

Nicht nur bei Veranstaltungen wird in der Alten Försterei generationenübergreifendes Leben praktiziert.

Auf dem parkartigen Grundstück mit altem Baumbestand können die WG-Bewohner entspannen.

Bild: © Benno Stephan

Bild: © Benno Stephan

Demenz-Report als Planungshilfe

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat 2011 in seinem Demenz-Report „Landkarten der Demenz" für Deutschland, Österreich und die Schweiz vorgelegt. Daraus lassen sich für jede Region der heutige Stand an Demenzerkrankungen sowie die Prognose für 2025 ablesen. Diese kleinräumigen Daten helfen Entscheidungsträgern in Kommunen, Kreisen, Kantonen oder Bezirken dabei, Vorkehrungen zu treffen. Die Herausforderungen zunehmender Demenzerkrankungen sind in dünn besiedelten Landstrichen am größten, wo die Jungen abwandern und die zurückbleibenden Älteren zum Teil von Armut bedroht sind. Hier wird es zukünftig schwierig, eine angemessene medizinische Versorgung, ausreichende Heimplätze sowie Pflegepersonal bereitzustellen.
Der Demenz-Report kann beim Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung für eine Schutzgebühr von 6,40 Euro bestellt (Telefon: 030 22324845) oder kostenlos heruntergeladen werden: www.berlin-institut.org → Publikationen

Mehr Informationen:
Benno Stephan
Alte Försterei Kolpin
Telefon: 0172 3042015
E-Mail: info@alte-försterei-kolpin.de
www.alte-försterei-kolpin.de

Bild: © Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt

Bild: © MNStudio / Fotolia

Der Hierbleiber

Christian Dabbert ist ein kreativer Kopf mit Unternehmergeist. Mithilfe von ELER und anderen Fördermitteln hat er in Laucha in Sachsen-Anhalt eine alte Zuckerfabrik zum UNSTRUTCAMP umgebaut. Hier kann man nun Kanus leihen und übernachten, selbst gekelterten Wein trinken und bald auch regional speisen.

Von Friedemann Kahl

„Ich bin ein Fan von Industriearchitektur", sagt Chris Dabbert. Wohl nicht zuletzt dieser Tatsache ist es zu verdanken, dass das UNSTRUTCAMP in Laucha in der ehemaligen Zuckerfabrik seinen Platz gefunden hat. Bereits als 24-jähriger Student hatte Dabbert die alten Natur- und Backsteingebäude im Blick. Damals gehörte das Werksgelände noch einem Insolvenzverwalter aus Hamburg. Fast zwei Jahre vergingen, bis Chris Dabbert Teile der Fabrik erwerben konnte. „Plötzlich gehörten mir die verfallenen Gebäude und ich musste etwas damit anfangen", erinnert er sich. Gemeinsam mit einer jungen Architektin entwarf er Pläne für die künftige Nutzung. Die Lage des Fabrikgeländes direkt an der Unstrut, einem knapp 200 Kilometer langen Nebenfluss der Saale, gab den Ausschlag für ein touristisches Konzept. Und so entstand die Idee eines Camps für Kanu- und Radfahrer – das UNSTRUTCAMP.

Bett und Kanu im Gesamtpaket

Fast 10 Jahre später steht Chris Dabbert vor einem renovierten Haus mit stilvoll eingerichteten Ferienwohnungen und einem großzügigen Veranstaltungsraum. In einem Nebengebäude lagern 40 Paddelboote – der Bootsverleih macht das Kerngeschäft aus. In einem weiteren Haus wird in diesem Jahr ein kleines Hostel mit zwölf Betten eröffnet. „Wir wollen zukünftig stärker auf Gruppenangebote setzen und dafür preisgünstige Übernachtungsmöglichkeiten anbieten", erläutert der 36-Jährige. Beim Aufbau seines UNSTRUTCAMPS bekam Dabbert Fördermittel in Höhe von etwa 160 000 Euro. Davon kamen 41 000 Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER): Das Projekt fügt sich in das Konzept der in der Region ansässigen Lokalen Aktionsgruppe „Naturpark Saale-Unstrut-Triasland" ein, touristische Angebote zu stärken, um wettbewerbsfähiger zu werden. „Ohne diese Förderung wäre das Camp, so wie es jetzt ist, gar nicht möglich gewesen", sagt Chris Dabbert. Von der Förderung profitierte aber nicht nur er, sondern die ganze Region. Denn ins UNSTRUTCAMP und damit auch in das 3 000-Einwohner-Städtchen im Süden Sachsen-Anhalts kommen nicht nur Gäste aus ganz Deutschland – sondern auch aus dem Ausland.

Kreativer Kopf mit Unternehmergeist

Chris Dabbert hätte sicherlich viele Möglichkeiten gehabt, sich beruflich zu verwirklichen. Er hat in Halle (Saale) und Göttingen Jura studiert und hätte auch in Berlin oder München einen Job gefunden. Viele junge Leute haben Laucha verlassen oder sind nach dem Studium nicht wieder zurückgekommen. Chris Dabbert blieb in seiner Heimat. „Ich sehe hier in der Region viel Potenzial und das finde ich reizvoll", sagt er. Es macht ihm Freude, wenn aus einer Idee Schritt für Schritt Wirklichkeit wird. So gründete er im vergangenen Jahr zusammen mit dem Jungwinzer Johannes Beyer die „Weinmanufaktur Alte Zuckerfabrik". An Platz mangelt es in den alten Fabrikräumen nicht – die beiden stellten eine Presse und Gärtanks auf und seit diesem Jahr sind die ersten Flaschen aus der „Zuckerfabrik" auf dem Markt – vom Riesling bis zum Blauen Portugieser. „Wein und das Saale-Unstrut-Gebiet gehören irgendwie zusammen. Wer tagsüber paddelt und dann müde bei uns ankommt, kann nun noch ein Glas Wein trinken", scherzt Dabbert. Die Eröffnung eines Restaurants mit einer regionalen Küche ist sein nächster Schritt. Die Bauarbeiten für eine professionelle Küche sind bereits in Planung. Und wenn alles gut läuft, wird 2015 der Betrieb aufgenommen. „Einen Koch haben wir noch nicht, aber da wird sich einer finden", sagt Chris Dabbert zuversichtlich. Vielleicht kommt sogar jemand aus der Ferne zurück in die Heimat – das Potenzial ist da.

Mehr Informationen:
Christian Dabbert
UNSTRUTCAMP
Telefon: 034462 37009
E-Mail: info@unstrutcamp.de
www.unstrutcamp.de
www.wein-zuckerfabrik.de

Coaching für die Region

Mit einer aus dem Europäischen Sozialfonds geförderten Initiative will der Freistaat Bayern Lösungsansätze zur Bewältigung regionaler Herausforderungen der Arbeitsmärkte unterstützen. Als eine von 19 Regionen setzt der oberfränkische Landkreis Lichtenfels seit 2012 den „Zukunftscoach“ um. Von Helmut Kurz

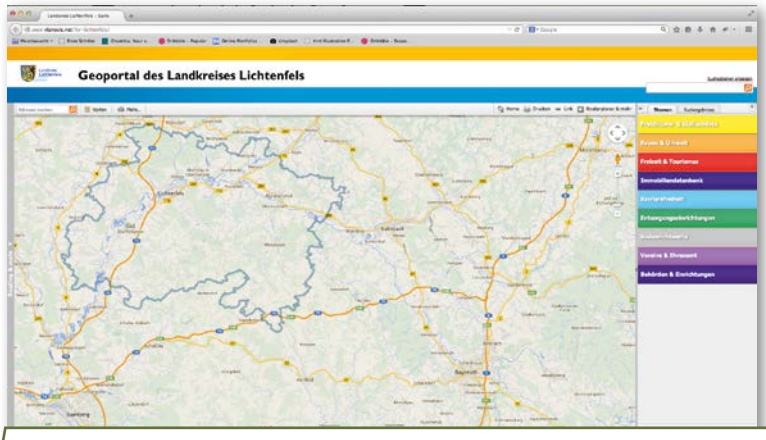
„Lichtenfels is located in the heart of Europe, right in the middle of the airport triangle Frankfurt-Munich-Berlin“, beschreibt ein Unternehmen seinen Standort, der zur Europäischen Metropolregion Nürnberg gehört. Neben vielen industriellen Branchen ist das Handwerk stark im Landkreis. Typisch sind Familienbetriebe, die regelmäßig Bundesbeste in der Ausbildung sind.

Nachwuchsmangel trotz gutem Arbeitsmarkt

Nach einer Reihe von Insolvenzen zur Jahrtausendwende entwickeln sich die Zahlen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit etwa fünf Jahren kontinuierlich positiv. Die Arbeitslosenquote verringerte sich von rund 12 Prozent Mitte 2012 auf 4,4 Prozent im Jahr 2013. Dieser Entwicklung steht eine negative Bevölkerungsentwicklung gegenüber. Zwar erhöhte sich die Einwohnerzahl im Jahr 2012 um 198 Personen. Doch ist die Abwanderung junger Bevölkerungsschichten nicht gestoppt und die natürliche Bevölkerungsentwicklung negativ.

Vier Handlungsfelder definiert

Seit Juli 2012 hat der Landkreis Lichtenfels den „Zukunftscoach für die Region Obermain“ etabliert. Damit will er zum einen Zuzügler und Rückkehrer gewinnen. Zum anderen sollen gezielt Schulabsolventen angesprochen, die arbeitsmarktpolitischen Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund genutzt sowie Frauen und ältere Arbeitnehmer in den regionalen Arbeitsmarkt integriert werden. In Zusammenarbeit mit Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung und Regionalmanagement wurden konkrete Ansätze erarbeitet und Projekte umgesetzt (siehe Beispiele). Sie sollen nachhaltig wirken, denn Mitte 2015 endet die Förderung.
„Mit den neuen Instrumenten wollen wir die Problemlagen angehen, damit unser Landkreis zukunftsfest wird. Nur Kommunen, Unternehmen und Bürgern gemeinsam wird es gelingen, unseren ‚Gottesgarten am Obermain‘ lebenswert zu erhalten“, sagt Christian Meißner, seit 2011 Landrat von Lichtenfels.



Das Geoportal mit Informationen zu Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen im Landkreis Lichtenfels ist ein Baustein des Alumni-Coachs.

Bild: © Landkreis Lichtenfels

März 2014: Koordinatoren und Unterstützer präsentieren den Zukunftscoach bei der Lichtenfelser Ausbildungsmesse.

Alumni-Coach

Zwei mediale Angebote sollen Schulabgänger dazu motivieren, eine Ausbildung in der Region zu machen, vor Ort ein duales Studium zu absolvieren oder nach dem Studium zurückzukehren: Die Facebookseite MyLiF (https://de-de.facebook.com/MyLichtenfels) informiert über Möglichkeiten zur Bildung und Ausbildung. Neben heimischen Unternehmen und Veranstaltungen in der Region stellt sie Karrierewege von Lichtenfelsern vor. Mehr als 600 Nutzer sind seit Mitte 2013 aktiv. Das GeoPortal bietet als kartengestütztes Internetangebot unter anderem Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze (www.vianovis.net/lkr-lichtenfels).

BDS-AzubiAkademie

Seit September 2013 bietet der Bund der Selbstständigen (BDS) das Ausbildungsformat für acht Firmen und 23 Auszubildende in Lichtenfels an. Es ergänzt mit Zusatzqualifikationen den Berufsschul- und Betriebsunterricht. Den Betrieben entstehen durch die AzubiAkademie keine Kosten. Die Kooperation ermöglicht kleinen und mittelständischen Unternehmen, mit Großbetrieben vergleichbare Ausbildungsziele zu bieten – oder sogar bessere. (www.BDS-AzubiAkademie.de)

Anwerbung ausländischer Jugendlicher

Einige Lichtenfelser Branchen suchen aktuell Mitarbeiter, vor allem als Auszubildende. Über das Programm MobiPro-EU vermitteln die Agentur für Arbeit und ein privater Dienstleister junge Erwachsene zwischen 18 und 35 Jahren aus Europa in den Landkreis. Ein im Frühjahr 2014 gestartetes Zukunftscoach-Projekt soll ihre Ansiedelung optimieren: Um die jungen Europäer vor Ort besser integrieren zu können, bieten sogenannte Kümmerer Informationen und Hilfe. Ziel ist es, die Neubürger langfristig zum Verbleib in der Region zu bewegen.

Mehr Informationen:
Helmut Kurz
Landratsamt Lichtenfels – Zukunftscoach
Telefon: 09571 18267
E-Mail: zukunftscoach@landkreis-lichtenfels.de
www.landkreis-lichtenfels.de

Praxispartner nehmen das Resultat der Grubberdrille genau unter die Lupe.

Bild: © Ralf Bloch

Landwirtschaft im Klimawandel

Da die Landwirtschaft besonders stark von Standort und Klima abhängt, ist sie auch vom Klimawandel besonders betroffen. Im vom Bundesforschungsministerium geförderten Projekt INKA BB haben Wissenschaftler und Praktiker in enger Zusammenarbeit Anpassungsmaßnahmen für die Brandenburger Landwirtschaft erarbeitet.

Von Verena Toussaint, Ralf Bloch und Julian Klepatzki

Der Klimawandel macht sich schon jetzt in Deutschland bemerkbar. Die Jahresdurchschnittstemperaturen liegen heute um etwa 0,8 Grad Celsius höher als im Vergleichszeitraum 1960 bis 1990. Selbst wenn der Ausstoß von Kohlenstoffdioxid, der neben anderen klimawirksamen Gasen überwiegend für die Erwärmung der Atmosphäre verantwortlich ist, sofort auf ein klimaverträgliches Maß reduziert würde, erwartet uns eine Erwärmung um rund zwei Grad Celsius bis zum Jahr 2050. Daher sind neben Maßnahmen zum Klimaschutz schon jetzt Anpassungsstrategien an die Folgen des Klimawandels erforderlich. Für die Landwirtschaft wandeln sich durch die Veränderungen von Temperatur und Niederschlagsmengen jahreszeitliche Prozesse und Wachstumsperioden.

Landwirtschaft im Fokus der Wissenschaftler

Brandenburg wird zu knapp 50 Prozent landwirtschaftlich genutzt. Aufgrund der Bedeutung der Landwirtschaft für das Bundesland bearbeitete der Forschungsverbund INKA BB (siehe Kasten) in einer Vielzahl von Teilprojekten eine große Bandbreite unterschiedlicher Aspekte der landwirtschaftlichen Nutzung. Im überwiegenden Teil der Projekte arbeiteten die Wissenschaftler eng mit Praxispartnern zusammen, seien es landwirtschaftliche Betriebe oder Interessenverbände. Insbesondere der Landesbauernverband Brandenburg (LBV) war als Partner in allen landwirtschaftlich orientierten Teilprojekten involviert, was den Wissenschaftlern den Zugang zu den landwirtschaftlichen Partnerbetrieben stark erleichterte. Zudem konnten sie über die Netzwerke und Kommunikationsstrukturen des LBV die Projektergebnisse weiterverbreiten und in die Praxis transferieren. Im Folgenden wird beispielhaft an zwei Teilprojekten die gelungene Kooperation zwischen Praxis und Wissenschaft beschrieben.

Sortenversuche auf dem und für den Betrieb

Die Wahl der geeigneten Sorte ist eine zentrale Anpassungsmöglichkeit an den Klimawandel. INKA BB hat deshalb das Wissen und die Erfahrungen aus der amtlichen Sortenprüfung, der Saatgutwirtschaft und der landwirtschaftlichen Praxis gebündelt, um daraus Strategien zur Anpassung an den Klimawandel für die Fruchtarten Winterweizen, Winterroggen, Winterraps und Silomais zu entwickeln. In einem ersten Schritt wurden dazu die Empfehlungen aus der Landessortenprüfung des Landesamtes für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung genutzt, um die Sortenwahl auf besonders – zum Beispiel an Vorsommertrockenheit – angepasste Sorten einzugrenzen. In dreijährigen Praxisversuchen wurden diese ausgewählten Sorten dann auf vier Brandenburger Landwirtschaftsbetrieben hinsichtlich ihrer Anpassungsfähigkeit an die klimatischen Veränderungen überprüft. Dabei hatten zwei Standorte sehr leichte Böden mit geringem Ertragspotenzial (im Mittel 27 Bodenpunkte),

die zwei anderen eine deutlich bessere Bodenqualität (im Mittel 46 Bodenpunkte). Das ausgewählte Sortenspektrum wurde zusätzlich in dreijährigen Exaktversuchen auf der Lehr- und Forschungsstation des Albrecht-Daniel-Thaer-Instituts für Agrar- und Gartenbauwirtschaften der Humboldt-Universität in Berlin geprüft. Die Ergebnisse aus den On-Farm- und Exaktversuchen zeigen, dass die regionale Leistungsprüfung von Sorten mithilfe von On-Farm-Versuchen unterstützt werden kann.
Im Ergebnis sollen spezielle Informationen und Beratungen für Landwirte angeboten werden.

Landwirte sehen Kooperation positiv

In den jährlich stattfindenden Auswertungsworkshops sowie in einer schriftlichen Befragung bewerteten die beteiligten Landwirte die Zusammenarbeit insgesamt positiv. Auch wenn sie den zusätzlichen Aufwand für die Sortenversuche im Vorfeld unterschätzt hatten, überwogen für sie doch die betrieblichen Vorteile. Sie entwickelten eine größere Sensibilität und mehr Verständnis für die Frage der Sortenwahl. Die Versuche führten auch dazu, dass die Landwirte die Bestände öfter begingen und genauer hinschauten. Sie bewerteten zudem den mit dem Projekt verbundenen Wissenschafts-Praxis-Dialog und die höhere Praxisrelevanz der On-Farm-Versuche als positiv. Die jährlich stattfindenden Seminare mit Zwischenauswertungen der Versuche sahen sie als wertvoll für das eigene betriebliche Handeln an. Die Praktiker wünschten sich aber eine Ausweitung der Fragestellungen über das Thema Sorte hinaus sowie einen stärkeren Austausch mit den Wissenschaftlern durch Diskussionen direkt vor Ort am Feldrand.

Ökolandbau besonders sensibel

Schon jetzt stellen geringe Niederschläge, Vorsommertrockenheit, Dürreperioden und milde Winter eine tägliche Herausforderung für die Ökolandwirte dar, die in Brandenburg meist auf Sandstandorten wirtschaften. Die Stickstoffversorgung kann sich beispielsweise durch die zu erwartenden klimatischen Veränderungen noch weiter verschlechtern. Einerseits wird durch zunehmende Trockenheit besonders im Vorsommer die Stickstoffmineralisation reduziert, andererseits erhöhen die immer häufiger auftretenden Starkniederschläge und mildere, niederschlagsreichere Winter die Gefahr der Nitratauswaschung. Frühjahrs- und Sommertrockenheit können zudem die Etablierung von Leguminosen, Starkniederschläge die Befahrbarkeit von Ackerflächen deutlich erschweren.
Der Ökolandbau steht dabei zusätzlich vor der Herausforderung, dass viele im konventionellen Anbau gängige Maßnahmen nicht übertragbar sind, da sie den ökologischen Richtlinien widersprechen. Beispielsweise kommt im Ökolandbau eine mineralische Stickstoffdüngung als kurzfristige Optimierung der Stickstoffversorgung nicht infrage.

Bild: ® Ralf Bloch

Innovation aus Deutschland, getestet in Brandenburg: der Ringschneider zur pfluglosen Bodenbearbeitung.

Aus der Sicht von Experten gestaltet sich der Anpassungsprozess im ökologischen Landbau daher tendenziell schwieriger als in der konventionellen Landwirtschaft.

Ökolandwirte und Forscher ziehen an einem Strang

Brandenburger Ökolandwirte und ihre Verbände entwickeln daher in gleichberechtigter Partnerschaft gemeinsam mit Wissenschaftlern vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg und der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde Anpassungsmaßnahmen. Die Zusammenarbeit erfolgte im Rahmen regelmäßiger Workshops, bei denen die Akteure ihre unterschiedlichen Sichtweisen auf Chancen und Risiken des Klimawandels austauschen konnten. Ergebnis der Diskussionen waren mehrjährige Anbausystemversuche zur Optimierung der Wasser- und Stickstoffversorgung, die auf sechs Betrieben durchgeführt wurden. In allen Versuchen spielte die Maßnahmenkombination aus reduzierter Bodenbearbeitung, angepassten Fruchtarten und veränderten Aussaatterminen und -techniken eine wesentliche Rolle. Zeitgleich wurden die Praxisversuche durch vergleichbare Exaktversuche auf Versuchsflächen der ZALF-Forschungsstation in Müncheberg begleitet.
Die Ergebnisse der Versuche wurden in jedem Versuchsjahr im Rahmen von Feldtagen präsentiert und intensiv diskutiert. Hierdurch konnten weitere Fragestellungen aus der Praxis aufgegriffen und in die laufenden Versuche integriert werden.
Aus einer Vielzahl von erprobten Anbauverfahren erwiesen sich nur einige als praxistauglich: Dazu zählen das Stoppelsaatverfahren für Zwischenfrüchte, die pfluglose Spätaussaat von Silomais sowie der Einsatz des Ringschneiders zum Regulieren mehrjähriger Kleegrasbestände. Durch diese Verfahren lassen sich witterungsbedingt schwierige Zeitfenster effektiver nutzen und Anbauverfahren diversifizieren.

Bild: ® Monika Meiser

Feldtag in Thyrow. Praktiker und Wissenschaftler diskutieren Sortenstrategien als Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel.

Bild: © S. Hebert

Feldtag am ZALF in Müncheberg: die Ergebnisse pflugloser Bodenbearbeitung am Beispiel Roggen.

Im Rahmen einer anonymen projektinternen Online-Befragung bewerteten die beteiligten Landwirte diese Form der Wissenschafts-Praxis-Kooperation als besonders positiv. So gaben 80 Prozent der Landwirte an, dass sie ihren Wissensstand zum Thema Anpassung an den Klimawandel verbessern konnten, 50 Prozent wollen die im Projekt erprobten Maßnahmen sogar weiterhin anwenden. Ferner sprachen sich die Landwirte dafür aus, die erfolgreiche Kooperation auch nach dem Projektende im Rahmen eines Versuchs- und Beratungsringes oder einer Europäischen Innovationspartnerschaft weiterführen zu wollen.

Sensibel für die Zwänge der Praktiker sein

Im Verlaufe des Projekts konnten alle Beteiligten neue Erfahrungen außerhalb ihres eigentlichen Arbeitsbereiches sammeln. Immer wieder zeigt sich jedoch, wie unterschiedlich die Handlungslogik und die Sprache von Wissenschaftlern und Praktikern sein können. Praktiker sind an konkreten Problemlösungen interessiert, während für Wissenschaftler die Überprüfung von Hypothesen im Vordergrund steht. Wissenschaftler müssen insbesondere dafür sensibilisiert werden, die betrieblichen Zwänge und zeitlichen Restriktionen ihrer Partner zu berücksichtigen, Praktiker die Bedingungen für wissenschaftliches Arbeiten verstehen. Ein Patentrezept für eine erfolgreiche Zusammenarbeit gibt es nicht. Ein Interessenausgleich zwischen Wissenschaft und Praxis erfordert auf jeden Fall Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl, vor allem seitens der Wissenschaftler. Eine große Herausforderung ist es, dem Kommunikationsbedarf den nötigen Raum zu geben, ohne die Zeit der beteiligten Partner übermäßig zu beanspruchen. Treffen zur Projektabsprache müssen die Arbeitsspitzen in den Betrieben im Auge haben, Workshops gut vorbereitet und zielführend sein und das unbedingt nötige Maß nicht überschreiten.
Projekte mit Feldversuchen benötigen ferner ausreichende finanzielle Mittel sowie eingeplante Ausgleichsmöglichkeiten für bestimmte Risiken, da ein Experiment auch fehlschlagen kann. Berücksichtigt man von Anfang an den höheren Ressourcenbedarf und die unterschiedlichen Interessenlagen der beteiligten Partner, sind solche Wissenschafts-Praxis-Kooperationen ein vielversprechender Ansatz, praxisrelevante und anwendbare Forschungsergebnisse zu erzielen.

Das Land Brandenburg im Klimawandel

Brandenburg gilt als gewässerreich aber wasserarm. Es gehört mit durchschnittlich 580 Litern pro Quadratmeter zu den niederschlagsärmsten Bundesländern. Geringe Niederschläge und überwiegend sandige Böden mit geringer Wasserspeicherkapazität machen die Region anfällig für die Folgen des Klimawandels. Im Gegensatz zur zunehmenden Erwärmung ist die künftige Entwicklung der Niederschläge in Brandenburg noch nicht klar. Vermutlich werden bei ähnlicher Jahressumme die Sommerniederschläge eher ab- und die Winterniederschläge zunehmen. Geringerer Niederschlag und höhere Temperaturen in den Frühjahrs- und Sommermonaten lassen zukünftig verstärkt Wassermangel erwarten. Neben länger anhaltenden Hitze- und Dürreperioden wird vermehrt mit Starkniederschlägen und Unwettern gerechnet.

Das Projekt INKA BB

Das Bundesforschungsministerium legte im Jahr 2007 den Förderschwerpunkt „KLIMZUG – Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten“ auf, um die Anpassungskompetenz an den Klimawandel in Deutschland zu stärken und die Entwicklung von Anpassungsstrategien in regionalen Netzwerken zu fördern. Das Innovationsnetzwerk Klimaanpassung Brandenburg-Berlin, kurz INKA BB, ist eines von sieben in KLIMZUG geförderten regionalen Verbundprojekten. Es ist ein Zusammenschluss von rund 20 Forschungseinrichtungen und mehr als 50 Partnern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung. In 24 Teilprojekten hat INKA BB von 2009 bis 2014 in Brandenburg und Berlin Anpassungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft, den Naturschutz, Tourismus, die Wasserwirtschaft und das Gesundheitswesen erarbeitet. Die Schwerpunkte lagen dabei in den Regionen Lausitz-Spreewald, Uckermark-Barnim sowie in Berlin.

Mehr Informationen:

Dr. Verena Toussaint
Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung e.V.
Institut für Sozioökonomie
Telefon: 033432 82323
E-Mail: vtoussaint@zalf.de
www.inka-bb.de

Bild: © Direkx

Dr. Alexander Reis, Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS), Fachhochschule Trier

„Die EEG-Novelle bremst Stromerzeugung in Bioenergiedörfern aus."

Dr. Alexander Reis ist Mitarbeiter am Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) auf dem Umwelt-Campus Birkenfeld der Fachhochschule Trier. Dort ist er unter anderem für die Bioenergiedorfentwicklung und innovative Wärmetechnologien zuständig. Ein besonderer Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Entwicklung ländlicher Räume.

Die EEG-Novelle, deren Beschluss zum 1. August 2014 geplant ist, soll die Energiewende kosteneffizienter machen. Bioenergiedörfer erzeugen Wärme überwiegend über Biogasanlagen, in denen künftig nur noch der Einsatz von Abfall- und Reststoffen gefördert werden soll. Was bedeutet dies für die Bioenergiedörfer?

In über 80 Prozent der bei der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe registrierten Bioenergiedörfer werden Biogasanlagen eingesetzt. Diese sind häufig ein wichtiger Bestandteil der Wärmeversorgung und oftmals auch Auslöser für die Bioenergiedorfprojekte selbst. Mit der geplanten EEG-Novelle würden neu errichtete Biogasanlagen als Auslöser von Projekten künftig nahezu wegfallen.
Reststoffbasierte Bioenergiedorfprojekte werden eher eine Seltenheit bleiben. Sie sind in der Regel im Management aufwendiger, auch weil die Anlagen meist größer sind. Der in Bioenergiedörfern ohnehin schon hohe Planungs- und Kommunikationsaufwand mit vielen Akteuren, unterschiedlichen Interessen und teilweise mehreren Gesellschaftsgründungen wird noch komplexer, wenn weitere Akteure – wie Nahrungsmittelproduzenten oder Abfallentsorger – als Reststofflieferanten hinzukommen. Ob die damit entstehenden Mehrkosten den Wärmepreis für Endkunden nicht erhöhen, ist fraglich. Der Wärmepreis ist für Bürger immer noch eines der Hauptargumente für den Anschluss an Wärmenetze. Außerdem sieht der aktuelle Entwurf keine verpflichtende Wärmenutzung für neue Biogasanlagen mehr vor – auch das wird die Bedeutung der Technologie schmälern.

Kann es sich trotzdem lohnen, ein Bioenergiedorfkonzept zu verfolgen?

Interessanter werden zum Beispiel Bestandsanlagen: Es gibt erst knapp 150 bestätigte Bioenergiedörfer oder solche, die sich auf dem Weg dazu befinden. Etwa 400 Dörfer überlegen, Bioenergiedorf zu werden. Im Vergleich dazu gibt es in Deutschland 7 800 Biogasanlagen. Rund 56 Prozent dieser Anlagen nutzen ihre Restwärme bereits. Viele eignen sich aufgrund ihrer Größe oder örtlichen Gegebenheiten dafür auch allerdings nicht. Trotzdem steht immer noch ein beachtlicher Teil für die Wärmenutzung bereit. Ziel zukünftiger Projekte sollte es daher sein, geeignete Standorte strategisch ausfindig zu machen und anliegende Dörfer gezielt zum Bioenergiedorf zu entwickeln. Die vielfältigen Chancen, die Bioenergiedörfer für die dörfliche Entwicklung etwa im Kontext des demografischen Wandels bieten, sollten zukünftig bei der Projektanbahnung stärker im Fokus stehen.

Welche Änderungen sind über die Biogasbranche hinaus relevant?

Die biogenen Rest- und Abfallstoffe werden verstärkt nachgefragt werden. Für Bioenergiedörfer betrifft dies hauptsächlich Holzhackschnitzel oder Holzpellets aus Waldrestholz. In wie weit sich am Markt hierfür preislich attraktive Produkte etablieren können, bleibt abzuwarten. Ansonsten werden die angestrebten EEG-Änderungen den Ausbau der Bioenergie zur gekoppelten Strom- und Wärmeproduktion in Deutschland stoppen; Bioenergiedörfer werden sich zumindest mittelfristig auf die reine Wärmeproduktion fokussieren. Hier werden Technologien wie Wärmespeicher für mehrere Tage oder Wärmenetze mit einer Kombination aus Holzhackschnitzelkesseln und Solarthermieanlagen weiter an Bedeutung gewinnen.

Wie können Bioenergiedörfer zum jetzigen Zeitpunkt die negativen Auswirkungen in kalkulierbaren Grenzen halten?

Solange der Kabinettsentwurf nicht von Bundestag und Bundesrat beschlossen ist, sollte sich jeder engagierte Bürger an Protesten beteiligen und mit konstruktiver Kritik – zum Beispiel über den Fachverband Biogas oder Bundesverband BioEnergie – einbringen. Ansonsten sollten Bioenergiedorf-Akteure den Beschluss im August 2014 abwarten. Realistisch gesehen sollten sie sich leider mit der Umsetzung von Bioenergiedörfern ohne die Stromerzeugung aus Biomasse vertraut machen!

Vielen Dank für das Gespräch!
Das Gespräch führte Juliane Mante.

Blühstreifen am Rande eines Maisfeldes im Bioenergiedorf Großbardorf

Bild: © IfaS

Erfolgsgeschichte Bioenergiedörfer

Bioenergiedörfer sind lokale Innovationskerne. Sie schaffen Möglichkeiten zur Teilhabe und zur Stärkung der Wirtschaftskraft und können dadurch erheblich zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung beitragen. Das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) hat mehr als 20 ausgewählte Bioenergiedörfer in Deutschland bereist und analysiert.

Von Peter Heck, Alexander Reis und Thomas Anton

Bereits in den 1990er-Jahren entstand die Idee, Dörfer zentral mit Bioenergie zu versorgen. Die Entwicklung führte über erste Projektansätze und Pilotprojekte – zum Beispiel in Jühnde – zu heute rund 400 Dörfern und Gemeinden, die sich mit dem Gedanken eines Bioenergieprojektes auseinandersetzen. Der Weg zum Bioenergiedorf erfordert weitsichtige lokale und regionale Kooperationen zwischen Land- und Forstwirtschaft, Kommunen und Bürgern. Die Ergebnisse der im Auftrag der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe im Herbst 2013 durchgeführten Analyse vor Ort geben einen Überblick über wichtige Charakteristika von Bioenergiedörfern in Deutschland, etwa zur technologischen Bandbreite, den eingesetzten Biomasse-Rohstoffen sowie der Projektstruktur beziehungsweise den genutzten Gesellschaftsformen.

Biogasanlagen dominieren

Zur Wärmeversorgung werden in den Bioenergiedörfern primär Biogasanlagen und Holzheizwerke genutzt, wobei Biogasanlagen mit über 80 Prozent Anteil die Energieerzeugung dominieren. Wurden die Anlagen anfänglich ohne nennenswerte Wärmenutzung betrieben, sind sie mittlerweile aus wirtschaftlichen Gründen immer öfter Ausgangspunkt für dörfliche Projekte zur Nahwärmeversorgung.
Rund 60 Prozent der Bioenergiedörfer nutzen auch Holzhackschnitzel zur Wärmeversorgung, 40 Prozent kombinieren die beiden Technologien. Bei dieser Kombination dient die Biogastechnologie zur Grundlastabdeckung des Wärmebedarfs. Auf reine Holzhackschnitzel-Konzepte setzen vor allem waldreiche Regionen, sie werden oftmals mit fossilen Spitzenlast- oder Reservekesseln betrieben.
Innovative Technologien sind hauptsächlich im Bereich der Grundlasterzeugung zu finden. Hierzu zählen zum einen die Kombination von holzbasierten Wärmenetzen mit solarthermischen Anlagen zur sommerlichen Grundlastdeckung, zum anderen der Einsatz von Satelliten-Blockheizkraftwerken (BHKWs) zur Reduzierung der Verluste im Wärmenetz. Ferner werden in einigen Dörfern innovative Holzgas-BHKWs, Organic-Rankine-Cycle-Anlagen (ORCs) zur Nachverstromung der Wärme oder vereinzelt Mikrogasturbinen eingesetzt.
Viele Dörfer nutzen neben der Biomasse auch andere erneuerbare Energien. Häufig werden zum Beispiel im Vorfeld oder im Nachgang an die Bioenergiedorfprojekte Bürgeranlagen umgesetzt, 40 Prozent der Bioenergiedörfer nutzen Solarenergie aus Fotovoltaik-Anlagen, 13 Prozent produzieren Windenergie.

Holzhackschnitzel-Blockheizkraftwerk im Bioenergiedorf Heubach

Bild: © IfaS

Eingesetzte Biomasse-Rohstoffe

In der Praxis wird von einer großen Zahl unterschiedlicher Biomassen Gebrauch gemacht, in Abhängigkeit von der eingesetzten Anlagentechnik ergeben sich jedoch klare Schwerpunkte: Am häufigsten werden Energiepflanzen wie Mais, Gras und Getreide als Substrat eingesetzt. Ebenfalls häufig ist der Einsatz tierischer Exkremente, beispielsweise Gülle. Dabei besteht, bezogen auf die Masse, die Hälfte der Substrate aus Reststoffen. Die letztlich bereitgestellte Energiemenge stammt jedoch überwiegend aus Energiepflanzen. Als Festbrennstoff wird in den Bioenergiedörfern meist Waldholz, in Form von Hackgut, genutzt. Darüber hinaus werden auch holzartige Reststoffe aus der Landschaftspflege, der kommunalen Grüngutsammlung oder der holzverarbeitenden Industrie verwendet. Einige Gemeinden erproben auch den Anbau von Agrarholz.

Genossenschaften bevorzugt

Bei der Analyse der Projektstrukturen von Bioenergiedörfern zeichnet sich die eingetragene Genossenschaft (eG) mit fast einem Viertel aller Projekte als bevorzugte Gesellschaftsform ab, gefolgt von der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und der GmbH & Co. KG mit jeweils circa 18 Prozent sowie der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) mit 19 Prozent Anteil.
Welche Gesellschaftsform gewählt wird, hängt stark von den beteiligten Akteuren ab. Landwirte organisieren sich häufig in einer GbR oder GmbH, Bürger hingegen wählen oftmals die Beteiligung durch eine Genossenschaft. Eine GmbH & Co. KG eignet sich vor allem dann, wenn viele unterschiedliche Gesellschafter beziehungsweise Gesellschaftsformen miteinander kombiniert werden sollen. So kann es im Rahmen von Bioenergiedorfprojekten durchaus zweckmäßig sein, mehrere Gesellschaften zu gründen – zum Beispiel für den Betrieb einer Biogasanlage eine GbR und für den Betrieb eines Wärmenetzes eine Genossenschaft.

Transparenz und Wirtschaftlichkeit ausschlaggebend

Bei der erfolgreichen Umsetzung von Bioenergiedorfprojekten sind einige wichtige Punkte zu beachten. Maßgeblich für eine hohe Anschlussquote der Bürger an ein Wärmenetz und damit den wirtschaftlichen Erfolg sind Vertrauen in die handelnden Akteure und eine preisliche Attraktivität der Wärmeversorgung gegenüber den bestehenden Anbietern.
Eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung kann auch durch bürgerliche Teilhabe an den Projekten, etwa in Form einer Bürgerenergiegenossenschaft, erreicht werden. Unabhängig von der Art der Projektrealisierung ist aber für eine gute Akzeptanz vor allem ein von Beginn an offen kommunizierter und transparenter Prozess maßgeblich. Informationsveranstaltungen, in denen die Bürger auch die Möglichkeit haben, ihre Bedenken und Ängste zu äußern, haben sich in der Praxis bewährt.

Coaching hilft, Fehler zu vermeiden

Gute Erfahrungen haben die Wissenschaftler des IfaS an der Hochschule Trier auch mit sogenannten Bioenergiedorf-Coachings gesammelt. Gerade zu Beginn, wenn wenig Wissen vorhanden ist, ist eine fachlich fundierte Information besonders wichtig. „Das hilft, andernorts gemachte Fehler zu vermeiden“, erklärt Prof. Heck vom IfaS. „Denn die Aufgaben und Hürden sind gerade am Anfang des Prozesses vielfältig und führen mancherorts zum Scheitern einer Bioenergiedorfinitiative.“ Bei einem Coaching-Prozess können die Kommunen und Bürger von der Erstinformation rund um die Themen erneuerbare Energien und Effizienztechnologien über Potenzialbetrachtungen in der Region bis hin zu konkreten Umsetzungsmodellen informiert, beraten und begleitet werden. Neben dem IfaS bieten zum Beispiel der Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e.V. oder die Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern (ANE) solche Beratungen an.

Bild: © Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG Hobbardorf

Bild: © IfaS

Holzhackschnitzel – ein Brennstoff mit Zukunft

Leitfaden Bioenergiedörfer

Weiterführende Informationen zum Thema Bioenergiedörfer gibt der vom IfaS erstellte und Anfang Juni 2014 bei der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe erscheinende Leitfaden „Bioenergiedörfer – Leitfaden für eine praxisnahe Umsetzung“. Er zeigt die geschichtliche Entwicklung von Bioenergiedörfern der ersten Stunde bis hin zu zukunftsweisenden Ansätzen. Eingeteilt in verschiedene Phasen, werden die wesentlichen Fragestellungen der Bioenergiedorfentwicklung kurz gefasst und übersichtlich beantwortet. Daneben werden in vier thematischen Kapiteln – Chancen der Bioenergienutzung, Technik im Bioenergiedorf, Finanzierung und Teilhabe sowie Öffentlichkeitsarbeit – eine Vielzahl an Herausforderungen und Chancen aufgezeigt und anhand von Praxisbeispielen anschaulich dargestellt.
Der Leitfaden steht unter *www.wege-zum-bioenergiedorf.de* zum Download bereit.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Peter Heck, Dr. Alexander Reis und Thomas Anton
Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld
Institut für angewandtes Stoffstrommanagement – IfaS
Telefon: 06782 17-1221,-2666
E-Mail: p.heck@umwelt-campus.de, a.reis@umwelt-campus.de
www.wege-zum-bioenergiedorf.de

Bild: © Maik Schulz

Entwicklung für Gemeinden, die Regionen sind

Die Leistungsfähigkeit von Städten und Gemeinden hängt nicht nur von ihrer Struktur und Standortqualität, sondern vor allem vom Miteinander aller Akteure ab. In einer Pilotphase hat Sachsen-Anhalt zehn Gemeinden dabei unterstützt, modellhaft ein Integriertes Gemeindliches Entwicklungskonzept zu erarbeiten. Es soll ländliche und städtische Entwicklung miteinander verknüpfen.

Von Hubertus Bertling

Aufgrund des Bevölkerungsrückganges und der Reduzierung von Stellen in der Kommunalverwaltung hat das Land Sachsen-Anhalt in den letzten 15 Jahren seine Gemeindestrukturen neu gegliedert: Ehemals 1 300 Städte und Gemeinden wurden zu 219 Gebietskörperschaften zusammengeführt, die vielfach eine große Fläche umfassen. So ist die in ländlichem Umland gelegene, ehemalige Kleinstadt Gardelegen nun die flächenmäßig drittgrößte Stadt Deutschlands. Von den 30 flächengrößten deutschen Gemeinden liegen zehn in Sachsen-Anhalt.

Große Aufgaben für Stadt-Land-Gemeinden

Die neu gebildeten Gemeinden müssen sich Fragen der Entwicklung sowohl im ländlichen wie auch im städtischen Bereich stellen. Gleichzeitig müssen sie aktuellen Herausforderungen, wie demografischen Entwicklungen, dem Klimawandel oder auch dem 2019 auslaufenden Solidarpakt, begegnen. Dazu sind Entwicklungskonzepte nötig, die herausarbeiten, wie in den neuen politischen Strukturen die aktuellen Aufgaben effektiv gelöst werden können. Gebraucht wird ein integrierter Ansatz sowie die Beteiligung der Bürger und anderer gesellschaftlicher Kräfte.

Der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt hat im Sommer 2012 die Landesregierung gebeten, den Kommunen bei diesem Prozess zur Seite zu stehen. Die Idee war, modellhafte Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzepte (IGEKs) zu unterstützen. Sie sollten konkrete, langfristig wirksame und vor allem lokal abgestimmte Lösungen beschreiben, zum Beispiel für städtebauliche, dörfliche, funktionale oder sozialräumliche Defizite. Im Abstimmungsprozess der Ressorts in den verschiedenen Ministerien wurde deutlich, dass für eine Förderung von Konzepten nur zwei Bereiche infrage kamen.

Bild: © Maik Schulz

In Niederndodeleben soll ein Schwimmbad saniert werden – einer von vielen Aspekten, die das IGEK-Team zusammenführen soll.

Bild: © Maik Schulz

Ein IGEK, zwei Förderinstrumente

Das Programm „Kleine Städte und Gemeinden“ aus der Städtebauförderung kann dünn besiedelten, ländlich geprägten, von Abwanderung oder vom demografischen Wandel betroffenen Räumen dazu dienen, die zentralörtliche Daseinsvorsorge zu stärken. Förderfähig sind in Sachsen-Anhalt alle Städte und Gemeinden außer den Ober- und Mittelzentren. Aktuell wird das Programm insbesondere dafür genutzt, städtebauliche und funktionale Missstände zu beseitigen sowie den öffentlichen Raum und Wohnumfelder zu gestalten. Im Rahmen von „Kleine Städte und Gemeinden“ kann die Vorbereitung einer Gesamtmaßnahme gefördert werden: beispielsweise die Erarbeitung und Fortschreibung von Entwicklungskonzepten und die Bildung interkommunaler Netze oder von Stadt-Land-Partnerschaften.
Auch die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) bietet Unterstützungsmöglichkeiten für die Erstellung von Entwicklungskonzepten. Im Rahmen der Dorferneuerung und -entwicklung fördert Sachsen-Anhalt insbesondere Regionen mit agrarstrukturellen oder allgemeinen wirtschaftlichen Defiziten: ausschließlich ländlich strukturierte Gemeinden oder Ortsteile, die in der Regel weniger als 7 500, im Einzelfall maximal 10 000 Einwohner haben. Ziel ist es, die Orte dabei zu unterstützen, sich bewusst weiterzuentwickeln und vor allem innerörtliche Vorhaben durchzuführen.

Um die Instrumente der Städtebauförderung und der Dorfentwicklung aufeinander abzustimmen, verständigten sich die Ressorts in den zuständigen Ministerien. Sie definierten für beide Förderinstrumente identische, verpflichtende Themenfelder für einen IGEK-Prozess (siehe Kasten). Am Ende der Konzeptphase sollen die Städte und Gemeinden ein Leitbild formulieren. Ziel der Landesregierung ist es, mit dem neuen Förderansatz einen Prozess anzuregen, der kontinuierlich fortgeführt wird. In einer Pilotphase wurden zehn Konzepte gefördert: drei durch die Städtebauförderung, sieben über die Integrierte Ländliche Entwicklung.

IGEK-Themenfelder

- Demografische Entwicklung in der Gemeinde
- Wirtschaftsförderung und Stärkung der Wirtschaftskraft
- Gemeinde und Bürgerschaft
- Allgemeine Daseinsvorsorge und Basisdienstleistungen
- Bedarfsgerechte Infrastruktur
- Bildung, Erziehung, Familie, Senioren
- Freizeiteinrichtungen
- Bauliche Entwicklung
- Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Erfolg versprechender Ansatz

Von Januar 2013 bis März 2014 erarbeiteten die Modellgemeinden ihre IGEKs. Der Prozess wurde wissenschaftlich begleitet: Die Hochschule Anhalt wertete ortsteilbezogene Daten aus dem Melderegister als Grundlage für Bevölkerungsprognosen aus, das Deutsche Institut für Urbanistik war Ansprechpartner bei Fragen zur Demografie und die Hochschule Harz zum Klimawandel. Im Rahmen von drei Workshops wurden die Bürgermeister der zehn Kommunen und ihre Verwaltungsmitarbeiter sowie die beauftragten Planungsbüros geschult. Als erste Gemeinde hat die Hohe Börde Anfang Februar 2014 ihr IGEK offiziell veröffentlicht.
Die Erfahrungen aus den zehn modellhaften IGEK-Prozessen sind vielversprechend (siehe auch Liste). Sie fließen in einen Leitfaden ein, der Mitte 2014 erscheinen soll. Die Landesregierung will in der Förderphase 2014 bis 2020 alle Kommunen, die ein IGEK erarbeiten wollen, mit einer Förderung unterstützen. In Städten und Gemeinden, in denen Maßnahmen der Städtebauförderung umgesetzt werden, können die Konzepte aus diesem Bereich gefördert werden, außerhalb erfolgt die Förderung im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Die entsprechenden Förderrichtlinien werden derzeit erarbeitet.

Erfahrungen mit dem IGEK-Prozess:

- Die Unterstützung durch die politische Spitze der Kommunen – mit einer offensiven Präsentation des Themas im politischen Raum – ist entscheidend für den Erfolg des Prozesses.
- Es gilt, viele kommunale Akteure einzubeziehen. Die Entwicklung der Kommune darf nicht nur Thema von und für „Eliten“ sein.
- Zentraler Bestandteil von Netzwerkprozessen sind die Ressourcen Konsens, Vertrauen, Kommunikationsfähigkeit und -bereitschaft, Transparenz und Klima. Sie müssen aufgebaut, gepflegt und weiterentwickelt werden.
- Vorarbeiten zu nutzen und an positive Erfahrungen anzuknüpfen, unterstützt den Prozess.
- Weniger ist mehr: Es ist sinnvoll, Überfrachtung zu vermeiden und Prioritäten zu setzen.
- Die Finanzierung muss realistisch geplant sein, sonst werden Luftschlösser gebaut.
- Für die Konzeptumsetzung ist es sinnvoll, konkrete Projekte zu konzipieren, die kurzfristig realisierbar und Erfolg versprechend sind.
- Der integrierte Ansatz des Konzepts soll sich in den Prozessen und der Umsetzung verstetigen.
- Ein IGEK braucht etwa 12 bis 15 Monate, das heißt: ausreichend Zeit einplanen.
- Es kann helfen, externe Berater einzubeziehen, die durch andere Blickwinkel den Prozess befruchten und insbesondere kleine Kommunen personell unterstützen.

Von IKEK zu IGEK

Einige Bundesländer verknüpfen ihre Förderung der Dorfentwicklung mittlerweile mit integrierten Konzepten. In Hessen ist ein „Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept“ (IKEK) inzwischen sogar Fördervoraussetzung. Vertreter der Landesbehörden Sachsen-Anhalts griffen den integralen Ansatz auf: In der Förderperiode 2014 bis 2020 wird ein integriertes Konzept, in dem die Kommunen Schwerpunkte festlegen, zur Fördergrundlage für die Dorfentwicklung. Eine Möglichkeit ist das Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzept. Gleichzeitig sollte das IGEK unabhängig von späteren Maßnahmen betrachtet werden: Es ist ein Prozess, der Gemeinden vor allem dabei helfen soll, sich in ihre neuen Strukturen einzufinden.

IGEKs online: *www.demografie.sachsen-anhalt.de/projekte-in-sachsen-anhalt/gemeindliche-entwicklungskonzepte/*

Mehr Informationen:

Hubertus Bertling
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt
Telefon: 0391 5673420
E-Mail: hubert.bertling@mlu.sachsen-anhalt.de

Zum Schutz der Ressource Kultur

Als einziges Bundesland unterstützt der Freistaat Sachsen nichtstaatliche Kultureinrichtungen gesetzlich – mithilfe des Sächsischen Kulturraumgesetzes. Im Vorfeld zu dessen Novellierung initiierten die Kulturstiftung des Freistaates, die Sächsische Akademie der Künste und der Sächsische Kultursenat eine vierteilige Forumsreihe. Unter dem Motto „Ressource Kultur" kamen Praktiker, politisch Verantwortliche und Kulturschaffende zum Austausch zusammen.

Von Hannes Köhler

In allen Landesverfassungen ist der Auftrag an das Land und seine Gebietskörperschaften zu finden, Kultur zu fördern. Diesen in die Praxis umzusetzen, liegt in der Hand kommunaler Vertreter. Sie müssen zum einen in einer oft angespannten Haushaltssituation Prioritäten setzen. Zum anderen stehen sie vor dem Problem, dass Angebote, Kosten und Einnahmen ungleich zwischen Stadt und Land verteilt sind. Das oft größere Angebot an städtischen Kulturveranstaltungen wird einerseits von Besuchern aus dem Umland zwar genutzt, zur Kostendeckung stehen jedoch nur Steuereinnahmen der veranstaltenden Gemeinde zur Verfügung. Andererseits können städtische Gemeinden häufiger als ländliche Regionen begleitende, außerstaatliche Finanzierungsquellen aktivieren.

Gesetz für den Ausgleich

Seit 1994 regelt der Freistaat Sachsen die regionale Förderung nichtstaatlicher Kultur mithilfe des Sächsischen Kulturraumgesetzes (SächsKRG, siehe Infokasten). Um beliebige Beteiligungen und Finanzierungsunsicherheiten zu vermeiden, wurde die Kulturförderung durch ein Gesetz – ein Novum in Deutschland – zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht. Nach zehn Jahren stand das SächsKRG erstmals auf dem Prüfstand und wurde verlängert – nun steht für 2015 eine Novellierung an. In drei Veranstaltungen kamen im vergangenen Jahr politisch Verantwortliche und Kulturschaffende in Döbeln, Borna und Zwickau miteinander ins Gespräch. Die Initiatoren von „Ressource Kultur" hatten zwei Ziele formuliert: Sie wollten das Gesetz hinsichtlich seiner Erfolge, praktischen und gesetzgeberischen Probleme beleuchten. Außerdem wollten sie klären, welche Bedeutung es für die ländliche Entwicklung – auch vor dem Hintergrund eines massiven demografischen Wandels – hat. Ein abschließendes Forum fand Anfang 2014 in Dresden statt.

Erfolg für Kultur und ländliche Räume

Einig war man sich darin, dass das SächsKRG erfolgreich die gesamtgesellschaftliche Anerkennung von Kultur als wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Lebensverhältnisse in Sachsen unterstützt. „Das Kulturraumgesetz sichert den einzelnen Räumen die kulturelle Teilhabe aller Bürger und die Möglichkeit der Entwicklung einer eigenen regionalen Identität zu. Das sind zwei der Hauptaufgaben der Kultur", sagte der Zwickauer Landrat Dr. Christoph Scheurer. Als Erfolgsfaktor wurde die konsequente und transparente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips angesehen: Die Entscheidungen über die Entwicklung der kulturellen Landschaft treffen in den Kulturkonventen (siehe Infokasten) die Menschen vor Ort. Auch erfolgreiche Entwicklungsprozesse wurden aus dem SächsKRG abgeleitet, beispielsweise der wirtschaftliche und qualitative Stellenwert der Kultur als Arbeitgeber und vor allem als Standortfaktor.

Aktuelle problematische Entwicklungen

Thematisiert wurde aber auch, dass die festgesetzten Mittelzuweisungen die steigenden Kosten der Kulturinstitutionen und Projekte kaum noch decken. Zum einen sind keine Mittelanpassungen vorgesehen. Zum anderen stehen immer weniger Gelder zur Verfügung: durch Sparmaßnahmen in Vorbereitung auf das Ende des Solidarpaktes und

Bild: © Sächsische Kulturstiftung / Hannes Köhler

Bild: © elovich - Fotolia.com

Bild: © elovich - Fotolia.com

allgemein schrumpfende Steuereinnahmen. Die Kulturräume und -institutionen haben diese Entwicklung bisher aufgefangen. „Aber sie stoßen dabei zunehmend an die Grenzen der Belastbarkeit. Die Gefahr, dass die Qualität kultureller Projekte daran Schaden nimmt, kann bald nicht mehr ausgeschlossen werden", fasste der Kultursekretär des Kulturraums Erzgebirge-Mittelsachsen Wolfgang Kalus die Situation zusammen. Als drastische Sparmaßnahmen wurden die Selbstausbeutung der Mitarbeiter und Zugriffe auf Rücklagen genannt. Gekürzt wurde auch bei der Projektfinanzierung, was den Kulturräumen besondere Sorge bereitet: Gerade Projekte bieten ein großes Potenzial an kultureller, wirtschaftlicher und kreativer Innovationskraft – ein bedeutsamer Standortfaktor für die Regionen.
Die Kulturschaffenden sehen einen der entscheidenden Punkte der Novellierung darin, gleichzeitig die Projektfinanzierung zu sichern und die institutionelle Förderung dynamisch anzupassen und zu verstetigen. Ein ähnlicher Zwiespalt wird für die Förderung von Hoch- und Breitenkultur erwartet. Insbesondere Vertreter ländlicher Räume fürchten eine neue Leuchtturmpolitik: eine weitere Zentralisierung kultureller Versorgungsaufgaben in den Städten.

Kultur als Teil der Daseinsvorsorge

Das SächsKRG betrachteten die „Ressource Kultur"-Teilnehmer einhellig als ein erfolgreiches Instrument zur Kulturfinanzierung, dessen Grundprinzipien beibehalten werden sollen. Chancen sah man darin, Kooperationen aufzubauen und zu stärken: nicht nur mit privaten Finanziers, sondern vielmehr mit anderen Politikbereichen. Kultur müsste durch eine weitere Bewusstseinsbildung als ganzheitliche Aufgabe verstanden werden. „Die Förderung der kulturellen Bildung von Kindern kann nicht nur Aufgabe der Kultur und ihrer Institutionen sein, vielmehr ist sie Teil der Schulausbildung", so der Geschäftsführer der Vogtland Kultur GmbH Jens Pfretzschner. Die Bildungspolitik solle sich an der Finanzierung von schulisch genutzten Kultureinrichtungen, wie soziokulturellen Zentren oder Museen, beteiligen, war eine Forderung aus dem Forum. Gleichzeitig können Kooperationen mit kulturellen Einrichtungen Schulen bei der Lösung eigener Probleme helfen, beispielsweise dem Fachlehrermangel. Weitere Schnittmengen sahen die Teilnehmer zwischen der Kultur und der Sozial- sowie der Wirtschaftspolitik. Wie wichtig es ist, demografische Entwicklungen einzubeziehen, verdeutlichte der folgende Redebeitrag: „Wenn wir Institutionen befähigen, regelmäßige Abendveranstaltungen zu machen, was nützt dies Lieschen Müller, die nicht mehr Auto fahren kann, wenn es danach keine ÖPNV-Verbindung mehr in ihr Dorf gibt?" Die ganzheitliche Betrachtung der Kulturfinanzierung und des SächsKRG – darin waren sich alle Teilnehmer einig – muss ein zentrales Anliegen der Novellierung der Kulturraumförderung werden.

Offene Fragen im Dialog lösen

Kontrovers diskutierten die Teilnehmer die Einrichtung eines Landeskulturentwicklungsplans. Kulturschaffende erhoffen sich von einer gesetzlichen Basis Planungssicherheit. Vertreter des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (SMWK) warnten davor, dass damit auch in die finanziellen Kompetenzen der Kulturräume eingegriffen würde. „Sie täten sich damit keinen Gefallen", sagte Thomas Früh, Abteilungsleiter im SMWK. „Gerade in der Kultur müssen größtmögliche Freiheiten eröffnet werden, so wie es das SächsKRG bisher getan hat. Nur dann bleibt auch Raum für Neues und es können die jeweils örtlichen Gegebenheiten Berücksichtigung finden." Im nächsten Jahr soll die Novelle kommen. In ihrer Fachregierungserklärung am 12. März 2014 kündigte die sächsische Kulturministerin Sabine von Schorlemer an, sich für eine Mittelaufstockung des SächsKRG einzusetzen. Es dürfte spannend werden, wie Verantwortungsträger und Kulturschaffende in Sachsen miteinander die offenen Fragen und Probleme lösen.

Das Sächsische Kulturraumgesetz (SächsKRG)

Bild: © SMWK

Das SächsKRG unterteilt den Freistaat in fünf rurale und drei urbane Kulturräume (KR). Kulturkonvente aus Vertretern der Landkreise und Gemeinden entscheiden in Zusammenarbeit mit Fachberatungsgremien selbstständig über die Förderung regional bedeutsamer Kulturinstitutionen und -projekte in ihrem KR. Finanziert werden investive und strukturelle Maßnahmen, und zwar paritätisch: Der Freistaat, der Kulturraum und die jeweilige Kommune teilen sich die Kosten – in den ländlichen Räumen mithilfe eines Kostenausgleichs in Form einer Kulturumlage. Für das Jahr 2013 stellte das Land 86,7 Millionen Euro zur Verfügung.

Mehr Informationen:
Dr. Manuel Frey
Stellvertretender Stiftungsdirektor
der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen
Telefon: 0351 8848015
E-Mail: manuel.frey@kss.smwk.sachsen.de
www.kdfs.de

Bild: © Coloures-Pic / Fotolia

Ökobetriebe am Pachtmarkt stärben

Die Ökolandbaufläche vergrößert sich nur langsam, die Preise am Pachtmarkt steigen und Nachrichten über Betriebsaufgaben oder Rückumstellungen werfen die Frage auf, ob Ökobetriebe am Pachtmarkt besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt sind. Die Universität Rostock hat diese Frage in einem Forschungsprojekt untersucht.

Von Hans Kögl und Katja Rudow

Alle 400 im Rahmen einer Studie von Wissenschaftlern der Universität Rostock befragten Ökobetriebe haben seit der Umstellung auf ökologischen Landbau, die mehrheitlich zwischen 1995 und 2002 stattfand, ihre bewirtschaftete Fläche um durchschnittlich 23 Prozent ausgedehnt. Besonders stark war das Wachstum in den Regionen um Lüneburg und Freiburg, deutlich schwächer in Unterfranken und Ost-Mecklenburg-Vorpommern. Während die Betriebe in den westdeutschen Regionen über die Zupacht von Flächen gewachsen sind, haben die Betriebe in Ost-Mecklenburg-Vorpommern Pachtflächen durch Eigentumsflächen ersetzt. Die Ökobetriebe sind alle etwas größer als die jeweiligen regionalen Durchschnittsbetriebe, sind jedoch nicht so schnell gewachsen wie diese.

Pachtprobleme bisher zweitrangig

Für die zukünftige Entwicklung ihres Betriebes halten nur rund 20 Prozent der befragten Ökolandwirte den Pacht- und Bodenmarkt für das wichtigste Thema, und zwar besonders häufig in Ost-Mecklenburg-Vorpommern. Für die Mehrheit sind Themen wie Organisation, Preise, Kosten und Absatz wichtiger. So berichtete auch nur ein Drittel der Landwirte, seit der Umstellung auf Ökolandbau Probleme beim Abschluss oder bei der Verlängerung von Pachtverträgen gehabt zu haben. Als Ursache nannten sie häufig eine hohe Anzahl von Konkurrenten, was bei geringem Flächenangebot zu hohen Pachtpreisen führte. Einige Landwirte glaubten aber auch, bei Verpächtern Vorbehalte gegen ökologisch wirtschaftende Pächter erkannt zu haben. Die genannten Probleme stehen jedoch mit keinem betrieblichen Merkmal, wie der Region, der Betriebsgröße oder dem Pachtpreisniveau, in einem statistisch gesicherten Zusammenhang. Daher scheint das individuelle Verhalten der Pächter und Verpächter dabei ausschlaggebend zu sein.
Befragt nach ihrer Einschätzung der zukünftigen Probleme erwarteten die meisten Landwirte ein steigendes Pachtpreisniveau, eine zunehmende Flächenknappheit sowie Konkurrenz durch erneuerbare Energien. Die Frage, ob ökologisch wirtschaftende Betriebe spezielle Probleme haben, beantworteten sie je nach Region unterschiedlich. Während mehr als die Hälfte in Oberbayern und Niedersachsen diese Frage mit „ja“ beantworteten, sehen die Ökolandwirte im Freiburger Raum deutlich weniger Probleme am Pachtmarkt. Als spezifische Probleme nannten die Befragten einen generell größeren Flächenbedarf, eine eingeschränkte Auswahl an Verpächtern sowie einen Mangel an geeigneten Flächen für Ökobetriebe.

Die Motive der Verpächter

Den landwirtschaftlichen Verpächtern gehören etwa 60 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, trotzdem ist über sie so gut wie nichts bekannt. Innerhalb des Forschungsprojektes

wurde der Kontakt zu den Verpächtern über die zuvor schriftlich befragten Landwirte hergestellt. Die Hälfte dieser Verpächter war selber Landwirt, die andere Hälfte bestand aus Erben von landwirtschaftlichen Flächen sowie Institutionen wie Ländern, Kommunen, Kirchen oder Vereinen. Die Verpächter sollten unter anderem berichten, wie sie bei der Auswahl ihrer Pächter vorgehen und was ihnen bei der Verpachtung wichtig ist. Dabei ging es nicht darum, aus dieser kleinen Stichprobe repräsentative Rückschlüsse zu ziehen, sondern zuerst einmal die Motive, Argumente und Ziele kennenzulernen.

Wichtiges Kriterium: Nähe zum Pächter

Es zeigte sich, dass die Verpächter ihr Land vorzugsweise an Personen aus ihrem Umfeld verpachten, etwa an Nachbarn, Verwandte oder Kollegen. Zusätzlich war ihnen die persönliche Zuverlässigkeit des Pächters und eine sorgsame Bewirtschaftung der verpachteten Flächen wichtig. In vielen Gesprächen klang an, dass die Verpächter einen gewissen Stolz auf ihre Flächen empfinden und sich wünschen, dass der Pächter den Wert ihrer Flächen erkennt und sie dementsprechend behandelt. Häufig betonten die Befragten auch, sie hätten ihre Flächen „unter Wert“ verpachtet, ohne dass der Pachtpreis in diesen Fällen tatsächlich niedriger als der regionale Durchschnittspreis war. Hier scheint es sich eher um eine subjektive Wahrnehmung zu handeln, die vielleicht auch durch die Berichterstattung in den Medien über exorbitant hohe Pachtpreise beeinflusst wird. Von den befragten Verpächtern und Pächtern hält jeder Zweite den Pachtmarkt, und hier besonders die Pachtpreise, für wenig transparent.

Hemmnisse abbauen

Die Projektergebnisse mündeten in Empfehlungen zur Stärkung der Wettbewerbsstellung von Ökobetrieben am Pachtmarkt. Diese richten sich an die Ökolandwirte selber, an ihre Verbände, die zuständige Verwaltung und die politische Ebene. So könnte zum Beispiel durch Veröffentlichung der bei den Landwirtschaftsbehörden angezeigten Pachtverträge die Transparenz am Pachtmarkt erhöht und unrealistische Preise vermieden werden (Stichwort „Pachtpreisspiegel“). Die Flächenkonkurrenz durch Bioenergieerzeugung könnte durch eine Begrenzung bei der Genehmigung von weiteren Anlagen entschärft werden. Für die langfristige Sicherung von Flächen für Ökobetriebe bieten sich, wie Beispiele zeigen, besonders Flurneuordnungsverfahren oder eine bevorzugte Behandlung bei der Verpachtung von öffentlichen Flächen an.
Ganz besonders wichtig ist es aber, dass sich die Betriebe selbst um ein verbessertes Image des Ökolandbaus bei den privaten und institutionellen Verpächtern bemühen. Die Pflege des Verhältnisses zwischen Pächter und Verpächter sollte im Mittelpunkt eines betrieblichen Pachtflächenmanagements stehen, damit nicht der Pachtpreis zum alleinigen Kriterium der Pächterauswahl wird, sondern auch die nicht-monetären Ziele der Verpächter berücksichtigt werden.

Bild: © BK / Fotolia

Bild: © BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Das Forschungsprojekt Ökopacht

Die Wissenschaftler der Universität Rostock haben 400 ökologisch wirtschaftende Landwirte schriftlich befragt und die Fragebögen anschließend statistisch ausgewertet. Zudem haben sie 25 Verpächter ausführlich interviewt und die Ergebnisse qualitativ ausgewertet. Die Befragungen fanden in Oberbayern, im Raum Lüneburg, in Unterfranken, im Raum Freiburg und in Ost-Mecklenburg-Vorpommern statt. Im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt ist in den drei ersten Regionen zwischen 1999 und 2010 die Ökofläche überdurchschnittlich, in den beiden letzten Regionen aber nur unterdurchschnittlich gewachsen. In einem Workshop haben Akteure und Experten des Pachtmarktes schließlich die Situation der Ökobetriebe auf dem Pachtmarkt erörtert und Maßnahmen diskutiert, die die Betriebe unterstützen könnten.
Das Projekt wurde von 2012 bis 2013 im Rahmen des Bundesprogramms „Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft“ (BÖLN) gefördert. Der vollständige Bericht mit allen Details zum methodischen Vorgehen, die genauen Ergebnisse der Erhebungen sowie eine ausführliche Darstellung der Handlungsempfehlungen kann unter *www.orgprints.org* heruntergeladen werden.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Hans Kögl
Katja Rudow
Universität Rostock
Lehrstuhl Landwirtschaftliche Betriebslehre und Management
Telefon: 0381 498-3260,-3265
E-Mail: hans.koegl@uni-rostock.de,
katja.rudow@uni-rostock.de

Schäfer Karl Wey aus Bad Münstereifel

Bild: © Bernhard Schaub

Finde ich gut: Landwirtschaft in der Eifel

Landwirte und andere Unternehmer in die Regionalentwicklung zu integrieren, wird gemeinhin als schwierig angesehen. Ein LEADER-Projekt in der Eifel hat die Landwirte der Region in großem Stil beteiligt. Gemeinsam entwickelten sie eine Vision von der Zukunft der Landwirtschaft und brachten diese der Öffentlichkeit näher.

Von Susanne Lock und Ewald Adams

Den Bottom-up-Gedanken der LEADER-Projekte aufgreifend, startete das Projekt „Zukunft der Landwirtschaft“ 2010 mit einer schriftlichen Befragung aller 1 350 Landwirte in der nordrhein-westfälischen Eifel. Mit wissenschaftlicher Unterstützung durch die Universität Bonn befragte die Landwirtschaftskammer Düren die Landwirte zu ihren persönlichen Einstellungen und Erfahrungen sowie zu ihren Zukunftsvorstellungen für den eigenen Betrieb, die Landwirtschaft im Allgemeinen und die Region. Ein Rücklauf von 46 Prozent zeigte, wie stark die Landwirte an diesem Thema interessiert sind.

Engagiert, vielseitig und optimistisch

Die Befragungsergebnisse zeigen: Nur ein Drittel aller Betriebe in der Eifel sind Haupterwerbsbetriebe, alle anderen werden im Nebenerwerb oder aus Liebhaberei geführt. In jedem zweiten Betrieb sind Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes und Agrarumweltprogramme fest etabliert, fast ein Viertel der Betriebe erzeugt Energie. Insgesamt ist die Landwirtschaft der Eifel sehr vielfältig und wird es vermutlich bleiben. In der Vieh- und Grünlandwirtschaft, dem Fremdenverkehr, dem Landschafts- und Naturschutz, den erneuerbaren Energien und der Regionalvermarktung sehen die Landwirte wichtige Zukunftsfelder ihrer Arbeit.

Die Landwirte der Eifel schauen überwiegend optimistisch in die Zukunft. Im Generationenwechsel wird zwar jeder zweite Betrieb in den nächsten 15 Jahren mangels Nachfolger aufgeben, die frei werdenden Flächen und das Vieh werden aber von anderen Betrieben übernommen, so die Prognose. Die Bauern sind stark in der Region verwurzelt und identifizieren sich sehr mit ihrer Heimat, 70 Prozent von ihnen sind ehrenamtlich engagiert. Schöne Landschaft allein reicht ihnen jedoch nicht: Sie wünschen sich eine Verbesserung der Infrastruktur und bessere Freizeit- und Kulturangebote. Insbesondere die Attraktivität für junge Familien sollte erhöht werden.

Praxisnahe Workshops

Die Befragungsergebnisse, insbesondere zu den erfolgsversprechenden Zukunftsfeldern, wurden mit den Vertretern der Landwirte und Landfrauen intensiv diskutiert. Daraus entstand ein Workshop-Programm für die zweite Phase des Projektes. Aus einer Vielzahl von Vorschlägen haben die Landwirte zehn besonders wichtige Themen ausgewählt, die im Jahr 2010 dann in zehn Projekt-Workshops bearbeitet wurden. Verbunden mit einer Exkursion fanden die Workshops – wenn möglich – auf beispielgebenden Betrieben statt. Eingebunden wurden regionale Experten wie private Unternehmensberater, biologische Stationen, Rechts- und Steuerexperten sowie Fachberater der Landwirtschaftskammer. Die meisten Teilnehmer fanden sich zu den Themen „Windenergie – Profitieren von der Energiewende“, „Pferdehaltung – Zum Wohl von Tier, Halter, Betrieb und Umwelt“ sowie „Mit Umwelt- und Artenschutz Geld verdienen“ zusammen. Kleinere Gruppen mit spezielleren Interessen nutzten weitere Workshops zur Arbeitsbelastung im Milchviehbetrieb, zur Mutterkuhhaltung, zum landwirtschaftlichen Bauen im Nebenerwerbsbetrieb oder zur Regionalmarke Eifel.

Sympathische Landwirtschaft präsentieren

Auch in einer ländlichen Region sind die Kenntnisse in der Bevölkerung über die Landwirtschaft nicht mehr sehr groß und werden im Wesentlichen durch die Medien geprägt. Deshalb war ein zentrales Ziel des Projektes, über Landwirtschaft zu informieren, Interesse zu wecken und – wenn möglich – Sympathien zu erzeugen. Dazu wurde unter anderem eine 68-seitige Imagebroschüre „Eifel finde ich gut!“ mit einer Auflage von 2 000 Heften produziert. Sie stellt 17 Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe der LEADER-Region und ihre Betriebe vor. Das breite Spektrum der Persönlichkeiten reicht von einem bäuerlichen Hofmetzger über die begeisterte Familie mit Mutterkuhhaltung, den innovativen Hightech-Ackerbauern, einen Bürgermeister als Landwirt, sehr unterschiedliche Milchviehbauern bis zum Wanderschäfer. Eine zweite Broschüre „Landwirtschaft in der Eifel – Daten, Fakten, Meinungen“ veranschaulicht die aktuellen Verhältnisse in der Eifeler Landwirtschaft. Darin finden sich neben einem Kurzabriss der Geschichte der Eifeler Landwirtschaft auch die Ergebnisse der Befragung.
Für jede der 16 LEADER-Kommunen vermittelt außerdem ein Info-Flyer wesentliche Strukturdaten und die Besonderheiten der Landwirtschaft in der Kommune. Um den abwechslungsreichen Berufsalltag auf Eifeler Höfen zu demonstrieren, produzierten Filmstudenten der Kunsthochschule Köln zudem ein Video mit Porträts über drei junge Landwirtinnen und Landwirte. Dieser siebenminütige Kurzfilm wurde in der Abschlussveranstaltung „EifelDIALOG“ uraufgeführt.

EifelDIALOG setzt Schlusspunkt

Im Juni 2013 wurden die Ergebnisse des Projektes in der Abschlussveranstaltung „EifelDIALOG“ der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Auch Landräte, Bürgermeister, Mitglieder der LAG-Eifel, Vertreter der berufsnahen Organisationen und viele Landwirte nahmen teil. Im Anschluss an eine Pressekonferenz präsentierten ausgewählte Landwirte ihre Betriebe und Zukunftsvorstellungen. Das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erläuterte die Strategie der Landesregierung zur Stärkung des ländlichen Raums. Die Eifeler Landfrauen beköstigten die Teilnehmer mit Eifeler Spezialitäten. Das Medienecho in Regionalfernsehen, Radio, Tages- und Fachpresse in den folgenden Tagen trug schließlich auch dazu bei, die Öffentlichkeit auf das Thema Landwirtschaft in der Eifel aufmerksam zu machen.

Landwirte mitnehmen

Der bürokratische Aufwand und die zeitintensive Vor- und Nachbereitung halten Landwirte häufig davon ab, Projekte selber zu initiieren und durchzuführen. Das gilt ebenso für andere Selbstständige in Handwerk und Gewerbe. Die Landwirte in die Regionalentwicklung zu integrieren, ist aber möglich, wenn ihnen ein Projektnutzen vermittelt werden kann. Die Erfolgschancen steigen auch, wenn eine berufsständige Organisation das Projekt durchführt und die Themen mit den Betroffenen zusammen erarbeitet. So hat die Befragung zu Projektbeginn die Landwirte wesentlich zur Mitarbeit motiviert.

Ackerbauer Gottfried Busch pflegt das Naturschutzgebiet „Drover Heide“ in Kreuzau.

Bild: © Bernhard Schaub

Karl-Heinz Steffens (links) und Christof Kienert von Eifelwind GmbH & Co. KG, Hürtgenwald

Bild: © Bernhard Schaub

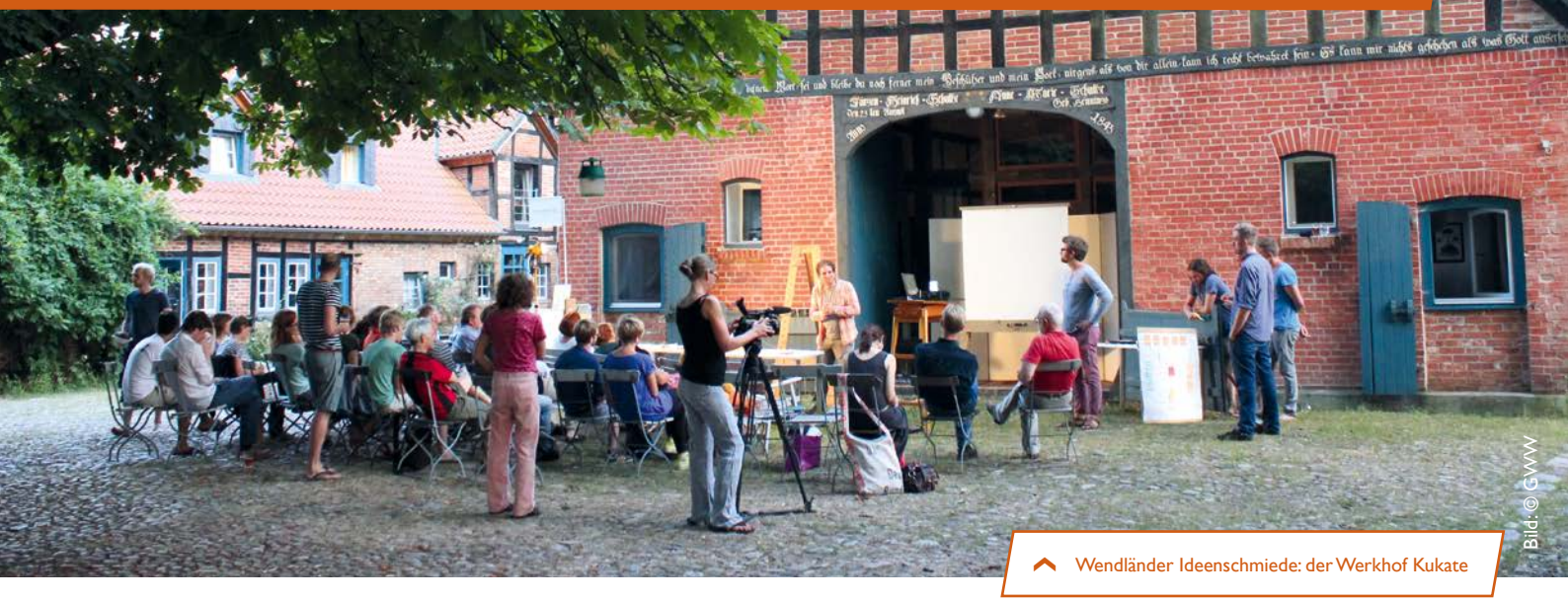
Das Projekt „Zukunft der Landwirtschaft“

Ein besonderes Anliegen des dreijährigen Projektes „Zukunft der Landwirtschaft“ war, die Landwirtschaft und ihre berufsständischen Organisationen wie Kreisbauernschaften und Landwirtschaftskammer mit den Kommunen, Kreisen und anderen regionalen Partnern, wie der Zukunftsinitiative Eifel oder den Biologischen Stationen der Kreise, stärker als bisher zu vernetzen. Die Kreisbauernschaft Euskirchen als Projektträger beauftragte die Landwirtschaftskammer Düren mit der Durchführung. Rund 36 000 Euro LEADER-Fördermittel der EU erhielt das Projekt. Die drei Eifelkreise Euskirchen, Düren und die Städteregion Aachen sowie die Landwirtschaftskammer NRW steuerten insgesamt dieselbe Summe bei.
Informationen zum Projekt, Broschüren, Info-Flyer über Landwirtschaft in den Kommunen sowie das Video „Landwirtschaft – was sonst?“ sind über www.landwirtschaftskammer.de/dueren abzurufen.

Mehr Informationen:

Susanne Lock und Ewald Adams
Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
Kreisstellen Aachen – Düren – Euskirchen
Telefon: 02421 5923-16 und -13
E-Mail: susanne.lock@lwk.nrw.de und
ewald.adams@lwk.nrw.de
www.landwirtschaftskammer.de
www.leader-eifel.de

Kreativschmiede
für Studierende und Unternehmen



Wendländer Ideenschmiede: der Werkhof Kukate

Bild: © GWW

Im niedersächsischen Lüchow-Dannenberg gibt es keine Hochschule. Diesen Nachteil nutzte der Landkreis als Impuls für die „Grüne Werkstatt Wendland“. Das Bildungsprojekt entwickelt die Region als Hochschul-Partner: Junge Fachkräfte sollen in die Region kommen und bleiben – Unternehmen sollen von neuen Ideen profitieren.

Von Meike Koopmann und Nicole Servatius

Eine der beiden Projektleiterinnen der Grünen Werkstatt Wendland (GWW) ist Nicole Servatius: Im Wendland hat die Produktdesignerin neben dem Job eine Heimat gefunden. Kennengelernt hat sie die Region 2012 während ihres Studiums – als Teilnehmerin des Wendland Design Camps. Die GWW setzt an der Schnittstelle Studium und Eintritt in die Berufswelt an. Sie führt Studierende verschiedener Hochschulen mit regionalen Unternehmen in kreativen Prozessen zusammen und bietet dadurch die Möglichkeit, den Landkreis als anregenden Arbeits- und Lebensraum kennenzulernen.

Praxisbezogen, kreativ und aufregend

Neben dem Landkreis und der Wirtschaftsförderung arbeitet die GWW vor allem eng mit regionalen Unternehmern zusammen – Betriebsleitern sowohl großer Firmen wie Voelkel, SKF oder Nya Nordiska als auch kleiner Betriebe und sozialer Einrichtungen. Unter den Leitbegriffen „Innovation“ und „Nachhaltigkeit“ formulieren die Betriebe gemeinsam mit der Projektleitung der GWW beispielhafte Fragestellungen, die die GWW an Hochschulpartner, Studierende und Absolventen vermittelt. Sechs Hochschulen in Norddeutschland und rund 50 Unternehmen und Initiativen aus der Region sind inzwischen Partner der Grünen Werkstatt Wendland. Bei mehrmaligen Workshops und dem jährlich im September stattfindenden, mehrtägigen und interdisziplinären Wendland Design Camp auf dem Werkhof Kukate entwickeln Unternehmer und Studierende in Projektbörsen gemeinsam Lösungsideen – die Arbeit ist prozessorientiert, offen, manchmal aufreibend, aber immer spannend. In einer Ausstellung im GWW-Büro sind einige Ergebnisse zu besichtigen: Unter anderem wurde eine neuartige und nachhaltige Wendlandtasche aus regionalen Materialien entwickelt.

Trittsteine zum Projektbüro

Angefangen hat alles mit einer privaten Initiative von Bürgern, Kreativen und Unternehmern im Förderverein für zukunftsorientierte Entwicklung im Elbetal (ZEE). Der Landkreis Lüchow-Dannenberg unterstützte die Initiative. Über das INTERREG IVC-Projekt CREA.RE wurde die Idee in ein europäisches Netzwerk getragen: Die Kultur- und Kreativwirtschaft sollte als Wirtschaftsfaktor in die regionale Entwicklung eingebunden werden. Eine SWOT-Analyse zeigte Umsetzungspotenziale auf, sodass eine Konzeptentwicklung finanziert wurde. Auch die Mitglieder der Lokalen Arbeitsgruppe des ZEE waren von der Idee überzeugt und brachten das Projekt mit viel ehrenamtlichem Engagement richtig ins Rollen: 2011 erhielt die Grüne Werkstatt Wendland in Zusammenhang mit dem regionalen Firmennetzwerk EMT-Netzwerk eine Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und konnte damit beginnen, das Konzept in die Realität umzusetzen.

Bild: © GWW

› Inspiration vor Ort: In einem Semesterprojekt stellten sich Studenten der HAW Hamburg die Frage, wie eine Schnittlaucherntemaschine optimiert werden kann. Bei der GWW gehören regionale Erkundungen und Betriebsbesichtigungen dazu.

Seit September 2013 fördert der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft das Projekt: 250 000 Euro stellte er zur Verfügung und zeichnete die Initiative für ihren innovativen, mutigen und engagierten Ansatz als Modell für andere Regionen ohne Hochschulen aus. Überzeugt hat den Stifterverband bei dem Förderantrag von Landkreis und ZEE vor allem die neuartige Weise, mit der die GWW Unternehmen und Schulen, Know-how, Ressourcen und Technologien vor Ort mit Hochschulen und qualifizierten Nachwuchskräften verknüpft. Die Förderung ermöglichte die Umsetzung der Idee, die Einstellung des zweiköpfigen Projektteams und die Einrichtung eines Projektbüros in Lüchow.

Faire Kreativwerkstatt

Im September 2012 fand das erste Wendland Design Camp statt. Die angehenden Produktdesigner Ying-Li von der Kunsthochschule Weißensee sowie Johannes Nortmann und Franziska Zeller von der Kunsthochschule Halle befassten sich mit dem Thema „Saft to go in Bio- und Demeterqualität“, das die Firma Voelkel eingebracht hatte. Das Unternehmen war von dem Kommunikationskonzept mit einer reduzierten farbigen Flaschengestaltung für eine neue Zielgruppe begeistert, setzte die Idee knapp ein Jahr später praktisch um und präsentierte das neue Produkt 2014 erfolgreich auf der Biofach-Messe in Nürnberg. „Vogelhäuser mit Stecksystem“ sind eine weitere, erfolgreich auf dem Markt eingeführte Produktidee aus dem ersten Camp. Die GWW-Teilnehmer Christoph Golombek und Jirka Wolff hatten das Konzept des „Urban-Birding“ in Zusammenarbeit mit der Firma Werkhaus entworfen.
„Wir wollen, dass gute Ideen auf den Markt kommen. Daher bieten wir jungen Talenten die Rahmenbedingungen, um mit geeigneten Firmen ausgezeichnete Produkte bis zur Serienreife weiterzuentwickeln“, erklärt Meike Koopmann. Beim Wendland Design Camp gilt Fairplay: Alle Beteiligten unterzeichnen einen Projektvertrag, der die finanzielle Beteiligung der Mitwirkenden an erfolgreichen Resultaten festschreibt. So kommen frische Ideen und bestehendes Know-how partnerschaftlich zusammen. Derzeit werden die Ergebnisse aus dem Camp 2013 konkretisiert – die Projekt-Akteure erwarten erneut marktfähige Produkte.

„Coming Home“

„Junge, gut ausgebildete Menschen, die unsere Region aus beruflichen Gründen verlassen haben, könnten das Wendland als Standort für unternehmerische Aktivitäten entdecken“, sagt Michael Seelig. Er ist Initiator und Gründungsmitglied der Grünen Werkstatt Wendland. Er möchte nicht nur junge Menschen für das Wendland begeistern, sondern auch die Rückkehr junger gebürtiger Wendländer fördern: „Wir wollen hier Potenziale nicht nur wecken und halten, sondern sie wieder nach Hause holen.“ Etwa 100 Studenten – darunter angehende Querdenker aus den Fachrichtungen Design und Technik – haben seit dem Start der GWW vor vier Jahren die Region und ihre Menschen kennengelernt. Nicole Servatius ist sich sicher: „Studierende nehmen das Wendland als Trendland wahr und verbreiten diese Botschaft in ihren Kreisen.“ Die GWW arbeitet mit anderen regionalen Initiativen für junge Menschen zusammen, um die Netzwerke weiter zu verflechten, zum Beispiel mit der Initiative für Ausbildung.

Bild: © GWW

Produktneuheiten aus der GWW: Biosaft to go

Bild: © GWW

„Wir haben uns viel vorgenommen“

Aktuell bereitet das Projekt-Team eine Ausstellung zur Grünen Werkstatt Wendland im Rahmen der Aktion „Kulturelle Landpartie“ vor. Auf dem Werkhof Kukate sollen Ergebnisse der letzten Workshops und realisierte Produkte gezeigt werden. Geplant ist außerdem ein Förderpreis: Unter dem Leitmotiv „Echt Wendland!“ werden alle ehemaligen Teilnehmer eingeladen, innovative und nachhaltige Ideen zu kreieren. „Wir wollen ‚Echt Wendland!’ als Marke entwickeln und unter diesem Motto Design-Talente fördern“, sagt Marketing- und Textilexpertin Meike Koopmann, als gebürtige Wendländerin die zweite Projektleiterin der GWW. Vom 8. bis zum 21. September 2014 findet das nächste Design Camp statt, 16 Studierende und Absolventen verschiedener Hochschulen werden daran teilnehmen.
Neben der Projektumsetzung gilt es, die Initiative zu verstetigen. Die Förderung durch den Stifterverband läuft zwei Jahre: 125 000 Euro gibt es im ersten Jahr; im September 2014 steht nach erfolgreicher Zwischenpräsentation die Restsumme zur Verfügung. Dafür sollen Partnerschaften intensiviert, Hochschulkontakte ausgeweitet und Formate zur regionalen und überregionalen Sichtbarkeit entwickelt werden. Erste Gespräche und Planungen sind bereits erfolgt: Unter dem Motto „Land und Meer“ wollen ab 2015 der Bildungscluster Kiel und Lüchow-Dannenberg kooperieren. „Wir haben uns viel vorgenommen und sind uns sicher, damit auf dem richtigen Weg zu sein“, sagt Nicole Servatius.

Bild: © GWW

Mehr Informationen:
Grüne Werkstatt Wendland (GWW) – Projektbüro
Nicole Servatius und Meike Koopmann
Telefon: 05841 9796470
E-Mail: mail@gruene-werkstatt-wendland.de
www.gruene-werkstatt-wendland.de

Bild: © DVS

Von der Redaktion für Sie angelesen

Ist doch keine Kunst! Oder doch?

Von Stefan Kämper

Die „Topografie der Gemeinheit“ greift die Idee des dörflichen Gemeinbesitzes auf, unter dem Motto „Mi kricht hier keener mehr wech“ sucht Kunst nach dem Verbindenden – zwei Beispiele von Dorfkunstprojekten, die die hier besprochenen Bücher vorstellen.

Bild: «Leben am Hof» von Iris Andraschek und Hubert Lobnig, 2005. Foto: Norbert Artner © 2013, ProLitteris, Zurich

Kunst und Dorf: Brita Polzer (Hrsg.), 2013, Verlag: Scheidegger & Spiess, Zürich, 300 Seiten, ISBN-10: 3858814008 ISBN-13: 978-3858814005

Kunst als Katalysator

Die Deutsche Stiftung Kulturlandschaft hat die letzte Runde des Wettbewerbs „Kunst fürs Dorf – Dörfer für Kunst“ dokumentiert. Ziel war es, den zivilisatorischen Reichtum zu thematisieren, ohne den ländlichen Raum als Problemzone darzustellen. Drei Künstler, drei Dörfer: Das Buch stellt Projekte, Menschen und Orte vor. In den Projekten geht es um die Verbesserung des Dorflebens durch neue Perspektiven. Die Menschen in den Projektdörfern sind Akteure, kritische Begleiter oder zumindest Zuschauer. Auch über Schwierigkeiten berichtet der Band, beispielsweise die ablehnende Haltung vieler Dorfbewohner gegenüber neuen Kunstformen, die einem allgemeinen Verständnis von Hochkultur nicht entsprechen.

Lückenfüller

Der Sammelband „Kunst und Dorf – künstlerische Aktivitäten in der Provinz“ trägt viele Facetten zum Thema zusammen. Er untersucht den Wandel des Dorfes im deutschsprachigen Raum, insbesondere das Verhältnis zwischen Kunst und Dorf: anhand von aktuellen Beispielen sowie im historischen Rückblick etwa auf ländliche Künstlerkolonien. Historisch-soziologische Beiträge betrachten Stadt und Land und wie die Grenzen zwischen beiden Siedlungsformen verschwinden. Vielfach geht es um die Frage, wie das Leben im Dorf heute aussehen kann: Wie können Menschen die eigenen Belange selber in die Hand nehmen und welcher Diskurs kann dies unterstützen? Das Dorf steht dabei auch für eine mythisch aufgeladene Projektionsfläche, die von vielen bespielt wird.
Der Sammelband zeigt, dass es trotz des weitgehend verschwundenen Gegensatzes von Stadt und Land Unterschiede in der Wahrnehmung von Kunst im öffentlichen Raum gibt: Die Offenheit für Neues kann auf dem Dorf größer als in der selbsternannten städtischen Kunstszene sein. Öffentliche Aktionen im ländlichen Umfeld können allerdings auch schneller an ihre Grenzen stoßen als im urbanen Kontext.

Für diejenigen, die Anregungen und Ideen für den Perspektivenwechsel suchen, lohnt es sich, in beide Bände hineinzuschauen.

Kunst fürs Dorf – Dörfer für Kunst. Deutschland 2013: Deutsche Stiftung Kulturlandschaft (Hrsg.), 2014, Verlag der Kunst Dresden, 48 Seiten, ISBN 13: 978-3-86530-192-5

Emotional und mit vielen Parallelen zu LEADER

Von Anke Wehmeyer

Handeln vor Ort kann die Welt verändern – das ist eine der Kernbotschaften der Transition-Bewegung. In Tausenden von Initiativen in über 40 Ländern weltweit hat sie Fuß gefasst – in Deutschland sind es mittlerweile rund 120 Gruppen, sie leben Wandel auf Grundlage von Selbstorganisation und Freiwilligkeit.
Zum Einstieg beschreibt der Begründer der Transition-Bewegung Rob Hopkins den Ist-Zustand der Umwelt. Mit Themen wie Wirtschaftsmisere, Energiekrise und Klimawandel spricht er den Leser auf emotionaler Ebene an und appelliert, jetzt zu handeln und die Vision einer besseren Zukunft nicht aus den Augen zu verlieren.
Anhand praktischer Beispiele – viele erinnern an LEADER-Projekte mit Innovationscharakter – legt er den Fokus schließlich aufs Regionale: Es geht um Regionalwährungen, regionale Produkte und öffentliche Gemeinschaftsgärten, Energie- und Mobilitätsprojekte auf lokaler oder regionaler Ebene. Das Buch stellt außerdem vor, was es braucht, um eine Initiative zu starten und zum Laufen zu bringen – auch diese Beschreibungen sind nicht weit entfernt von breit aufgestellten Beteiligungsprozessen in LEADER-Regionen.

Einfach. Jetzt. Machen! Wie wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen: Rob Hopkins, oekom verlag (2014), 184 Seiten, ISBN-13: 978-3-86581-458-6

… angekündigt

von Andrea Birrenbach und Anja Rath

Stadt und Region – Reallabore der resilienzorientierten Transformation

Der NaWis – Verbund für nachhaltige Wissenschaft veranstaltet am 10. und 11. Juli in der Universität Kassel ein Symposium, bei dem es um das Zusammenspiel zwischen Praxis und Forschung bei der Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben geht – prototypisch den Demografischen Wandel. Zum einen soll bilanziert werden, wo die Forschung zur Widerstandsfähigkeit und Transformation von Städten und Regionen steht. Zum anderen soll die Frage nach zukünftigen Aufgaben gestellt und darüber diskutiert werden, wie sich Reallabore systematisch einführen und begleiten lassen. Reallabore funktionieren zyklisch: In Regionen wird experimentiert und nach konkreten Lösungen gesucht, die die Wissenschaft wiederum reflektiert, bevor sie vor Ort erprobt werden. Bei diesem Symposium sollen deshalb auch Möglichkeiten der Transformation regionaler Systeme dargestellt werden. Ein Beispiel: „Ferropolis" im ehemaligen Braunkohleabbau in Sachsen-Anhalt zeigt, wie konkrete Wandlungsprozesse ablaufen können.

Mehr Infos unter *www.kurzlink.de/Uni_Kassel_7_14*

Dorfumbau: Dörfer entstehen im Kopf!

„Wie können die Veränderungsprozesse mit den Menschen gestaltet werden?" Um diese Frage dreht sich die 35. Bundestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft vom 16. bis 18. September in Zwickau. Die Teilnehmer werden die Chancen eines ganzheitlichen Dorfumbaus erörtern, dabei sollen die Instrumente der ländlichen Entwicklung wie LEADER, ILE, Bodenordnung und Dorferneuerung diskutiert werden.

Mehr Infos unter *www.kurzlink.de/DLKG_9_2014*

LINC – get informed, get inspired, get involved

Seit vier Jahren vernetzt die mehrtätige Konferenz „LINC" – LEADER inspired network community – europäische LEADER-Regionen. Sie kombiniert Erfahrungsaustausch mit sportlichen Aktivitäten. In diesem Jahr findet sie vom 2. bis 4. September im österreichischen Sillian statt. Das Programm ist vielfältig und will zum Austausch anregen: Teilnehmer eröffnen in traditioneller Kleidung die Veranstaltung, diskutieren in Workshops, besichtigen Kooperationsprojekte, genießen traditionelle Unterhaltung oder gestalten spontan ihre gemeinsame freie Zeit. Unter dem Motto „Dolomitenmann" treten vierköpfige Teams an einem Tag zudem in den sportlichen Wettstreit.
Die Initiatoren sind Lokale Aktionsgruppen und nationale Vernetzungsstellen für die ländliche Entwicklung in Österreich, Deutschland, Estland und Finnland. Eingeladen sind insbesondere LEADER-Akteure und Menschen, die sich für ländliche Entwicklung interessieren.

Mehr Infos unter *www.info-linc.eu*

Bild: © Robert Kneschke - Fotolia.com

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren.
Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution

Vorname/Nachname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum Unterschrift

☐ Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren.

bitte freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:

Gesundschrumpfen – Rückbau erfolgreich gestalten

Bild: © leicagirl / photocase.com

Termine

Zusammengestellt von Andrea Birrenbach

27. bis 29. Juni	**„Unfassbar bun(d)t“: Vielfalt in der Landjugend** 36. Deutscher Landjugendtag	Bund Deutscher Landjugend (BDL) www.dlt2014.com
10. und 11. Juli	**Stadt und Region – Reallabore der resilienzorientierten Transformation** Symposium zur Forschung über Resilienz und Transformation von Städten und Regionen in Kassel Info auf Seite 54	Institut für urbane Entwicklungen; Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung der Universität Kassel http://kurzlink.de/Uni_Kassel_7_14
13. bis 20. Juli	**Länderübergreifend Beratungsinstitutionen erkunden** Netzwerk-Woche für Beratungspersonen im ländlichen Raum	Internationale Akademie land- und hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater (IALB) www.llh-hessen.de/veranstaltungen-undseminare/ialb-netzwerkwoche.html
2. bis 4. September	**LINC: 5. transnationale LEADER-Konferenz** LINC (LEADER inspired network community) ist eine europäische LEADER-Konferenz zum Erfahrungsaustausch in Sillian (Österreich). Info auf Seite 54	Lokale Aktionsgruppen und nationale Netzwerkstellen für die ländliche Entwicklung in Deutschland, Österreich, Estland und Finnland www.info-linc.eu
16. bis 18. September	**Dorfumbau: Dörfer entstehen im Kopf** Wie können die Veränderungsprozesse mit den Menschen gestaltet werden? 35. Bundestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft in Zwickau Info auf Seite 54	Deutsche Landeskulturgesellschaft (DLKG), Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) http://kurzlink.de/DLKG_9_2014

Terminkalender unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Unser Fokuscartoon

Von Mele